

# GESCHÄFTSBERICHT 2013

# L-BANK IN ZAHLEN

<b>ÜBERSICHT 2010–2013</b>				
In Mio. EUR	2010	2011	2012	2013
Bilanzsumme	61.001,34	67.991,94	70.629,81	70.682,10
Eigenkapital	1.857,83	2.368,79	2.516,15	2.616,91
Zinsüberschuss <sup>1</sup>	422,05	420,76	437,82	414,03
Jahresüberschuss	148,82	640,96	147,35	100,77

	2010	2011	2012	2013
Kernkapitalquote	8,59 %	9,71 %	14,15 %	15,68 %
Gesamtkapitalquote	14,01 %	15,79 %	19,07 %	20,28 %
Eigenkapitalrendite	15,55 %	23,04 % <sup>2</sup>	14,02 %	11,73 %
Cost-Income-Ratio	26,68 %	29,46 %	30,08 %	32,67 %

2013	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AAA

<sup>1</sup> Betriebswirtschaftliche Betrachtung <sup>2</sup> Ohne Berücksichtigung der Auflösung der Vorsorgereserven gem. § 26a KWG a.F. und 340f HGB ermittelt

# INHALT

Grußwort des Vorsitzenden des Vorstands	04
Grußwort des Ministerpräsidenten	06
<b>Schwerpunktthema</b>	
Geplante Revolution	08
Die Geschwindigkeit ausnutzen	12
<b>Geschäftsfelder</b>	
Für Land und Leute: Entwicklungen fördern	26
Förderung der baden-württembergischen Wirtschaft	27
Förderung von Wohnraum	30
Förderung von Infrastruktur, Familien, Bildung und Sozialem	33
Für unsere Kunden	35
Unternehmensstruktur, Verwaltungsrat, Beirat	36
<b>Personalbericht</b>	39
<b>Corporate Governance Bericht</b>	41
<b>Lagebericht</b>	
Bericht des Vorstands der L-Bank über das Geschäftsjahr 2013	44
Bericht des Verwaltungsrats	81
<b>Jahresabschluss</b>	83

# GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS



Liebe Geschäftspartner,

in ihren beiden Kerngeschäftsfeldern erreichte die L-Bank letztes Jahr ein hervorragendes Ergebnis. Bei der Wohnraumfinanzierung können wir – nach Jahren mit sehr verhaltener Resonanz auf unsere Angebote – von einer Trendwende sprechen. Die neu gestaltete Landeswohnraumförderung und die Energieeffizienzfinanzierungen sind ohne Abstriche erfolgreich. Ein Plus von 51 % bei dem im Jahr 2013 vergebenen Kreditvolumen spricht für sich. Das seit langem hohe Niveau der Mittelstandsfinanzierung ist im Jahr 2013 weiter gestiegen.

In der Wirtschaftsförderung wird es in Zukunft noch stärker als bisher darum gehen, die Unternehmen im globalen Wettbewerb und beim Ausbau ihres technologischen Vorsprungs zu unterstützen. Angesichts der Dynamik neuer Entwicklungen in einzelnen Branchen der Wirtschaft kann man sich fragen, ob das althergebrachte Förderinstrumentarium den Anforderungen der Betriebe gerecht wird und den entstehenden Investitionsbedarf decken kann. So richtet zum Beispiel die EU ihre Aufmerksamkeit aktuell wieder stärker auf die Rolle der Industrie. Sie proklamiert das Ziel, bis 2020 europaweit ihren Anteil am BIP auf 20 % zu erhöhen. Deutschland mit einem Anteil von rund 25 % und Baden-Württemberg mit einem Anteil von rund 34 % und seinem exportstarken produzierenden Gewerbe haben hier eine gute Ausgangsposition. Doch gerade in der industriellen Produktion sind schon seit Jahren gewaltige Veränderungen im Gang, bei denen die Unternehmen im Land ihre

Position behaupten müssen. Es geht um die Steuerung der industriellen Fertigung durch die Kommunikation von Maschinen, Anlagen und Produkten über das Internet. Unter den Schlagworten Industrie 4.0, Industrielle Revolution, Smart Factory und Internet der Dinge wird darüber diskutiert und geforscht, welche Perspektiven diese Technologien für die Zukunft bieten. Sie können entscheidend dabei helfen, Prozesse in der Produktion zu optimieren. Mit Blick auf die Produktebene erhofft man sich, stärker weg von der Massenfertigung hin zum – bezahlbaren – individualisierten Ergebnis zu kommen. Wo dieser Weg hinführt, erörtern in unserem Schwerpunktthema zwei ausgewiesene Fachleute. Was hier schon Wirklichkeit ist, stellen vier baden-württembergische Unternehmen vor. Beispiele, die zeigen, dass die L-Bank mit ihren Technologieparks und ihrem Finanzierungsinstrumentarium auch für diese zukunftsweisenden Unternehmen der richtige Ansprechpartner ist. Denn selbst Visionen brauchen, wenn sie Wirklichkeit werden wollen, eine solide Finanzierung.

Diese Solidität der Banken als Finanzierungspartner zu sichern, ist in einem noch viel weiter gefassten Sinn das Ziel der Bankenregulierung. Als eine der großen Förderbanken Deutschlands ist die L-Bank eines der 24 deutschen Institute, die als systemrelevant eingestuft wurden. Allerdings haben wir Förderbanken ein besonderes Geschäftsmodell. Wir unterscheiden uns in vielen Punkten grundlegend von den Geschäfts- oder Universalbanken; das betrifft unsere Rechtsform, die Eigentümerstruktur, die Aufgaben, den Haftungsmechanismus und die Aufsicht. Unter direkter EZB-Aufsicht darf dieses Modell der Förderbanken nicht eingeschränkt werden – denn das beträfe dann zwangsläufig auch die Förderung. Die L-Bank engagiert sich zusammen mit den beiden anderen betroffenen Instituten und mit der maßgeblichen Unterstützung des Bundesverbands Öffentlicher Banken für eine Regelung, die den Besonderheiten der Förderbanken gerecht wird. Für die L-Bank geht es darum, dass sie im gleichen Umfang wie bisher auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen kann – für das Land und seine Bürger.



Christian Brand

Vorsitzender des Vorstands der L-Bank

# GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN



Die L-Bank hat im Jahr 2013 als Förderinstitut des Landes wieder viel in und für Baden-Württemberg bewegt – nicht nur, aber vor allem in der Wohnraum- und in der Wirtschaftsförderung. Dort hat sie zahlreiche Investitionen ermöglicht und sich abermals als Stütze unserer mittelständischen Wirtschaft erwiesen. Bei diesen Förderschwerpunkten spielt die Finanzierung der Energieeffizienz mittlerweile eine sehr wichtige Rolle. Die Zahl der Privatleute wie auch der Unternehmen, die sich für die Modernisierung ihres Hauses oder den Kauf einer energieeffizienten Produktionsanlage entscheiden, steigt. Für die Energiewende ist das ein gutes Zeichen.

Die L-Bank hat im abgelaufenen Jahr aber auch eine erfreulich große Zahl von Unternehmensgründungen gefördert und damit den unternehmerischen Sektor am Standort Baden-Württemberg unterstützt. Dies gibt mir Gelegenheit, auf einen Aspekt einzugehen, der für die Struktur und Dynamik der baden-württembergischen Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung ist: die besondere Stärke des Industriesektors.

In vielen Nationen kehrt derzeit das Bewusstsein zurück, welche entscheidende Bedeutung die Industrie für eine gesunde Wirtschaftsstruktur besitzt. Der Ruf nach einer „Re-Industrialisierung“ wird vielerorts immer lauter. Baden-Württemberg muss sich hier nicht sorgen: Bundesweit besitzt das Land den höchsten Wertschöpfungsanteil im verarbeitenden Gewerbe – ein Drittel der Wirtschaftsleistung kommt aus diesem Sektor. Dabei sticht besonders die Dichte an industriellen Weltmarktführern hervor – viele davon mittelständische „Hidden Champions“. Die Industrieunternehmen sind die Motoren für die Wirtschaft des ganzen Landes, sie tragen 80 % zu den Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei, sie

sind wichtige Auftraggeber für wirtschaftsnahe Dienstleistungen und sie sind gute Kunden und Partner am Finanzplatz Baden-Württemberg.

Die aktuellen Herausforderungen für die produzierende Wirtschaft sind groß. So verlangen zunehmend individuellere Kundenwünsche und starke Schwankungen bei der Nachfrage nach Konsumgütern nach einer immer flexibleren Produktion. Die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz ist ebenfalls eine Herausforderung und gleichzeitig eine große Chance. Es braucht deshalb neue, innovative Konzepte für die gesamte Wertschöpfungskette.

Vor diesem Hintergrund ist das Schwerpunktthema „Industrie 4.0“ des vorliegenden Geschäftsberichts sehr gut gewählt. Industrie 4.0 steht für die Integration von hochintelligenten technischen Maschinen und Logistiksystemen in die Produktion sowie ihre internetbasierte Vernetzung. Entlang der Wertschöpfungskette geht es letztendlich darum, unsere erfolgreichen Kernindustrien fit für die Zukunft zu machen.

Die baden-württembergische Wirtschaft bietet hier ideale Voraussetzungen. Das Land beheimatet wesentliche Anwendungsbranchen, zum Beispiel die Automobilindustrie mit führenden Automobilherstellern und Zulieferern. Mit seinem starken Maschinen- und Anlagenbau und einem führenden Informations- und Kommunikationstechnik-Cluster ist es auch bei den Industrieausrüstern die Nummer eins. Damit ist Baden-Württemberg wie keine andere Region in Europa prädestiniert, die Potenziale der Produktion der Zukunft zu erschließen. Eine weitere Stärke sind führende wissenschaftliche Einrichtungen, sowohl auf Hochschuleseite als auch bei den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Daher bin ich überzeugt, dass die baden-württembergische Wirtschaft die Industrie 4.0 wesentlich mitgestalten wird.

Die künftigen Produktionskonzepte werden einen beträchtlichen Finanzbedarf auslösen. Dies gilt zunächst für die Anbieter von Produktions- und Informationstechnik, die in Forschung und Entwicklung investieren müssen. Dies gilt dann mehr und mehr für die anwendenden Unternehmen, die die intelligenten Maschinen und Vernetzungskonzepte sukzessiv in ihre Produktionssysteme integrieren werden.

Die L-Bank steht – davon bin ich überzeugt – bei diesen kommenden Investitionen als verlässlicher Partner der Wirtschaft bereit. Ich danke der L-Bank sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen Einsatz im zurückliegenden Jahr und wünsche für das Geschäftsjahr 2014 viel Erfolg – gerade auch bei der Unterstützung einer hochmodernen, innovativen Industrie in unserem Land.



Winfried Kretschmann MdL

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

# GEPLANTE REVOLUTION

DIE FABRIK DER ZUKUNFT ORGANISIERT SICH MIT HILFE DES MOBILEN INTERNETS SELBST. WIE WERDEN SICH DIESE NEUEN TECHNOLOGIEN AUF DIE MITTELSTÄNDISCH GEPRÄGTE WIRTSCHAFT BADEN-WÜRTTEMBERGS AUSWIRKEN? WAS BEDEUTET DIESER WANDEL FÜR DEN STARKEN MASCHINEN- UND ANLAGENBAU DES LANDES?

Revolutionen sind normalerweise Sache der Entrechteten und Unzufriedenen. Da lässt es aufhorchen, wenn in Politik und Wissenschaft eine neue Revolution ausgerufen wird – so geschehen etwa auf der Hannover Messe 2013, dem weltgrößten Branchentreffpunkt des Maschinenbaus. Die Fabrik der Zukunft, so die Botschaft, werde massiv von Internettechnologien durchdrungen, bestehende Geschäftsmodelle seien in höchster Gefahr. Für Baden-Württemberg, das wie kein anderes Bundesland davon lebt, Fabriken in der ganzen Welt mit Präzisionstechnik auszustatten, ein Alarmsignal? Oder eine Chance?

Der Wohlstand, den sich das einst vom Agrarsektor dominierte Land erarbeitet hat, ist ein Ergebnis der ersten industriellen Revolution. Sie entwickelte sich Ende des 18. Jahrhunderts, als die Dampfmaschine ermöglichte, die Arbeitskraft von Mensch und Tier durch Maschinen zu ersetzen. Aus Manufakturen wurden Fabriken, die Produktivität stieg erheblich, ebenso die Zahl der Unternehmen, die ausschließlich Maschinen für die Warenherstellung fertigten. Die Kennzeichnung „Made in Germany“, zunächst als abschreckende Maßnahme gedacht, entwickelte sich in dieser Zeit zum weltweit begehrtesten Qualitätssiegel.

Schon die ersten Fabriken arbeiteten arbeitsteilig, doch 1913 veränderte sich die Arbeitsorganisation dramatisch: Henry Ford führte das erste Fließband ein. Es gab den Takt vor, in dem einzelne Arbeitsschritte durchgeführt werden mussten. Der Produktivitätsgewinn durch diese zweite Industrielle Revolution war so hoch, dass Ford den Preis für das Modell T um mehr als die Hälfte senken konnte. Ein kluger Schritt, denn nun konnte sich auch ein einfacher Angestellter ein Automobil leisten.

Nahmen diese ersten beiden Umwälzungen ihren Anfang im Ausland, so begann die dritte Revolution 1974 im schwäbischen Tiefenbronn. Dort stellte das kleine Elektronikunternehmen Klaschka die erste Speicherprogrammierbare Steuerung (SPS) vor. Eine SPS ist nichts anderes als das elektronische Gehirn einer Werkzeugmaschine, die technische Voraussetzung für die Automatisierung komplexer Tätigkeiten. Erstmals konnten Maschinen nun Arbeiten ausführen, die bislang dem Menschen vorbehalten waren. Roboter hielten Einzug in die Fabriken.

Nun also steht, so meinen viele Produktionsexperten, die vierte Revolution ins Haus. Industrie 4.0 meint eine vollständig vernetzte Produktionswelt, die ihre Abläufe durch permanenten Informationsaustausch über Internetprotokolle weitgehend selbst organisiert. Vernetzt sind dann, anders als heute, nicht nur Maschinen, sondern auch die herzustellenden Produkte – und das über die Grenzen einer Fabrik hinaus bis zum Zulieferer des Zulieferers. Sie kommunizieren über Mini-Webserver von der Größe eines Zuckerwürfels.

Die visionärsten Vordenker unter den Ingenieuren träumen schon von der sich selbst organisierenden Fabrik. Nicht mehr Menschen entscheiden, was wann auf welchen Maschinen produziert wird, vielmehr handeln Werkstücke und Maschinen diese Reihenfolge auf einem virtuellen Marktplatz miteinander aus. Dabei folgen sie Algorithmen, die das wirtschaftliche Optimum zum Ziel haben. Der Mensch wird in dieser Arbeitswelt zum Dirigenten, der die komplexen Systeme entwickelt.

In einer solchen Fabrik würde es dann wieder möglich sein, auch sehr kleine Serien – sogar Einzelstücke – zu fertigen. Damit würde ein Paradigma durchbrochen, das seit Ford gilt: Eine Fabrik ist umso wirtschaftlicher, je mehr einheitliche Produkte in ihr gefertigt werden. Hochindividuelle Produkte sehr kostengünstig herzustellen, passt perfekt in eine Zeit immer individuellerer Kundenbedürfnisse. Gerade deutsche Automobilhersteller hätten davon Vorteile, da sie ihre Premiummodelle mit hoher Variantenvielfalt anbieten. Kein Wunder also, dass eine in Stuttgart geplante Forschungsfabrik die Möglichkeiten der neuen Produktionswelt anhand einer Fahrzeugkarosserie untersuchen will.

Ob man diesen Wandel nun als Evolution oder Revolution begreift, risikolos ist er für den Industriestandort Deutschland nicht. Maschinen und Steuerungen aus Baden-Württemberg sind zweifellos auf dem Weltmarkt beliebt, aber können die fast ausschließlich mittelständischen Ausrüster gegen die Internetgiganten aus Übersee bestehen?

## „Baden-Württemberg ist gut gerüstet, um Informationstechnologie und Maschinenbau zu verheiraten. Die Revolution kann kommen.“

Was zunächst nach einem ungleichen Wettkampf aussieht, bietet aber durchaus auch den deutschen Anbietern Erfolgchancen. Denn traditionell arbeitet die deutsche Industrie mit eng verflochtenen Wertschöpfungsketten – eine wichtige Voraussetzung für die Fabrikation der Zukunft. Schon lange bevor sich das Wort „Cluster“ durchgesetzt hatte, dachte man in Netzwerken, auf allen Ebenen. Auf Verbandsebene arbeiten mittlerweile die Elektrotechniker (ZVEI), die Maschinenbauer (VDMA) und die Informatikbranche (Bitkom) in einer gemeinsamen Industrie-4.0-Geschäftsstelle zusammen. Deren wichtigste Aufgabe ist es, Standards für die Internetkommunikation in der Fabrik zu erarbeiten, bevor dies andere tun. Den Arbeitsauftrag formuliert Hartmut Rauen, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), so: „Die neue Weltsprache der Produktion muss aus Deutschland kommen.“

Damit nicht nur die Sprache, sondern auch die Maschinen aus deutschen Fabriken kommen, ist noch interdisziplinäre Forschung notwendig. Baden-Württemberg ist hierfür gut gerüstet: Das Karlsruher Institut für Technologie und die Universität Stuttgart ergänzen sich mit ihren Schwerpunkten gut.



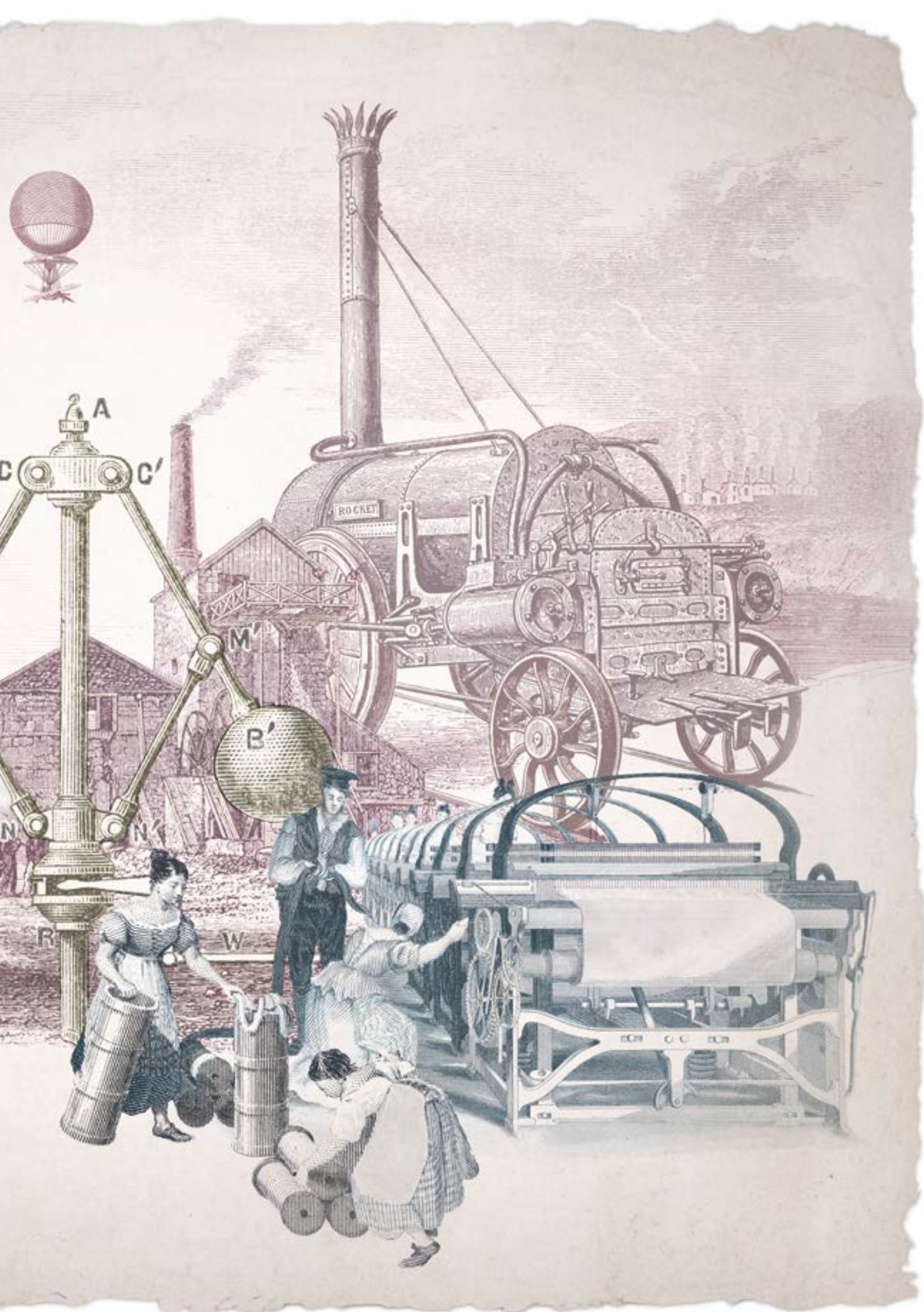
▲ **Johannes Winterhagen** – arbeitet als freier Technik- und Wissenschaftsjournalist in Frankfurt am Main. Regelmäßig publiziert er in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie verschiedenen Fachmedien.

Sein Buch „Abgeschaltet“ zur Energiewende erschien 2012 im Hanser-Verlag.

# DIE ERSTE INDUSTRIELLE REVOLUTION

MECHANISCHE WEBSTÜHLE UND SPINNMASCHINEN STEIGERN  
PRODUKTIONSVOLUMEN UND QUALITÄT. DIE DAMPFMASCHINE  
LIEFERT DIE KRAFT. KOHLE WIRD ZUM WICHTIGSTEN  
ENERGIETRÄGER. AUS HANDWERKERN WERDEN ARBEITER.





# DIE GESCHWINDIGKEIT AUSNUTZEN

MIT INDUSTRIE 4.0 KOMMEN ZWEI WELTEN ZUSAMMEN, DIE INFORMATIONSTECHNIK UND DER MASCHINENBAU, DIE SICH BISLANG OFT MISSTRAUISCH GEGENÜBERSTANDEN. WISSENSCHAFTLER BEIDER DISZIPLINEN ARBEITEN ABER LÄNGST HAND IN HAND, BESTÄTIGEN PROF. DR.-ING. THOMAS BAUERNHANSL UND PROF. DR. MICHAEL BEIGL.



▣ **Prof. Dr. Michael Beigl (links)** – leitet den Lehrstuhl für Pervasive Computing Systems, also alles durchdringende intelligente Gegenstände, am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Zudem verantwortet er die Forschungsgruppe TecO, die Projekte in enger Zusammenarbeit mit der Industrie bearbeitet. Beigl nimmt derzeit auch die Funktion des Dekans für die Informatik-Fakultät am KIT ein.

▣ **Prof. Dr.-Ing. Thomas Bauernhansl (rechts)** – leitet das Institut für Industrielle Fertigung und Fabrikautomation an der Universität Stuttgart und das Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung IPA in Stuttgart. Vor seiner Berufung im Jahr 2011 arbeitete der Maschinenbauer mehr als acht Jahre für den Mischkonzern Freudenberg und war dort zuletzt fachlich für 50 Werke verantwortlich.

*Wie sieht Ihre Vision einer modernen Fabrik im Jahr 2025 aus?*

BAUERNHANSL: In der Fabrik der Zukunft wird nicht mehr Energie eingesetzt als unbedingt für die physikalischen und chemischen Umwandlungsprozesse notwendig. Diese Prozesse erzeugen keinen Abfall. Oder wenn doch, dann wird der relativ schnell wieder in den Prozess zurückgeführt. Alle technischen Objekte in der Fabrik werden miteinander kommunizieren können, der Mensch ist Teil dieser Kommunikation. Das Aufgabenprofil des Menschen wird sich verändert haben, er wird weniger in der direkten Wertschöpfung arbeiten, sondern dafür sorgen, dass die Produktion sich gut selbst organisieren kann. Natürlich ist so eine Fabrik hell und so sauber, dass man beinahe vom Boden essen kann.

BEIGL: Was den fundamentalen Unterschied zu früher darstellt, ist, dass die Produktionsmittel und vielleicht sogar die Produkte selbstständige Computersysteme sind. Der Anteil der Informations- und Kommunikationstechnologie am Wert einer Produktionsmaschine wird sich signifikant erhöhen.

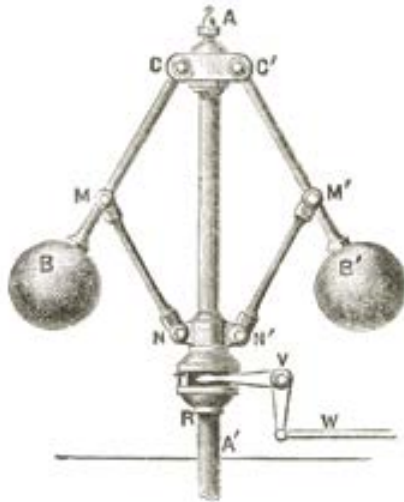
*Und diese selbstständigen Computersysteme sind alle miteinander vernetzt?*

BEIGL: Ja, denn die Vernetzung schafft den eigentlichen Mehrwert. Dafür gibt es in der Informatik ein Gesetz, „Metcalf's Law“: Der Wert eines vernetzten Systems wächst mit dem Quadrat der Anzahl der Teilnehmer. Natürlich kann man Korrekturfaktoren einführen, um den unterschiedlichen Wert der Teilnehmer zu berücksichtigen, aber im Groben stimmt das schon. Derzeit wehrt sich die Produktionsbranche noch ein wenig, dieses Potenzial zu nutzen, aus Angst davor, externen Dienstleistern Einblick in die internen Abläufe zu gewähren. Es gibt aber auch ein zweites Gesetz, „Moore's Law“. Es besagt, dass sich die Leistungsfähigkeit eines Computersystems alle 18 Monate verdoppelt. Das ist eine enorme Innovationsgeschwindigkeit. Es gibt Firmen, die diese Geschwindigkeit ausnutzen können und schnell neue Produkte auf den Markt bringen. Andere werden das nicht können. Deutschland hat es bislang nicht so gut geschafft, in solchen Takten mitzuhalten. Die Fernseh- oder auch die Telefonindustrie sind unschöne Beispiele hierfür.

*Handelt es sich wirklich um eine neue Industrielle Revolution oder eher um einen allmählichen Wandel?*

BEIGL: Der Anteil der Informationstechnik wird irgendwann auch in der Produktion 50 % überschreiten. Und dann haben wir die Revolution.

BAUERNHANSL: Man muss die Kirche schon im Dorf lassen. Die ersten beiden industriellen Revolutionen haben jeweils rund 100 Jahre gedauert, die dritte auch 40 oder 50. Im Jahr 2000 haben wir mit der Einführung von Internet und cyberphysischen Systemen begonnen. Das Gute ist: Wir haben eigentlich alle Technologien dafür, von daher wird es einen schnellen Wandel geben im Zeitraum der nächsten zehn bis 15 Jahre, in der einen Branche schneller, in der anderen langsamer.



#### 1788 – FLIEHKRAFTREGLER

James Watt hat nicht nur den Wirkungsgrad der Dampfmaschine entscheidend verbessert, sondern auch die erste Automatisierungstechnik entwickelt. Um die Drehzahl der Dampfmaschine konstant zu halten, setzte er ein Fliehkraftpendel ein.

er das aber. Damit entfallen immer mehr einfache Handhabungsaufgaben, für die man in der Vergangenheit zwingend Menschen benötigte. Auch einfache Fehler, etwa bei den Abmessungen, erkennt eine bildverarbeitende Software völlig problemlos – mit höherer Präzision, da ein Mensch ermüdet, eine Maschine nicht. Es wird aber immer Aufgaben geben, die nur der Mensch erledigen kann, zumal die Produktionsprozesse immer komplexer werden.

*Aber wie soll der Mensch den Überblick behalten, wenn Maschinen in sehr großen Netzwerken autark entscheiden?*

BEIGL: Das kommt darauf an, wie ein Problem dargestellt wird. Bestimmte Formen der Darstellung sind optimal maschinenlesbar und überfordern den Menschen. Der Mensch hingegen kann sehr gut Daten verarbeiten, aber er ist nicht schnell.

*Was unterscheidet ein cyberphysisches System – also einen Verbund von Informatik und Mechatronik über das Internet – von einer heutigen elektronischen Maschinensteuerung?*

BEIGL: Cyberphysische Systeme ermöglichen Menschen, viel intimer mit Maschinen zu interagieren. Bei der bisherigen Automatisierung haben wir vergessen, die exzellenten Fähigkeiten des Menschen in vielen Bereichen wirklich auszunutzen.

*Zum Beispiel?*

BEIGL: Der Mensch ist ein perfekter Muster-Erkenner, der Fehler schnell erkennt. Kein Computer kann einen Kabelstrang effektiv entwirren.

BAUERNHANSL: Wir arbeiten schon daran, Maschinen mit solchen Fähigkeiten aufzurüsten. Ein Beispiel dafür ist der Griff in eine Kiste mit unsortiertem Schüttgut. Der Mensch greift rein und nimmt sich die Schraube, die er braucht. Für einen Roboter war das früher sehr schwierig, mittlerweile kann

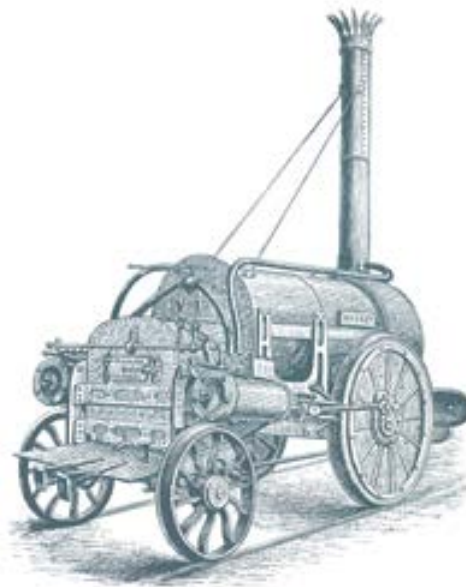
Und er kann schlussfolgern, was einer Maschine immer nur im vorher programmierten Rahmen möglich ist. Auch Algorithmen der künstlichen Intelligenz haben diese Einschränkung. Selbst lernen, das können Sie als Mensch besser!

**BAUERNHANSL:** Man muss zwischen komplex und kompliziert unterscheiden. Der Rechner ist nur dann gut, wenn ein System kompliziert ist, wenn man es also beschreiben kann. Wenn es nicht mehr beschreibbar ist, braucht man den Menschen mit seinen Erfahrungen, seinem Bauchgefühl und seiner Fähigkeit zu vereinfachen. Genau hier ist künftig die Kernaufgabe des Menschen. Denn die Komplexität wird nun einmal ansteigen, und Komplexität kann man nur durch Komplexität begegnen. Wir werden in einer komplexen Umwelt nicht mit einfachen Unternehmensstrukturen bestehen. Das ist logisch, denn die Vielfalt der immer individuelleren Produkte nimmt zu, sie werden angereichert durch Software-Dienstleistungen.

*Wenn die Produktion sich selbst organisiert, muss man sie dann nicht mehr planen?*

**BAUERNHANSL:** Natürlich planen wir auch zukünftig, aber eher den Kontext und die Kernprozesse. Viele Dinge, die heute nur viel Zeit kosten und nichts bringen, entfallen. Dazu gehören die vielen Störungen, die in einer Fabrik auftreten: Da wurde ein Zulieferteil nicht geliefert, dort steht eine Maschine still. Die Herzinfarktrate unter den Fertigungsplanern wird deutlich abnehmen. Sich selbst organisierende Systeme finden in den meisten Fällen autonom eine Lösung. Führungs- und Fachkräfte haben deutlich mehr Zeit, sich mit der Weiterentwicklung des Systems zu beschäftigen. Ich bin mir übrigens sicher, dass die Unternehmen künftig mehr denn je alles dafür tun werden, ihre hochqualifizierten Beschäftigten zu halten.

**BEIGL:** Sich selbst organisierende Systeme, das klingt ja immer danach, als passiere hier alles von allein. So ist das nicht, im Gegenteil. Wir versuchen vielmehr, dem Computer endlich ein paar Grundeigenschaften beizubringen, die die Zusammenarbeit mit dem Menschen erleichtern. So soll er künftig Aufgaben übernehmen, die man ihm gibt, auch wenn es kleine Abweichungen in der Form der Arbeitsanweisung gibt. Dann hat der Arbeiter die Möglichkeit, direkt mit dem System zu interagieren. Er muss die interne Programmierung nicht hundertprozentig kennen, sondern kann mit der Maschine auf einer Ebene kommunizieren, die er versteht.



1829 – „THE ROCKET“

Der Brite Robert Stephenson löst ein entscheidendes Problem der aufkeimenden Industrie: die langen und ineffizienten Transportwege. Seine Konstruktion „The Rocket“ mit Spurrändern und schrägen Laufflächen gilt als erste zuverlässige Lokomotive.

# DIE ZWEITE INDUSTRIELLE REVOLUTION

DER EINFLUSS VON FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT BRINGT NEUE INDUSTRIEN HERVOR. DIE NUTZUNG DER ELEKTRIZITÄT VERÄNDERT DIE GÜTERPRODUKTION. DIE GLÜHLAMPE MACHT DIE NACHT ZUM TAG. DAS AUTOMOBIL WIRD ERFUNDEN – UND MIT DER EINFÜHRUNG DER FLIESSBANDFERTIGUNG DURCH HENRY FORD SETZT ES SICH DURCH.





*Ist es nicht für ein Unternehmen gefährlich, wenn sensible Produktionsdaten über das Internet kommuniziert werden?*

BAUERNHANSL: Es ist ja heute schon so, dass nicht nur einzelne Firmen, sondern ganze Wertschöpfungsnetze miteinander kommunizieren. Natürlich gibt es theoretisch absolute Datensicherheit – wenn man den Datenträger in einem Tresor verschließt. Das wäre ein singuläres Unternehmen, das sein Wissen nicht nutzen kann; die Wettbewerbsfähigkeit sänke dramatisch. Einem Unternehmer bleibt doch gar nichts anderes übrig, als die Qualität seines Netzwerkes – Lieferanten, Mitarbeiter und Kunden eingeschlossen – nach oben zu treiben. Die vierte Industrielle Revolution macht es deutlich einfacher, dynamische und flexible Netzwerke zu errichten und zu managen.

*Das heißt, die Fabrik der Zukunft nutzt die gleiche IT wie ich im Büro?*

BEIGL: Das kann man ansatzweise schon beobachten. Früher war der Einsatz von Netzwerktechniken wie Ethernet und WiFi auch in abgewandelter Form überhaupt nicht denkbar, nun wird er zunehmend Standard. Zum Einsatz kommen dann mehrstufige Sicherheitssysteme: Man legt fest, was so sicherheitskritisch ist, dass es einer speziellen Absicherung bedarf. In vielen Bereichen eines Unternehmens ist das aber gar nicht notwendig, da reicht die gleiche Sicherheitsstufe wie für normale Büroarbeitsplätze.



#### 1841 – ELEKTROMAGNETISCHER DYNAMO

Der Dynamo von Charles Wheatstone war ein wichtiger Schritt für das später von ihm und Werner von Siemens entdeckte dynamoelektrische Prinzip. Die darin beschriebene Selbststartfähigkeit von elektrischen Generatoren war entscheidend für die Elektrifizierung der Welt.

BAUERNHANSL: Letztlich sind es doch auch in einer sehr komplexen Produktion oft nur ein oder zwei Fertigungsschritte, die den Wettbewerbsvorteil ausmachen. Der Rest muss einfach funktionieren.

*Wo liegen die Chancen für die Ausrüster?*

BAUERNHANSL: Industrie 4.0 ist eine Chance für die Werkzeugmaschinenhersteller, sich zu differenzieren. Viele Hardware-Komponenten wie die Lager und die Antriebstechnik kommen ohnehin von wenigen großen Lieferanten. Der Unterschied liegt darin, wie einfach man die Bedienung gestaltet, welche zusätzlichen Software-Services man anbieten kann. Da kann die Vernetzung ein Feld für neue Geschäftsmodelle eröffnen. Erste Maschinenhersteller sehen eine Chance darin, ein Software-basiertes Service-

geschäft über die gesamte Nutzungszeit der Maschine aufzubauen – und der Service ist heute schon für die Maschinenhersteller das attraktivste Geschäft.

BEIGL: Das Gleiche gilt natürlich für die Software-Branche. In der Tat verfolgen große Anbieter wie SAP das Thema genau. Wenn der Wert einer Maschine zu mehr als 50 % aus Software besteht, stellt sich doch die Frage, wer die Kompetenz mitbringt. Dabei ist zu bedenken, dass die Art, wie Software entwickelt wird, ein ganz eigenes Wissensspektrum ausmacht.

BAUERNHANSL: Maschinen basieren heute auf einer Technologie, die schon relativ alt ist: Speicherprogrammierbare Steuerung (SPS). Der Vorteil ist, dass SPS unglaublich stabil, robust und wartungsfreundlich sind. Alt heißt eben nicht in jedem Punkt schlecht. Es ist legitim, wenn gestandene Fertigungstechniker nach den Risiken fragen, sobald die klassische Software in die Fertigung drängt. Die fragen danach: Was wird denn überhaupt besser?

*Was wird denn für den Unternehmer besser, wenn er sich auf die neue Software-Welt einlässt?*

BEIGL: Er wird mitgenommen auf den schnellen Entwicklungsweg der Informatik. Sehr schnell neue Funktionen zu integrieren, darauf sind alle Software-Unternehmen getrimmt. Außerdem haben die großen Software-Anbieter die Expertise, sehr komplexe Systeme zu analysieren. Wenn in der Produktion der Zukunft alle Aktoren und Sensoren über das Internetprotokoll vernetzt sind, liegen riesige Datenmengen vor, die von IT-Systemen aufbereitet werden können. Der Unternehmer hat dann jederzeit den vollständigen Überblick über seine Fabrik. Und noch mehr: Da ihm die historische Entwicklung ja ebenfalls bekannt ist, lassen sich sehr genaue Vorhersagen über die Wahrscheinlichkeit künftiger Entwicklungen machen.

*Um den Absatz neuer Produkte vorherzusagen?*

BEIGL: Das auch. Aber die Prognosefähigkeit solcher Systeme hilft auch, die Qualität von Zulieferteilen zu überwachen. So könnte man beispielsweise beobachten, dass die Qualität einer zugelieferten Schraube kontinuierlich schlechter wird. In diesem Fall muss man davon ausgehen, dass alle Teile, die sich bereits auf dem Transportweg befinden, diesem Trend folgen. Und kann schneller gegensteuern.



#### 1879 – GLÜHLAMPE

Rund 3.000 verschiedene Materialien untersuchte Thomas Alva Edison, bis die erste Glühlampe mit Kohlenstoffaden zwei Tage ununterbrochen leuchtete. Das elektrische Licht wurde der Treiber für die Errichtung der ersten Elektrizitätswerke.

# DIE DRITTE INDUSTRIELLE REVOLUTION

DER MIKROPROZESSOR WIRD ENTWICKELT. COMPUTER  
ERMÖGLICHEN EINE FORTSCHRITENDE AUTOMATISIERUNG:  
ROBOTER ÜBERNEHMEN IMMER WEITERE TEILE DER INDUS-  
TRIELLEN PRODUKTION. NEUE KOMMUNIKATIONSNETZE  
ENTSTEHEN. DER SCHNELLERE AUSTAUSCH VON INFORMA-  
TIONEN LEITET DIE GLOBALISIERUNG EIN.







#### 1967 – INDUSTRIEROBOTER

In einem japanischen Nissan-Werk wird das erste Auto von einem Industrieroboter montiert. Der Ersatz menschlicher durch maschinelle Arbeitskraft schreitet rasch voran, die Produktivität steigt durch Automatisierung um mehrere Hundert Prozent.

BAUERNHANSL: Echtzeitinformationen sind schon sehr hilfreich, wenn es darum geht, die Performance einer Fabrik auf sehr hohem Niveau zu halten. Wenn beispielsweise der bevorstehende Ausfall einer Maschine erkannt wird, kann man durch zustandsorientierte Instandhaltung rechtzeitig reagieren. In der Fabrik der Zukunft plant sich der Auftrag dann selbst um und wird auf einer anderen Maschine gefertigt. Ein smartes Logistikobjekt weiß das und fährt den Auftrag dann nicht zu Maschine A, sondern zu Maschine B.

*Solange es starre Fließbandsysteme gibt, wird das allerdings schwierig.*

BAUERNHANSL: Es gibt schon heute Firmen, die fahrerlose Transportsysteme einsetzen, die selbstständig Entscheidungen treffen, zumindest über die Reihenfolge der Auftragsbearbeitung und die optimale Wegstrecke. Und es gibt auch heute schon Roboter, die nicht hinter Zäunen arbeiten müssen – die Technik ist eigentlich vorhanden, Diskussionen gibt es nur über die Zulassung. In Stuttgart bauen wir gerade im Rahmen der Initiative „Arena 2036“ eine Forschungsfabrik auf, in der wir Band und Takt in der Automobilindustrie auflösen. Das Auto

fährt auf einem Transportsystem selbstständig durch die Fabrik, jedes Auto nimmt dabei einen anderen Weg. Dabei gibt es noch eine wichtige Änderung gegenüber heutigen Produktionssystemen: Die für die individuelle Gestaltung entscheidenden Fertigungsschritte werden möglichst direkt vor der Montage getätigt. Das ermöglicht nicht nur individuelle Ausstattungen auf Basis eines Baukastensystems, sondern eine vollständig personalisierte Fertigung. Der Kunde kann über das Internet bis kurz vor Produktionsstart bestimmte Dinge – beispielsweise die Verläufe einer zweifarbigen Lackierung – selbst bestimmen. Oder per 3D-Druck wird ein vom Kunden selbst gestalteter Schaltknopf direkt an der Montagestation hergestellt.

### *Das Ende der Massenfertigung?*

BAUERNHANSL: Nein, die wird es weiterhin geben, das ist eine Frage der Kosten. Aber die Frage ist doch heute: An welcher Stelle individualisiert man? Und künftig kommen wir immer stärker von individualisierten zu personalisierten Produkten.

### *Wo steht denn Ihrer Meinung nach Baden-Württemberg auf dem Weg zur vierten industriellen Revolution?*

BEIGL: Ich bin davon überzeugt, dass Baden-Württemberg sehr gute Voraussetzungen hat. Zum einen haben wir in der Region um Karlsruhe eine starke Kompetenz in der Informations- und Kommunikationstechnik ...

BAUERNHANSL: ... das Gleiche kann man von der Region um Stuttgart für das Thema Maschinen- und Anlagenbau sagen. Viele Weltmarktführer sind hier zuhause. Am Ende des Tages fertigen die Algorithmen kein Produkt, deshalb muss man bei cyberphysischen Systemen immer auch die Hardware – sprich die Maschine – diskutieren.

### *Dann brauchen wir uns also keine Sorgen zu machen, wenn IT und Produktion künftig zusammenwachsen?*

BEIGL: Sorglos bin ich trotzdem nicht. Denn wir müssen schon sehr am Ball bleiben, um gegen die Software-Giganten aus Übersee bestehen zu können. Nur exzellente Forschung kann dafür die Voraussetzungen schaffen.

BAUERNHANSL: Ich hoffe schon, dass die Forschung in diesem für den Industriestandort entscheidenden Wandel von der Politik noch stärker unterstützt wird.



#### 1973 – FLOPPY DISK

Acht Zoll misst die erste „wabblige Scheibe“ (engl. Floppy Disk) zur Datenspeicherung, sie ersetzt die bis dato üblichen Lochkarten. Trotz ihres beschränkten Datenvolumens von anfangs 180 Kilobyte revolutioniert sie die Computerwelt.

# DIE VIERTE INDUSTRIELLE REVOLUTION

SCHON LÄNGST ZÄHLT EINE VERNETZTE UND HOCHFLEXIBLE FERTIGUNG ZUM PRODUKTIONSALLTAG. DIE ENTWICKLUNG DER SMART FACTORIES GEHT WEITER. WIE INTELLIGENT KÖNNEN FABRIKEN MIT HILFE DER INFORMATIONSTECHNOLOGIE WERDEN? WO GEHT DIE REISE HIN?





# FÜR LAND UND LEUTE: ENTWICKLUNGEN FÖRDERN

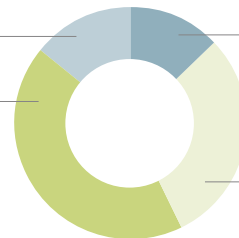
In Baden-Württemberg lässt sich gut leben und arbeiten. Sein Mittelstand ist hervorragend aufgestellt. Der Erfindergeist der Region ist ebenso legendär wie die Neigung des Baden-Württembergers zum Bau eines Eigenheims. Die Ausbildungsangebote und -standards sind hochwertig. In Energie- und Umweltfragen ist das Land stark engagiert. Von der Landschaft oder dem Kultur- und Freizeitangebot ganz zu schweigen.

**7,4**  
Mrd. €  
für Baden-  
Württemberg

## Förderung 2013

Familien, Bildung und  
Soziales 14,1 %

Wirtschaftsförderung 43,0 %



Infrastruktur 13,0 %

Wohnraumförderung 29,9 %

Aber auch dort, wo gute Voraussetzungen vorliegen, gibt es immer noch viel zu tun. Genau hier setzt die Aufgabe der L-Bank an: Mit ihren Förderschwerpunkten Wirtschaft, Wohnraum, Infrastruktur sowie Familien, Bildung und Soziales erleichtert sie die notwendigen Investitionen in das Baden-Württemberg von morgen. Die von ihr geförderten Vorhaben unterstützen die wirtschaftlichen, sozialen und energetischen Ziele des Landes. So hat die L-Bank im Jahr 2013 mit insgesamt 7,4 Mrd. Euro Unternehmen, Kommunen und Privatleute gefördert.

# FÜR DIE WIRTSCHAFT VON MORGEN: IN ENTWICKLUNG UND WACHSTUM VON UNTER- NEHMEN INVESTIEREN

Den erfolgreichen Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg prägen seine wettbewerbs- und innovationsstarken mittelständischen Unternehmen. Wenn es darum geht, neue Produkte zu entwickeln und auf den Markt zu bringen, haben die Betriebe hier im Land Vorbildcharakter. Das gilt nicht nur für die regionalen Schlüsselbranchen Maschinenbau, Automobilindustrie und Elektrotechnik. Dieser Erfolg der baden-württembergischen Mittelständler ist aber kein Selbstläufer, sondern will immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Die hohe Fertigungsqualität, die Konzentration auf Forschung und Entwicklung sowie das stabile Wachstum erfordern auch Investitionen. Bei ihren Vorhaben brauchen die Unternehmen deshalb die Sicherheit, dass ihnen verlässliche Partner langfristige Finanzierungen zur Verfügung stellen, und zwar zu Konditionen, die ihnen Spielräume lassen. Darüber hinaus muss die Förderung da ansetzen, wo sich Idealismus allein dabei schwertut, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziele zu erreichen. Sei es bei der Entwicklung von zukunftsweisenden Produkten, die ihre Marktfähigkeit erst beweisen müssen, oder bei der Umsetzung energetischer Ziele. Die Förderung konzentriert sich dabei auf den Mittelstand; sie setzt aber auch Schwerpunkte bei den Existenzgründungen und Nachfolgen, bei der Entwicklung von Standorten durch Technologieparks oder der Finanzierung der Landwirtschaft.

## Die Entwicklung der Wirtschaftsförderung

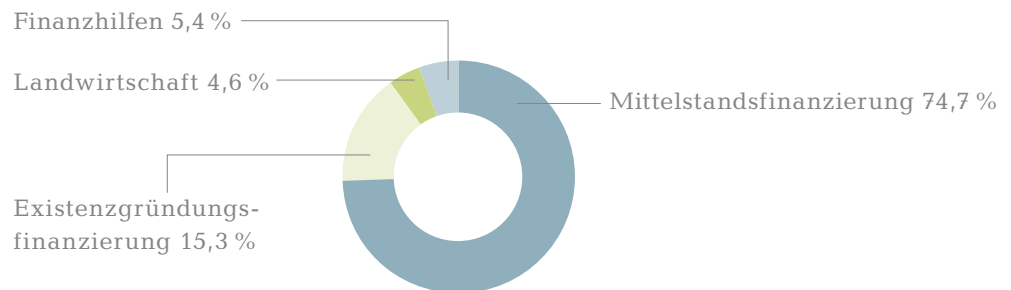
In Mio. Euro	2012	2013
Mittelstandsfinanzierung	2.273,5	2.398,0
Existenzgründung	395,4	490,3
Landwirtschaft	182,3	148,8
Finanzhilfen	206,4	174,4
	3.057,6	3.211,5

**3,2**  
**Mrd. €**  
für die Unter-  
nehmen

In enger Zusammenarbeit mit den Hausbanken und der Bürgschaftsbank arbeitet die L-Bank daran, durch ihre Förderung den Unternehmen im Land den nötigen Rückhalt zu geben. Dazu zählt auch, die Programme der Wirtschaftsförderung abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Situation und Entwicklung jeweils dem Bedarf der Betriebe im Land anzupassen.

Dass das Angebot der L-Bank die Vorhaben der Unternehmen im Land angemessen unterstützt, bestätigte die Entwicklung der Nachfrage bei der L-Bank. Sie hatte im Jahr 2012 einen deutlichen Schub (+20 %) erfahren. Dieses hohe Finanzierungsniveau wurde 2013 nicht nur gehalten, sondern nochmals um 5 % verbessert. An 9.500 Unternehmen wurden Finanzierungen über 3,2 Mrd. Euro vergeben.

### Verteilung des Neugeschäftsvolumens 2013



### EXISTENZGRÜNDER: GRÖßERE VORHABEN VERWIRKLICHT

Die Gründungsförderung entwickelte sich im Jahr 2013 positiv und unterstützte die Offensive des Landes erfolgreich: Die Zahl der geförderten Existenzgründer und Nachfolger und das Kreditvolumen lagen deutlich über dem Niveau der Vorjahre. Bei den nachgefragten Finanzierungen war ein Trend hin zu größeren Krediten für anspruchsvollere Vorhaben zu beobachten. Als eine Folge der guten Beschäftigungssituation spielten Gründungen von Kleinunternehmen aus der Arbeitslosigkeit und Mikrofinanzierungen kaum mehr eine Rolle.

**490**  
Mio. €  
für junge  
Unternehmen

### Verteilung des Neugeschäfts in der Existenzgründungsfinanzierung

In Mio. Euro



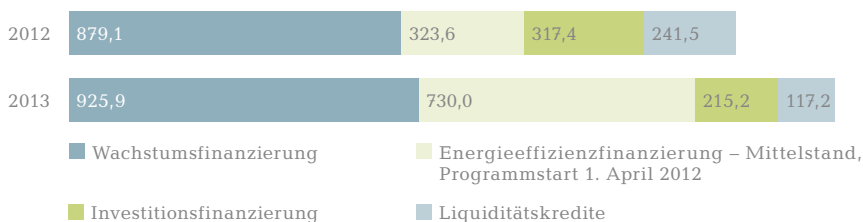
## MITTELSTANDSFINANZIERUNG: FÖRDERNIVEAU BLEIBT HOCH

Für seine Finanzierungsvorhaben nutzte der baden-württembergische Mittelstand hauptsächlich die klassischen Förderkredite: Bei den zinsverbilligten Programmen stieg das Kreditvolumen um 11 % auf 2,1 Mrd. Euro.

Hierbei standen 2013 wieder Investitionen in den Ausbau der Kapazitäten im Vordergrund. Insbesondere wenn es um neue Produktionsanlagen oder Gebäude geht, setzen die Unternehmen dabei immer häufiger auf Lösungen, die den Energieverbrauch senken. Damit die betrieblichen Umweltziele und die Wirtschaftlichkeit dieser Vorhaben leichter miteinander zu vereinbaren sind, bietet die „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“ zusätzliche Investitionsanreize. Im Jahr 2013 stieg das Kreditvolumen des Programms um 125 %.

### Die nachfragestärksten Programme der Mittelstandsfinanzierung

In Mio. Euro



## TECHNOLOGIEPARKS: EIN UMFELD FÜR DIE KONZENTRATION AUFS WESENTLICHE SCHAFFEN

Insbesondere junge und innovative Unternehmen profitieren von einem Umfeld, das ihnen Entwicklungsschritte erleichtert. Diese Spielräume schaffen die Technologieparks der L-Bank, eng angegliedert an die Standorte von Universitäten und Forschungsinstituten. Sie bieten den angesiedelten Betrieben flexible Flächen- und Mietlösungen und eine ausgezeichnete Infrastruktur, zu der unter anderem Laborräume, eine Kantine oder eine private Grundschule zählen.

Das überzeugt die Unternehmen: Mittlerweile haben sich 250 Betriebe mit insgesamt 8.350 Mitarbeitern angesiedelt. Die Gebäude in den Technologieparks sind mit einer Belegung von 99,7 % fast vollständig vermietet.

Im letzten Jahr wurde der weitere Ausbau vorangetrieben. Die 2013 begonnenen Bauvorhaben im Technologiepark Karlsruhe (TPK), im Stuttgarter Engineering Park (STEP) und in den Technologieparks Tübingen-Reutlingen (TTR) werden alle schrittweise bis Mitte 2015 abgeschlossen. Für den STEP ist ein neues Bauprojekt bereits beschlossen.

# FÜR MEHR UND ENERGIE-EFFIZIENTEN WOHNRAUM: MEHR INVESTITIONEN ANGEREGT

Am baden-württembergischen Wohnungsmarkt sind Investitionen in den Neubau und die energetische Modernisierung des Bestands dringend erforderlich. Denn mit der Bevölkerungszahl nimmt auch die Nachfrage nach Wohnraum zu und ein großer Teil des Bestands entspricht nicht den energetischen Möglichkeiten von heute. Es wurden zwar in den letzten Jahren mehr neue Wohngebäude fertig gestellt. Dennoch reicht vor allem in den Städten und ihrem Umland das Angebot nicht aus. Diese Marktsituation wirkt sich deutlich auf die Miet- und Kaufpreise aus. Ein weiterer Kostentreiber am Wohnungsmarkt sind die Energiepreise. Für Neubauten gelten hohe gesetzliche Vorgaben. Doch ein großer Teil der Wohngebäude in Baden-Württemberg wurde vor 1995 gebaut und muss modernisiert werden.

Vor allem Familien mit Kindern und Haushalte mit geringem Einkommen spüren die zusätzliche Belastung durch den Preisdruck am Wohnungsmarkt und die steigenden Energie- bzw. Nebenkosten. Hier setzt die L-Bank mit ihrer Förderung von Wohneigentum für Familien und des Mietwohnungsbaus an. Hohe energetische Standards zählen mittlerweile bei fast allen Neubau-Programmen zu den Vorgaben. Investitionen in die energetische Modernisierung des älteren Wohnungsbestands anzuregen ist ein weiterer Schwerpunkt. Die Kreditangebote richten sich hier an Privatleute, Wohnungsunternehmen und Wohnungseigentümergeinschaften.

Im Jahr 2013 ist das Kreditvolumen der Wohnraumförderung um 52 % gestiegen. Mehr als 30.000 Kredite über insgesamt 2,2 Mrd. Euro wurden an Privatleute, Wohnungseigentümergeinschaften und Wohnungsunternehmen vergeben. Einen klaren Zuwachs zeigten die beiden großen Programmschwerpunkte: Bei den Finanzierungen sowohl von Privatleuten als auch von Wohnungsunternehmen wurden die Volumina der Vorjahre weit übertroffen.

## Die Entwicklung der Wohnraumförderung 2012–2013

In Mio. Euro	2012	2013
Wohneigentum	1.232,2	1.634,9
Wohnungseigentümergeinschaften	5,9	18,8
Mietwohnraum	237,9	576,2
	1.476,1	2.229,9

**2,2**  
Mrd. €  
für mehr  
und besseren  
Wohnraum

## ZINSGÜNSTIGE KREDITE FÜR 7.000 FAMILIEN

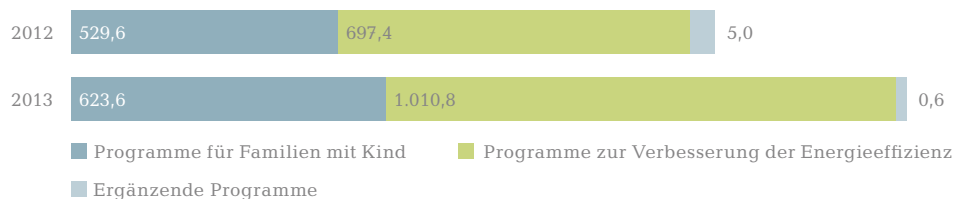
Für Familien mit Kind bietet die L-Bank zwei Programme zur Finanzierung von Wohneigentum an:

Mit der „Eigentumsfinanzierung BW“ (Landeswohnraumförderungsprogramm) richtet sich das Land an Familien, die festgelegte Einkommensgrenzen nicht überschreiten. Die Darlehen können für den Bau, Ausbau und Erwerb familiengerechten Wohnraums eingesetzt werden. Die 2013 neu gestaltete Eigentumsfinanzierung erleichtert den Weg zur Gesamtfinanzierung: In vielen Fällen reicht jetzt ein Antrag.

In Zusammenarbeit mit der KfW bietet die L-Bank darüber hinaus das Programm „Wohnen mit Kind“. Die zinsverbilligten Kredite über je max. 50.000 Euro erhalten auch Familien, deren Einkommen über den Grenzen der „Eigentumsfinanzierung BW“ liegen. Das Programm wird häufig mit der „Energieeffizienzfinanzierung – Bauen“ kombiniert.

### Verteilung des Neugeschäfts in der Eigentumsförderung

Vol. in Mio. Euro



## ENERGIEEFFIZIENZ FÜRS EIGENHEIM: NACHFRAGE STEIGT WEITER

Ihr Angebot zur Förderung der Energieeffizienz von Wohneigentum hat die L-Bank in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit der KfW und dem Umweltministerium deutlich ausgebaut. Die Programme richten sich an alle Bauherren und Hausbesitzer in Baden-Württemberg.

Die Nachfrage ist im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Mehr als 20.000 Kredite über insgesamt 1,0 Mrd. Euro wurden vergeben. Negativ ist dabei nur die CO<sub>2</sub>-Bilanz: Mit diesen Modernisierungs- und Bauvorhaben wird der jährliche Ausstoß um etwa 79,1 Tonnen vermindert.

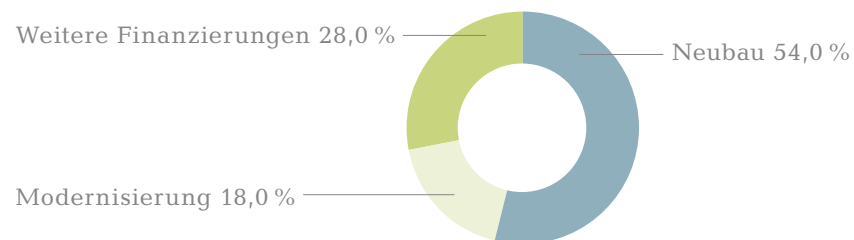
## WOHNUNGSEIGENTÜMERMGEINSCHAFTEN: FÖRDERVOLUMEN VERDREIFACHT

Mit der Einführung der Förderung für Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) hat Baden-Württemberg 2012 einen neuen Weg beschritten: Als erstes Bundesland hat es mit einer Bürgschaft des Landes als Sicherheit die Vergabe von Verbandskrediten ermöglicht. Gefördert werden Sanierungen und der altersgerechte Umbau. Gerade bei energetischen Modernisierungen besteht bei den WEG landesweit ein hoher Investitionsbedarf. Denn vor allem für Objekte mit vielen Wohneinheiten war die Finanzierung großer Vorhaben schwierig: Sie konnten bisher nur über die Aufnahme von Einzelkrediten durch die jeweiligen Eigentümer finanziert werden.

## INVESTITIONSANREIZE FÜR MIETWOHNUNGSBAU VERSTÄRKT

Beim sozialen Mietwohnungsbau hatte die Landesregierung bereits 2012 die Schwerpunkte neu ausgerichtet: Ihr Ziel ist, das Wohnungsangebot für einkommensschwächere Haushalte in Groß- und Universitätsstädten, an Hochschulstandorten und in Verdichtungsräumen zu verbessern. Bei den geförderten miet- und belegungsgebundenen Wohnungen muss die Kaltmiete 33 % unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Auch hier gelten hohe energetische Standards: Der Energieverbrauch von Neubauten muss mindestens 30 % unter den derzeitigen gesetzlichen Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) liegen.

### Verteilung des Neugeschäfts Mietwohnraumförderung 2013



Um zusätzliche Investitionsanreize für den Neubau und für Modernisierungen zu schaffen, wurde im Jahr 2013 eine höhere Zinsvergünstigung eingeführt.

# FÜR DIE MENSCHEN IM LAND: STRUKTUREN ENTWICKELN

Die Bedeutung von Infrastruktur sowie von sozialen Hilfen und Angeboten in unserem Alltag fällt vor allem dann auf, wenn diese Leistungen der öffentlichen Hand einmal fehlen. Das Spektrum an Maßnahmen, die helfen, ein funktionierendes Gemeinwesen zu gestalten, ist weit: Ausgebaute Verkehrswege, medizinische Versorgung vor Ort, nahegelegene Schulen oder zusätzliche Bildungsangebote, durch die soziale Integration erleichtert wird, zählen dazu. Die Grundlagen dafür schaffen Bund, Land, Kommunen – und viel ehrenamtliches Engagement der Bürger.

Für Investitionen in den Erhalt und den Ausbau von Infrastruktur bietet die L-Bank Finanzierungen an. Darüber hinaus arbeitet sie, zum Beispiel bei den Finanzhilfen, als Dienstleister für das Land. Auch für den Bund und die EU übernimmt die L-Bank finanztechnische Aufgaben. Dazu zählt die Vergabe von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Die Nachfrage bei den Kommunalkrediten im Jahr 2013 war gering. Schwerpunkte waren wie im Vorjahr Vorhaben zur Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur.

Die Landesregierung hat in einigen Bereichen durch die Bereitstellung höherer Mittel deutliche Signale gesetzt. So konnten insbesondere bei Krankenhäusern und Schulen, aber auch im Städtebau für die Kommunen mehr Fördergelder bewilligt werden, die über die L-Bank ausgezahlt werden. Darüber hinaus unterstützte die Bank auch im Jahr 2013 als Finanzierungspartner besondere Vorhaben des Landes Baden-Württemberg direkt. Insgesamt wurden im Jahr 2013 für Investitionen in diesem Bereich 1,0 Mrd. Euro vergeben.

## Verteilung des Neugeschäfts

In Mio. Euro	2012	2013
Zusagen gegenüber dem Land Baden-Württemberg	1.789,9	120,3
Investitionskredit Kommune direkt	88,1	59,5
Finanzhilfen	511,5	705,7
Weitere Finanzierungen	15,1	82,8
	2.404,6	968,3

## FÜR KINDER UND BILDUNG: WACHSTUMSCHANCEN AUSBAUEN

Bei der Förderung von Familien mit Kindern und von Bildungsprojekten ist die L-Bank in den meisten Fällen als Dienstleister des Landes tätig. So auch beim Elterngeld, für das es in Baden-Württemberg – anders als in anderen Bundesländern – mit der L-Bank einen zentralen Ansprechpartner gibt. Seit August 2013 übernimmt sie im Auftrag des Landes auch die Vergabe des Betreuungsgeldes. Die Bank hilft bei beiden Leistungen den jungen Eltern auch bei allen Fragen rund um die Antragstellung weiter.

Die Zahl der Elterngeld-Bewilligungen ist im Jahr 2013 auf 121.500 gestiegen. Dazu beigetragen hat die weitere Zunahme der Anträge von Vätern. Im Jahr 2013 wählten – bezogen auf die Zahl der Geburten – 34,5 % der Väter eine berufliche Auszeit, um sich ihren Kindern zu widmen. In Bezug auf das neu eingeführte Betreuungsgeld wurden bis Ende des Jahres rund 25.400 Bewilligungen ausgesprochen.

Zur Förderung von Bildungsangeboten unterstützt die L-Bank im Auftrag des Landes zahlreiche Maßnahmen und Träger: Das Spektrum reicht von der Sprachförderung im Kindergarten über die Hausaufgabenhilfe für Schüler bis hin zu EU-finanzierten Projekten der Wiedereingliederung von Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt.

Familien mit Kindern, Bildungsprojekte und soziale Vorhaben unterstützte die L-Bank im Jahr 2013 mit insgesamt 1,0 Mrd. Euro.

**1,0**  
Mrd. €  
für Familien,  
Bildung und  
Soziales

### Verteilung des Neugeschäfts bei der Förderung von Familien, Bildung und Sozialem

In Mio. Euro	2012	2013
Elterngeld	688,1	749,4
Betreuungsgeld	0,0	67,8
Weitere Förderungen für Familien	33,4	26,3
Finanzhilfen	190,5	166,7
	912,0	1.010,2

# FÜR UNSERE KUNDEN: MEHR ALS FINANZIEREN

Fördern heißt auch, den Weg zur Förderung so einfach wie möglich zu gestalten. Dazu ist es wichtig, gute Information und Beratung in der Phase zu bieten, in der die Entscheidung für eine Investition fällt. Denn nur wer weiß, dass es Fördermittel für sein Vorhaben gibt, kann diese auch nutzen. Das gilt unabhängig davon, ob es sich um die Finanzierung eines Mittelständlers handelt oder um eine Familie, die einen Hauskauf plant. Da die L-Bank keine Filialen hat, spielt für sie die enge Zusammenarbeit mit den Hausbanken vor Ort eine wichtige Rolle. Ebenso eng und wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskammern oder der Bürgerschaftsbank. So beraten Fachleute der L-Bank und dieser Einrichtungen gemeinsam in den unterschiedlichen Kammerbezirken Unternehmen regelmäßig zu Finanzierungsfragen.

Mit ihren Wirtschaftsforen geht die L-Bank in die unterschiedlichen Zentren des Landes. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, den Unternehmen eine Plattform für Austausch und Information zu schaffen, bei der alle wichtigen regionalen Ansprechpartner zusammenkommen. Darüber hinaus ist sie mit Informationen zu ihren Wohnraumfinanzierungen auf Messen vertreten oder bietet Sprechstage an den Standorten in Karlsruhe und Stuttgart. Die unterschiedlichen Telefonhotlines helfen jungen Eltern, die Fragen zum Elterngeld-Antrag haben, ebenso wie der Kommune, die unsicher ist, ob für ihr Projekt eine Förderung möglich ist. Erste grundlegende Informationen über das Förderangebot und die einzelnen Programme werden allerdings immer häufiger über das Internet abgerufen. Auf ihrer Website gibt die L-Bank detailliert Auskunft über ihre Angebote. Kontinuierlich wird die Struktur weiter an die Nutzerinteressen angepasst und der zielgruppen- und projektorientierte Rechercheweg zur passenden Förderung verbessert.

Wenn der Weg zur Förderung so einfach wie möglich sein soll, stellt das auch Anforderungen an die Anträge selbst und an die Antragsbearbeitung. Im Förderatlas 2013 von Evers & Young stellten die Unternehmenskunden der Förderung der L-Bank sowie der Beratung und Antragsbearbeitung in Zusammenarbeit mit den baden-württembergischen Hausbanken in vielen der gerade angesprochenen Punkte gute Noten aus. Das freut uns – und ist für uns ein Grund mehr, unsere Leistung hier noch weiter zu verbessern.

## UNTERNEHMENSSTRUKTUR

CHRISTIAN BRAND Vorsitzender des Vorstands	PROF. DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER Stv. Vorsitzender des Vorstands	DR. KARL EPPLE Mitglied des Vorstands	DR. ULRICH THEILEIS Mitglied des Vorstands
<b>UNTERNEHMENSBEREICH I</b>	<b>UNTERNEHMENSBEREICH II</b>	<b>UNTERNEHMENSBEREICH III</b>	<b>UNTERNEHMENSBEREICH IV</b>
Koordination der Unternehmensbereiche	Unternehmenskunden	Finanzhilfen	Kreditanalyse
Vorstandssekretariat	Wirtschaftsförderung	Kreditbetreuung Wohnungsunternehmen	Bilanz- und Rechnungswesen
Unternehmensstrategie	Infrastrukturförderung	Kreditbetreuung Privatkunden	Zahlungsverkehr
Öffentlichkeitsarbeit	Landwirtschaftsförderung	Fördergeschäft Sachsen	Wertpapierabwicklung
Volkswirtschaftliche Fragen	Umweltförderung	Standortentwicklung	Controlling
Unternehmensbeteiligungen	Eigenkapitalfinanzierung	Familienförderung	Handelsüberwachung und Risikocontrolling
Nachhaltigkeit	Wohnraumförderung	Verwaltung	Informationstechnologie
Bauwesen	Kreditbetreuung Unternehmenskunden und Finanzinstitute	Immobilienbewertung	Betriebsorganisation und Grundsätze des Kreditgeschäfts
Disposition	Personal- und Sozialwesen		
Refinanzierung	Recht		
	Rumänisches Verbindungsbüro		

DEM GESAMTVORSTAND UNTERSTELLT:

Interne Revision

Compliance, Datenschutz, Geldwäsche, Fraud

## VERWALTUNGSRAT

ORDENTLICHE MITGLIEDER	STELLVERTRETENDE MITGLIEDER	WEITERE STELLVERTRETER	BERATENDE MITGLIEDER
<b>Dr. Nils Schmid MdL</b> Finanz- und Wirtschaftsminister Vorsitzender	<b>Ingo Rust MdL</b> Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	<b>Walter Leibold</b> Ministerialdirigent im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	<b>Clemens Meister</b> Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe
<b>Alexander Bonde</b> Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Stv. Vorsitzender	<b>Wolfgang Reimer</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	<b>Joachim Hauck</b> Ministerialdirigent im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	<b>Tatjana Aster</b> Vorsitzende des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe
<b>Reinhold Gall MdL</b> Innenminister Stv. Vorsitzender	<b>Dr. Herbert O. Zinell</b> Ministerialdirektor im Innenministerium	<b>Volker Jochimsen</b> Ministerialdirigent im Innenministerium	<b>Thomas Dörflinger</b> Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart
<b>Katrin Altpeter MdL</b> Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	<b>Jürgen Lämmle</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozial- ordnung, Familie, Frauen und Senioren	<b>Johann-Christoph Kleinschmidt</b> Ministerialrat im Ministerium für Arbeit und Sozial- ordnung, Familien, Frauen und Senioren	
<b>Franz Untersteller MdL</b> Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	<b>Helmfried Meinel</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	<b>Jutta Lück</b> Ministerialdirigentin im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	
<b>Klaus-Peter Murawski</b> Staatssekretär im Staatsministerium	<b>Dr. Florian Stegmann</b> Ministerialrat im Staatsministerium	<b>Matthias Broß</b> Regierungsrat im Staatsministerium	
<b>Claus Schmiedel MdL</b> Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion	<b>Peter Hofelich MdL</b>		
<b>Edith Sitzmann MdL</b> Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<b>Andrea Lindlohr MdL</b> Stv. Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
<b>Joachim Wohlfeil</b> Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe	<b>Rainer Reichhold</b> Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart		
<b>Dr. Peter Kulitz</b> Präsident der Industrie- und Handelskammer Ulm	<b>Helmut Althammer</b> Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg		
<b>Roger Kehle</b> Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg e. V., Stuttgart	<b>Dr. Roman Glaser</b> Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e. V.		
<b>Leni Breymaier</b> Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg	<b>Catharina Clay</b> Landesbezirksleiterin IG BCE Baden-Württemberg		
<b>Dr. Dieter Salomon</b> Vizepräsident des Städtetages Baden-Württemberg e. V.	<b>Joachim Walter</b> Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg		
<b>Gabriele Kellermann</b> Mitglied des Vorstands der BBBank eG	<b>N. N.</b>		
<b>Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach</b> Geschäftsführer der Doertenbach & Co. GmbH	<b>Wilhelm Freiherr von Haller</b> Co-Leiter Privat- und Firmenkunden Deutsche Bank AG		

## BEIRAT

<b>Dr. Nils Schmid MdL</b> Finanz- und Wirtschaftsminister Vorsitzender	<b>Walter Gubert</b> Chairman of JP Morgan Europe, Middle East and Africa	<b>Fritz Kuhn</b> Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart	<b>Carola Gräfin von Schmettow</b> Mitglied des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
<b>Dr. Alexander Erdland</b> Vorsitzender des Vorstands Wüstenrot & Württembergische AG Stv. Vorsitzender	<b>Heinrich Haasis</b> Präsident des Weltinstitutes der Sparkassen Vorsitzender des Vorstands der Sparkassenstiftung internationale Kooperation	<b>Dr. Peter Kurz</b> Oberbürgermeister der Stadt Mannheim	<b>Claus Schmiedel MdL</b> Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
<b>Willem G. van Agtmael</b> Geschäftsführer der Catalpa	<b>Jürgen Hägele</b> Stv. Vorsitzender des Vorstands der L-Bank i.R.	<b>Dr. Stephanie Mair-Huydts</b> Sprecherin der Geschäftsführung der MAIRDUMONT GmbH & Co. KG	<b>Andreas Schmitz</b> Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
<b>Helmut Althammer</b> Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg	<b>Peter Hauk MdL</b> Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg	<b>Dr. Frank Mastiaux</b> Vorsitzender des Vorstands EnBW Energie Baden-Württemberg AG	<b>Peter Schneider</b> Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg
<b>Senator h. c. Helmut Aurenz</b>	<b>Dr. Ing. E. h. Martin Herrenknecht</b> Vorsitzender des Vorstands der Herrenknecht AG	<b>Dr. Frank Mentrup</b> Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe	<b>Dr. Robert Schuler-Voith</b> Geschäftsführender Gesellschafter der Mercura Capital GmbH
<b>Wirtschafts-Ing. Bernd Bechtold</b> Geschäftsführer der b.i.g. Ingenieurgesellschaft mbH	<b>Prof. Dr. Heinz K. Junker</b> Vorsitzender der Geschäftsführung der MAHLE GmbH	<b>Dr. Joachim Ott</b> Vorsitzender der Geschäftsführung der Bilfinger Facility Services GmbH	<b>Dieter Schwarz</b> Generalbevollmächtigter der Schwarz GmbH & Co. KG
<b>Hans Beerstecher</b> Stv. Vorsitzender des Vorstands der L-Bank i.R. Stv. Vorsitzender der Landesanstalt für Kommunikation	<b>Henning Kalkmann</b> Vorsitzender des Vorstands des Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Baden-Württemberg e.V.	<b>Sean Rainbird</b> Direktor der National Gallery of Ireland	<b>Dr. Andreas Schweinzbend</b> Geschäftsführer der Vibono GmbH
<b>Peter M. Binder</b> Geschäftsführender Gesellschafter BINDER GmbH	<b>Karl Klein MdL</b> Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft des Landtags von Baden-Württemberg	<b>Alfred T. Ritter</b> Vorsitzender der Geschäftsführung der Alfred Ritter GmbH & Co. KG	<b>Edith Sitzmann MdL</b> Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
<b>Ina Dé</b> Managing Director von Equity Capital Markets, JP Morgan	<b>Max Dietrich Kley</b> Mitglied des Aufsichtsrats der BASF SE	<b>Dr. Sabine Röser</b> Vorsitzende des Vorstands der Rudolf Röser Verlag und Informationsdienste AG	<b>Willi Stächele MdL</b> Finanzminister a. D.
<b>Prof. Dr. Bernd Engler</b> Rektor der Eberhard Karls Universität Tübingen	<b>Dagmar Kollmann</b> Stv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG	<b>Hans-Joerg Rudloff</b> Chairman of ABD Capital SA	<b>Hans-Jörg Vetter</b> Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg
<b>Robert Friedmann</b> Sprecher der Konzernführung der Würth Group	<b>Christoph Kübel</b> Mitglied der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH	<b>Helmut Walter Rüeck MdL</b> Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg	<b>Prof. Peter Weibel</b> Vorstand des ZKM – Zentrum für Kunst und Medientechnologie
<b>Prof. Dr. Clemens Fuest</b> Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)		<b>Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL</b> Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion Baden-Württemberg	<b>Prof. Dr. h. c. Horst Weitzmann</b> Senator E. h. Geschäftsführender Gesellschafter NDW Beteiligungsgesellschaft mbH
<b>Dr. Roman Glaser</b> Präsident des Badischen Genossenschaftsverbandes e.V.		<b>Ingo Rust MdL</b> Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	<b>Joachim Wohlfeil</b> Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe
<b>Gerhard Goll</b> Rechtsanwalt		<b>Hans Dietmar Sauer</b> Vorsitzender des Aufsichtsrats der W & W AG	<b>Guido Wolf MdL</b> Präsident des Landtags von Baden-Württemberg
<b>Tanja Gönner</b> Vorstandssprecherin Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)		<b>Joachim E. Schielke</b> Vorsitzender des Vorstands der BW-Bank i.R.	

# PERSONALBERICHT

Die gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen am Arbeitsmarkt spiegeln sich auch in der Personalstruktur der L-Bank wider. So sind die meisten Mitarbeiter der Bank (65 %) im Alter zwischen 40 und 60. Der Anteil weiblicher Beschäftigter ist hoch, von ihnen erfüllt ein Drittel Führungsaufgaben.

Die Zahl der hochqualifizierten Frauen am Arbeitsmarkt steigt zwar, insgesamt nimmt aber die Zahl der jungen Arbeitskräfte immer mehr ab. Durch die Entwicklung der Altersstruktur der Gesellschaft wird der Wettbewerb um Fachkräfte immer weiter zunehmen. Hinzu kommt, dass das Berufsbild des Bankers in den letzten Jahren gelitten hat und weniger junge Menschen den Wunsch haben, in der Finanzbranche zu arbeiten. Umso wichtiger wird es für Arbeitgeber, den Mitarbeitern neben interessanten Aufgabengebieten eine langfristige berufliche Entwicklung und Perspektive zu ermöglichen. Daher setzt die L-Bank Schwerpunkte bei der Aus- und Weiterbildung, beim Ausbau ihrer Angebote zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und beim Gesundheitsmanagement.

PERSONAL IN ZAHLEN		
	2013	2012
Gesamtzahl der Beschäftigten	1.252	1.235
Davon Karlsruhe	1.016	1.008
Stuttgart	236	227
Anzahl der weiblichen Beschäftigten in %	58,3 %	57,0 %
Davon in Führungspositionen	34,2 %	34,4 %
Durchschnittsalter	45,8 Jahre	45,4 Jahre
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit	17,0 Jahre	16,7 Jahre
Fluktuationsquote	1,7 %	4,8 %

## AUS- UND WEITERBILDUNG: QUALIFIKATIONEN AUSBAUEN

Die L-Bank bietet Abiturienten in Zusammenarbeit mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) das Studium der Betriebswirtschaftslehre, Fachrichtung Bank und Wirtschaftsinformatik, an. Die Studenten der L-Bank schließen meistens mit guten und sehr guten Ergebnissen ab. Mehrere Mitarbeiter der L-Bank engagieren sich mittlerweile seit Jahren als Dozenten an der Dualen Hochschule.

Berufseinsteigern mit einem abgeschlossenen Studium bietet die Bank ein Traineeprogramm – mit projektorientierten Phasen im Trainee-Team und Praxisphasen in den Fachbereichen – an. Darüber hinaus lassen sich auch klassische Ausbildungsberufe bei der L-Bank lernen. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 38 junge Menschen in der L-Bank ausgebildet. Alle Studenten und Trainees, die letztes Jahr ihren Abschluss machten, wurden – wie schon die Absolventen im Vorjahr – übernommen.

34,3 % der Mitarbeiter der L-Bank verfügen über einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Ausbildung, insgesamt 99,4 % der Belegschaft haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, vorwiegend im kaufmännischen Bereich. Sie alle werden mit einem umfangreichen Angebot an internen und externen Seminaren bei ihrer berufsbegleitenden Qualifikation unterstützt. Im Berichtsjahr hat jeder Mitarbeiter im Durchschnitt an 1,9 Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen. Das Angebot an Veranstaltungen wird dabei kontinuierlich an den Bedarf der Mitarbeiter und die Entwicklungen in den Arbeitsprozessen angepasst.

## BERUFS- UND PRIVATLEBEN: VEREINBARKEIT UNTERSTÜTZEN

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Arbeitgeber unterstützt die L-Bank ihre Mitarbeiter dabei, ihre familiäre und private Situation mit dem Berufsleben bestmöglich vereinbaren zu können. Das reicht von flexiblen Arbeitszeitregelungen über die Möglichkeit zur Teleheimarbeit bis hin zur betriebsnahen Kinderbetreuung und zur Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen.

Die Möglichkeit der Teilzeitarbeit wird in der L-Bank stark genutzt. Die Quote blieb im Jahr 2013 mit 25,3 % auf dem Niveau des Vorjahrs. Ein weiterer Baustein ist die Teleheimarbeit – auch hier bietet die Bank unterschiedlich gestaltete Modelle an. Den Mitarbeitern ist es dabei wichtig, im engen Austausch mit der Abteilung und den Kollegen zu bleiben. Um das zu erleichtern, richtet ihnen die L-Bank auch einen festen Büroplatz in ihren Abteilungen ein. Individuell definierte Arbeitszeiten in der Bank erleichtern die Information über aktuelle Entwicklungen im eigenen Fachbereich.

Jungen Eltern bietet die L-Bank darüber hinaus bei der Kinderbetreuung weitere Unterstützung. In Karlsruhe und Stuttgart hat die L-Bank eine Kooperation mit Kindertagesstätten aufgebaut. Diese bieten Betreuungsplätze für Kinder vom Krippenalter bis zum Eintritt in die Schule an. Mitarbeitern, die beispielsweise eine Betreuung unmittelbar am Wohnort oder besondere Angebote wünschen, hilft die L-Bank bei der Suche nach einem geeigneten Angebot. Dazu arbeitet die Bank mit einem externen Dienstleister zusammen, der je nach individueller Anforderung die passende Einrichtung vermittelt. Auch wenn kurzfristig Betreuungsgengpässe entstehen, gibt es mit dem Eltern-Kind-Büro eine Ausweichmöglichkeit, die das Arbeiten in der Bank mit den Kindern ermöglicht.

In Verbindung mit dem flexiblen Teilzeit- und Teleheimarbeitsmodell erleichtern diese Angebote der L-Bank vor allem jungen Eltern den Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes. Die meisten von ihnen kehren knapp zwölf Monate nach der Geburt ihres Kindes aus der Elternzeit an ihren Arbeitsplatz zurück.

Aber nicht nur junge Eltern suchen Betreuungsangebote, denn die demografische Entwicklung

spiegelt sich nicht nur in der Altersstruktur der Belegschaft wider. Gerade die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger ist häufig eine starke private Belastung. Die L-Bank kooperiert hier ebenfalls mit einem externen Anbieter, der die Unterstützung durch Pflegedienste vermittelt. Auch bei der oft schwierigen Suche nach einem geeigneten Pflegeplatz hilft der Service dieses Anbieters.

## GESUNDHEITSMANAGEMENT: ENGAGIERT ARBEITEN UND FIT BLEIBEN

Wer sich beruflich stark engagiert, muss auf den privaten und sportlichen Ausgleich achten. Nur wer seine Gesundheit nicht vernachlässigt, kann dauerhaft leistungsfähig bleiben. Die L-Bank sieht hier ihre Verantwortung als Arbeitgeber: Mit einem gezielten und als Teil der Personalentwicklung etablierten Gesundheitsmanagement setzt sie auf Information und konkrete Angebote – vielfach in Zusammenarbeit mit fachlich kompetenten Dienstleistern.

Das beginnt direkt bei der Arbeitsumgebung bzw. dem einzelnen Arbeitsplatz. Bei den Büroeinrichtungen werden hohe ergonomische Anforderungen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus berücksichtigt. Hinzu kommen jährliche Schulungen, Steuerungs- und Arbeitskreise. Damit wird sichergestellt, dass gesetzliche Arbeitsschutzmaßnahmen umgesetzt werden.

Ein ergonomischer Arbeitsplatz allein reicht jedoch nicht aus, Sport und Bewegung sind wichtig als Ausgleich für die vorwiegend sitzende Bürotätigkeit in der Bank. Mit Gesundheitszentren an beiden Standorten werden in Kooperation mit einem Vertragspartner sowohl individuelles Training wie auch Präventionskurse – zum Beispiel für die typischen Wirbelsäulenprobleme – ermöglicht. Aber nicht nur physische, auch psychische Belastungen müssen ausgeglichen und rechtzeitig behandelt werden. Über externe, unabhängige Vertragsärzte erleichtert die L-Bank ihren Mitarbeitern hier den Weg zu Prävention und Hilfe.

Für die L-Bank geht es bei diesen Maßnahmen darum, ihren Mitarbeitern den Ausgleich zu der beruflichen Belastung zu erleichtern und auch hier dafür zu sorgen, dass Privat- und Arbeitsleben leichter in Einklang zu bringen sind.

# CORPORATE GOVERNANCE BERICHT 2013

Die L-Bank hat als Förderbank des Landes Baden-Württemberg den staatlichen Auftrag, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen zu verwalten und durchzuführen. Vor dem Hintergrund dieser gemeinnützigen Aufgaben ist für sie eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung schon immer selbstverständlich gewesen. Der im Januar 2013 von der Landesregierung von Baden-Württemberg beschlossene Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg richtet sich auch an die L-Bank als der Aufsicht des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg unterstehende juristische Person des öffentlichen Rechts. Vorstand und Verwaltungsrat haben im Juni 2013 daher den Grundsatzbeschluss gefasst, den Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg künftig zu beachten und jährlich zu erklären, dass seinen Empfehlungen entsprochen wurde und wird. Durch diesen Beschluss ist der Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg im Regelwerk der L-Bank verankert worden.

Der vorliegende Corporate Governance Bericht betrifft das Geschäftsjahr 2013. Da die Verankerung des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg jedoch erst zur Jahresmitte erfolgte und im Regelwerk der L-Bank Anpassungsmaßnahmen erforderlich waren, um seine Vorgaben umzusetzen, war eine gewisse Übergangsperiode erforderlich. Die nachfolgende Entsprechenserklärung gilt in vollem Umfang zum Stichtag 31.12.2013.

## ENTSPRECHENSERKLÄRUNG

Vorstand und Verwaltungsrat der L-Bank erklären:

Den Empfehlungen des von der Landesregierung von Baden-Württemberg im Januar 2013 beschlossenen Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg (PCGK BW) wurde und wird, soweit sie auf die L-Bank als Anstalt des öffentlichen Rechts anwendbar sind, mit Ausnahme der nachstehenden Empfehlungen entsprochen.

→ Dynamisierung der Festvergütung der Vorstandsmitglieder (Rn. 37 PCGK BW): Die derzeitigen Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sehen vor, dass die Festvergütung entsprechend der Tarifentwicklung im Bankengewerbe erhöht wird. Diese Dynamisierung dient dem Inflationsausgleich und der Vermeidung von wiederkehrenden Verhandlungen über angemessene Gehaltserhöhungen. Es ist vorgesehen, dass neu abzuschließende Anstellungsverträge für Mitglieder des Vorstands keine Regelung zur Dynamisierung der Festbezüge mehr enthalten.

→ Zielvereinbarung bezüglich der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder (Rn. 38 PCGK BW): Die Bemessungsgrundlagen für die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands sind in den Anstellungsverträgen konkret festgelegt. Es werden diesbezüglich keine Zielvereinbarungen getroffen, da dies dem besonderen Geschäftsmodell der L-Bank nicht gerecht werden würde.

→ Selbstbehalt bei D & O-Versicherung (Rn. 92 PCGK BW): Die bestehende D & O-Versicherung für den Vorstand sah für das Jahr 2013 keinen Selbstbehalt vor. Mit Wirkung ab 1.1.2014 wurde ein solcher eingeführt.

## ANTEIL VON FRAUEN IN VORSTAND, VERWALTUNGSRAT UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Zum 31.12.2013 war im vierköpfigen Vorstand keine Frau vertreten. Zu diesem Zeitpunkt waren fünf der 18 Mitglieder des Verwaltungsrats (Quote 27,8 %) und 77 der 225 Mitarbeiter in Führungspositionen (Quote 34,2 %) Frauen.

## VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS in TEUR					
Name	Grundvergütung	Erfolgsabhängige Vergütung	Sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Christian Brand Vorsitzender	469	237	21	86	813
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Stv. Vorsitzender	346	181	24	2	553
Dr. Karl Epple	291	104	16	10	421
Dr. Ulrich Theileis <sup>1</sup>	46	0	3	0	49
Gesamt	1.152	522	64	98	1.836

<sup>1</sup> Herr Dr. Theileis wurde mit Wirkung zum 08.11.2013 zum Mitglied des Vorstands berufen.

Für variable Bezüge, die im Jahr 2014 ausbezahlt werden, wurden Rückstellungen in Höhe von 699 TEUR gebildet. Im Jahr 2013 erhielten die Mitglieder des Vorstands Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 15 TEUR.

Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine Versorgungszusage nach Beendigung der Vorstandstätigkeit.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATS in TEUR					
Name	Zeitraum Mitgliedschaft	Mitgliedschaft Verwaltungsrat <sup>1</sup>	Mitgliedschaft Ausschüsse <sup>1</sup>	Sitzungsgeld	Gesamt
Dr. Nils Schmid <sup>2</sup> Vorsitzender	01.01.–31.12.	9,0	3,9	0,6	13,5
Alexander Bonde <sup>2</sup> Stv. Vorsitzender	01.01.–31.12.	7,5	3,9	0,2	11,6
Reinhold Gall <sup>2</sup> Stv. Vorsitzender	01.01.–31.12.	7,5	3,9	0,6	12,0
Katrin Altpeter <sup>2</sup>	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Franz Untersteller <sup>2</sup>	01.01.–31.12.	6,0	3,8	0,5	10,2
Klaus-Peter Murawski <sup>2</sup>	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Claus Schmiedel	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,5	6,5
Edith Sitzmann	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Martin Lamm	01.01.–30.11.	5,5	0,0	0,6	6,1
Joachim Wohlfeil	01.12.–31.12.	0,5	0,0	0,0	0,5
Wirtschafts-Ing. Bernd Bechtold	01.01.–30.11.	5,5	3,6	0,8	9,8
Dr. Peter Kulitz	01.12.–31.12.	0,5	0,0	0,0	0,5
Roger Kehle	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,5	6,5
Leni Breymaier	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Dr. Dieter Salomon	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,0	6,0
Gerhard Burkhardt	01.01.–30.11.	5,5	0,0	0,3	5,8
Gabriele Kellermann	01.12.–31.12.	0,5	0,2	0,0	0,7
Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach	01.01.–31.12.	6,0	3,9	0,9	10,8
Clemens Meister	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,5	6,5
Tatjana Aster	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,6	6,6
Thomas Dörflinger	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,3	6,3
<b>Gesamt</b>		<b>114,0</b>	<b>23,2</b>	<b>7,2</b>	<b>144,4</b>

<sup>1</sup> Die anteiligen Vergütungen für Dezember 2013 waren zum Stichtag 31.12.2013 teilweise noch nicht ausbezahlt.

<sup>2</sup> Es besteht eine Pflicht zur Ablieferung an das Land Baden-Württemberg.

Der Vorstand

Der Verwaltungsrat

# LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

## GRUNDLAGEN

Die L-Bank ist das Förderinstitut des Landes Baden-Württemberg. Ihre Geschäftstätigkeit wird von dem gesetzlichen Auftrag bestimmt, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Union (EU) durchzuführen.

Die L-Bank hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Baden-Württemberg. Als Anstalt des öffentlichen Rechts untersteht die L-Bank der Aufsicht des Landes. Als Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) wird sie von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Zudem gehört die L-Bank gemäß Mitteilung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 23. Oktober 2013 zum Kreis der voraussichtlich künftig durch die EZB zu beaufsichtigenden Kreditinstitute.

Sowohl Förderziele als auch operative Plangrößen – wie beispielsweise Kundenkreise und Förderschwerpunkte – werden der L-Bank von ihrem Eigentümer durch das L-Bank-Gesetz, durch politische Schwerpunktsetzung und im programmgebundenen Geschäft zusätzlich durch konkrete Programmrichtlinien vorgegeben. Wesentliche Geschäftsaktivitäten der L-Bank sind demzufolge maßgeblich durch externe Faktoren geprägt und daher nur eingeschränkt steuerbar.

## WIRTSCHAFTSBERICHT

### RAHMENBEDINGUNGEN

In dem schwierigen internationalen Umfeld der letzten Jahre hat sich die deutsche Wirtschaft als sehr solide erwiesen und ist selbst während des Höhepunkts der Staatsschuldenkrise in den Jahren 2010 bis 2012 auf Wachstumskurs geblieben. Im Jahr 2013 verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland laut Statistischem Bundesamt einen Zuwachs von 0,4 % (Stand: Januar 2014). Der Arbeitsmarkt zeigte sich im Berichtsjahr ebenfalls stabil. Bereits im Jahr 2012 war die Arbeitslosenquote in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken; im Jahr 2013 war sie mit 6,9 % nahezu unverändert im Vergleich zum Vorjahr (Bundesagentur für Arbeit, Stand: Januar 2014).

Baden-Württemberg lag mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von 0,5 % leicht über dem Wert für Gesamtdeutschland (Statistisches Landesamt, Stand: Dezember 2013). Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die inländische Nachfrage nach Industrieprodukten langsam wieder Fahrt aufgenommen hat und die Talsohle im Fahrzeugbau durchschritten scheint. Auch die Arbeitslosenquote im Land befand sich mit 4,1 % unter der des Bundes (Statistisches Landesamt, Stand: Januar 2014).

Sowohl die robuste konjunkturelle Lage als auch das anhaltend niedrige Marktzinsniveau prägten die Geschäftstätigkeit der L-Bank im Berichtsjahr.

## GESCHÄFTSVERLAUF

Der Förderschwerpunkt der L-Bank lag im abgelaufenen Berichtsjahr wie im Vorjahr auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in Wohngebäuden sowie bei mittelständischen Unternehmen. Deutliche Steigerungen der Neugeschäftszahlen waren vor allem in der Wohnraumförderung zu verzeichnen. Daneben konnte die Wirtschaftsförderung das bereits hohe Niveau des Vorjahres erneut übertreffen. Insgesamt hat die L-Bank ihre anvisierten Ziele erreicht.

### Wirtschaftsförderung

Die L-Bank unterstützt das anhaltende Wirtschaftswachstum und damit die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg mit Förderangeboten für Existenzgründer sowie bestehende mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe. Die Unterstützung erfolgt durch die Vergabe zinsverbilligter Darlehen und Zuschüsse sowie die gezielte Übernahme von Risiken. Das Neugeschäftsvolumen in der Wirtschaftsförderung lag mit 3.211,5 Mio. Euro nochmals über dem Vorjahresniveau (3.057,6 Mio. Euro). Schwerpunkt waren dabei die Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bei mittelständischen Unternehmen.

In der Existenzgründung war vor allem im Programm „Gründungsfinanzierung“ ein Zuwachs zu verzeichnen. Hier erhalten Existenzgründer und junge Unternehmer Unterstützung auf dem Weg in die Selbstständigkeit sowie bei der Erweiterung oder Übernahme bestehender Unternehmen. Trotz insgesamt rückläufiger Gründungsaktivität in Baden-Württemberg und Gesamtdeutschland stieg das Volumen von 341,6 Mio. Euro auf 437,7 Mio. Euro.

Ebenfalls angestiegen sind die Neugeschäftszahlen in der Mittelstandsfinanzierung. Sie lagen mit 2.398,0 Mio. Euro über dem Vorjahreswert

(2.273,5 Mio. Euro). Wesentlich getrieben wurde diese Entwicklung von dem Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“, dessen Neugeschäftsvolumen sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelte. Im Jahr 2013 wurden zinsverbilligte Darlehen zur Verbesserung der Energieeffizienz in Betriebsgebäuden und Anlagen in Höhe von 730,0 Mio. Euro (Vorjahr: 323,6 Mio. Euro) an kleine und mittelständische Unternehmen vergeben. Maßgeblich für den Anstieg waren die attraktiven Konditionen. Außerdem war das Programm erst zum 1. April 2012 aufgelegt worden, sodass der Bewilligungszeitraum im Berichtsjahr erstmals volle zwölf Monate umfasste. Der große Zuwachs im Energieeffizienzprogramm überkompensierte den Rückgang in der „Investitionsfinanzierung“ um 32,2 % auf 215,2 Mio. Euro (Vorjahr: 317,4 Mio. Euro). Dieser war durch Substitutionseffekte zugunsten des Energieeffizienzprogramms bedingt. Deutlich positiv entwickelte sich auch die „Wachstumsfinanzierung“. Mit diesem Programm unterstützte die L-Bank etablierte kleine und mittlere Unternehmen mit Darlehen in Höhe von insgesamt 925,9 Mio. Euro (Vorjahr: 879,1 Mio. Euro) beispielsweise bei der Erweiterung des Unternehmens und der Modernisierung der Betriebsausstattung. Infolge der niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt war bei derartigen Vorhaben eine erhöhte Investitionsbereitschaft der Antragsteller zu erkennen. Im Gegensatz dazu ging die Inanspruchnahme des Angebots „Liquiditätskredit“ deutlich zurück. Hier wurden lediglich Mittel in Höhe von 117,2 Mio. Euro (Vorjahr: 241,5 Mio. Euro) ausgegeben. Dies spiegelt einen geringeren kurzfristigen Liquiditätsbedarf der Unternehmen wider und ist zudem eine Folge des bereits zum 1. Oktober 2012 eingeschränkten Antragstellerkreises in diesem Programm.

In der Landwirtschaftsförderung lagen die Volumina im Neugeschäft mit 148,8 Mio. Euro unter denen des Jahres 2012 (182,3 Mio. Euro). Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die rückläufige Nachfrage im Programm „Neue Energien – Energie vom Land“: Diese Förderung der Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energieträger verzeichnete

ein Bewilligungsvolumen in Höhe von 29,3 Mio. Euro (Vorjahr: 59,0 Mio. Euro). Ursächlich für den Rückgang waren Sättigungstendenzen in den Bereichen Photovoltaik- und Biogasanlagen sowie Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.

### Wohnraumförderung

Mit Hilfe von zinsverbilligten Darlehen unterstützt die L-Bank Privatpersonen und Unternehmen in Baden-Württemberg bei Bau, Kauf und Sanierung sowohl selbstgenutzten als auch vermieteten Wohnraums. Insbesondere aufgrund der im April 2012 eingeführten Programme zur Finanzierung energieeffizienzsteigernder Maßnahmen erhöhte sich das Bewilligungsvolumen im Geschäftsjahr 2013 signifikant um 51,1 % auf 2.229,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.476,1 Mio. Euro).

Die Wohneigentumsförderung hat sich mit einem Neugeschäftsvolumen von 1.634,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.232,2 Mio. Euro) sehr positiv entwickelt. Der starke Anstieg beruhte zum einen auf der Erhöhung der Bewilligungsvolumina im Landeswohnraumförderungsprogramm, in dessen Rahmen 273,4 Mio. Euro (Vorjahr: 166,1 Mio. Euro) an Darlehen vergeben wurden. Hierzu haben insbesondere der Wegfall der Sanierungsverpflichtung beim Bestandserwerb sowie weitere Anpassungen der Förderbedingungen gegenüber den Vorjahren beigetragen. Zum anderen waren deutlich gestiegene Zusagevolumina bei den Energieeffizienzprogrammen für den Anstieg in der Eigentumsförderung verantwortlich. Darlehensmittel für den Neubau oder Kauf energiesparender Wohnungen oder Häuser im Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Bauen“ wurden im Umfang von 575,6 Mio. Euro (Vorjahr: 318,3 Mio. Euro) zugesagt. Bei der Programmvariante „Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren“ zur Verbesserung der Energieeffizienz durch Einzelmaßnahmen oder durch Sanierungen bestehender Gebäude auf Effizienzhausstandards wurden 385,6 Mio. Euro (Vorjahr: 293,3 Mio. Euro)

bewilligt. Der starke Anstieg ist vor allem auf die günstigen Finanzierungsbedingungen zurückzuführen. Das L-Bank-Programm „Wohnen mit Kind“, in dem Familien mit Kindern beim Bau oder Erwerb eines Eigenheims unterstützt werden, bewegte sich mit einem Volumen von 279,3 Mio. Euro in etwa auf dem Stand des Vorjahres (284,7 Mio. Euro).

Die Maßnahmen im Bereich der Mietwohnraumförderung sind im Jahr 2013 auf 576,1 Mio. Euro (Vorjahr: 237,9 Mio. Euro) angestiegen. In den verschiedenen Programmen werden die Schaffung und die Sanierung von Mietwohnraum in Baden-Württemberg gefördert. Das Bewilligungsvolumen des Landeswohnraumförderungsprogramms verzeichnete entgegen den Erwartungen einen Rückgang und lag bei 6,6 Mio. Euro (Vorjahr: 15,7 Mio. Euro). Zwar war die Nachfrage aufgrund der laut Wohnungswirtschaft deutlich attraktiveren Konditionen im Vergleich zum Vorjahresprogramm gestiegen. Wegen der bis September 2013 verzögerten beihilferechtlichen Freigabe durch die EU konnte die Bewilligung der Anträge jedoch erst verspätet starten. Das von der L-Bank ausschließlich aus eigenen Mitteln vergünstigte Programm zur Neubaufinanzierung wurde weiterhin stark nachgefragt, sodass das Volumen auf 78,4 Mio. Euro (Vorjahr: 34,3 Mio. Euro) gesteigert werden konnte. Die weiteren L-Bank-Finanzierungen, die auch bei Vorhaben zur energetischen Sanierung und zum altersgerechten Umbau verstärkt in Anspruch genommen wurden, beliefen sich auf insgesamt 491,1 Mio. Euro (Vorjahr: 187,9 Mio. Euro). Die erhebliche Zunahme ist unter anderem auf einen Anstieg der in Kombination mit der Neubaufinanzierung ausgereichten ergänzenden Darlehen sowie auf eine einmalige großvolumige Projektfinanzierung eines Immobilienportfolios zurückzuführen.

Zunehmend erfolgreich entwickelte sich nach der Anlaufphase im Jahr 2012 auch die Finanzierung von Wohnungseigentümergeinschaften. Im Berichtsjahr wurde die Möglichkeit einer gemeinschaftlichen Darlehensaufnahme zur energetischen Sanierung oder zum barrierefreien Umbau

von Mehrfamilienhäusern mit einem Volumen von 18,8 Mio. Euro (Vorjahr: 5,9 Mio. Euro) genutzt.

### Sonstige Entwicklungen

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg bietet die L-Bank Finanzierungs-lösungen für kommunale und soziale Infrastrukturprojekte an und unterstützt die öffentliche Hand bei der Realisierung von Infrastrukturvorhaben durch die Gewährung von Darlehen oder andere Finanzierungsformen. So beteiligt sich die L-Bank unter anderem an Konsortialfinanzierungen von Public-Private-Partnerships und finanziert Konzessions- und Mietmodelle. Schließlich unterstützt sie ihren Eigentümer bei infrastrukturellen Vorhaben. Aufgrund der insgesamt rückläufigen Nachfrage im öffentlichen Sektor wurden im Berichtsjahr nur 968,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2.404,6 Mio. Euro) an Finanzierungsvolumen realisiert.

Als Dienstleistung für das Land Baden-Württemberg übernimmt die L-Bank die Ausreichung einer Vielzahl von Finanzhilfen und auch deren Verwaltung. Im Jahr 2013 wurden 8.848 Neubewilligungen mit einem Volumen von 1.046,8 Mio. Euro (Vorjahr: 908,5 Mio. Euro) bearbeitet. Den größten Teil nahm dabei die Krankenhausförderung mit rund 50 % des Gesamtvolumens ein. Sämtliche Mittel stammen aus dem Landes-, dem Bundes- und dem EU-Haushalt. Daneben reichte die L-Bank im Auftrag von Bund und Land Bundeselterngeld (749,4 Mio. Euro, Vorjahr: 688,1 Mio. Euro), Landeserziehungsgeld (26,1 Mio. Euro, Vorjahr: 33,2 Mio. Euro) und – erstmals im abgelaufenen Jahr – Betreuungsgeld (67,8 Mio. Euro) aus.

Das Beteiligungsportfolio der L-Bank umfasst im Wesentlichen strategische und kreditersetzende Beteiligungen an baden-württembergischen Unternehmen sowie Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg. Der Buchwert des Gesamtportfolios betrug zum Bilanzstichtag 512,8 Mio. Euro (Vorjahr: 524,7 Mio. Euro).

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen, die die L-Bank im Auftrag des Landes Baden-Württemberg hält, belief sich zum Jahresende 2013 auf 430,1 Mio. Euro (Vorjahr: 457,1 Mio. Euro). Die Veränderung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf der Veräußerung einer Beteiligung.

Über den L-EA Mittelstandsfonds beteiligt sich die L-Bank als Co-Investor an etablierten mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg oder unterstützt diese mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungskonzepten. Die Nachfrage nach Produkten des L-EA Mittelstandsfonds war unverändert hoch. Allerdings boten sich den Unternehmen durch das günstige Zinsumfeld verstärkt Finanzierungsalternativen, weswegen sich das Investitionsvolumen inklusive Nachrangdarlehen auf 19,9 Mio. Euro (Vorjahr: 56,7 Mio. Euro) reduzierte. Zum Bilanzstichtag beinhaltete das Portfolio 22 Engagements mit einem Investitionsvolumen von 159,0 Mio. Euro (Vorjahr: 158,4 Mio. Euro). Der Buchwert der Beteiligungen des L-EA Mittelstandsfonds sowie der weiteren kreditersetzenden Beteiligungen belief sich auf 57,1 Mio. Euro (Vorjahr: 42,6 Mio. Euro).

Die L-Bank betreibt über Tochtergesellschaften Technologie- und Gewerbeparks in Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen und Reutlingen. Hierdurch sollen Existenzgründungen aus Hochschulen, neu angesiedelte Unternehmen und der Mittelstand immobilienwirtschaftlich unterstützt werden. Neben den Technologie- und Gewerbeparks unterhält die L-Bank auch verschiedene Infrastrukturprojekte. Hierzu gehörte auch das Bürogebäude der bei Jakarta, Indonesien, ansässigen PT German Centre Indonesia. Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr veräußert. Zur Fortführung des German-Centre-Konzeptes gründete die L-Bank die Gesellschaft PT German Centre Indonesia II, die mittelständischen Unternehmen bedarfsgerechte Büroflächen zur Verfügung stellt, um sie weiterhin bei Markteinstieg und -bearbeitung in Indonesien zu unterstützen. Per 31. Dezember 2013 lag der Buchwert der Unternehmen zur Standortentwicklung bei 25,6 Mio. Euro (Vorjahr: 25,0 Mio. Euro).

Im Rahmen ihrer Aktiv-/Passivsteuerung verfolgte die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit klarem Fokus auf gute und sehr gute Schuldnerqualitäten. Der Bestand setzt sich zu nahezu zwei Dritteln aus Titeln in den Ratingstufen AAA und AA zusammen.

## LAGE

### Ertragslage

Die Ertragslage der L-Bank wird durch die nachstehende betriebswirtschaftlich orientierte Ergebnisdarstellung verdeutlicht. In dieser werden die handelsrechtlich als Zinsaufwand darzustellenden Zinssubventionen und andere Förderaufwendungen als Leistung an das Land Baden-Württemberg und somit als Ergebnisverwendung dargestellt.

ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. Euro				
	01.01.2013 bis 31.12.2013	01.01.2012 bis 31.12.2012	Veränderung	Veränderung in %
Zinsüberschuss	414,0	437,8	-23,8	-5,4
Provisionsüberschuss	41,2	39,1	2,1	5,4
Nettoergebnis aus sonstigen Erträgen/Aufwendungen	12,7	7,8	4,9	62,8
Verwaltungsaufwendungen	148,7	143,5	5,2	3,6
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen</b>	<b>319,2</b>	<b>341,2</b>	<b>-22,0</b>	<b>-6,4</b>
Bewertungsergebnis	-25,4	8,5	-33,9	> -100,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	50,0	46,0	4,0	8,7
<b>Jahresüberschuss vor Steuern</b>	<b>243,8</b>	<b>303,7</b>	<b>-59,9</b>	<b>-19,7</b>
Ertragsteuern	0,6	0,8	-0,2	-25,0
<b>Verteilungsfähiges Ergebnis</b>	<b>243,2</b>	<b>302,9</b>	<b>-59,7</b>	<b>-19,7</b>
Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse	127,1	140,2	-13,1	-9,3
Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	15,3	15,3	0,0	0,0
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>100,8</b>	<b>147,4</b>	<b>-46,6</b>	<b>-31,6</b>

Der Zinsüberschuss war im Berichtsjahr aufgrund des niedrigen Zinsniveaus erwartungsgemäß rückläufig, er nahm um 23,8 Mio. Euro bzw. 5,4 % auf 414,0 Mio. Euro ab, blieb aber unverändert die wichtigste Ertragsquelle der L-Bank.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 41,2 Mio. Euro (Vorjahr: 39,1 Mio. Euro) war geprägt durch die Zahlungen des Landes für Dienstleistungen der L-Bank. Hierzu gehören insbesondere die Ausreichung von Mitteln der Familienförderung (Eltern-, Erziehungs- und Betreuungsgeld) und die Gewährung von Finanzhilfen (Krankenhausförderung u. a.). Die Zunahme des Provisionsüberschusses um 2,1 Mio. Euro resultierte hauptsächlich aus rückläufigen Provisionsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen, die neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf Sachanlagen umfassen, sind gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % auf 148,7 Mio. Euro (Vorjahr: 143,5 Mio. Euro) gestiegen. Ursächlich für die Steigerung waren im Wesentlichen Tariflohnerhöhungen und der Aufbau von Personal sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit der geplanten Übernahme der Aufsichtsfunktion durch die EZB.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen ging insgesamt um 22,0 Mio. Euro auf 319,2 Mio. Euro zurück. Der Bewertungsaufwand lag mit 25,4 Mio. Euro wie erwartet oberhalb des Vorjahreswerts (Bewertungsertrag in Höhe von 8,5 Mio. Euro). Ursächlich waren höhere Zuführungen zur Risikovorsorge. Das Bewertungsergebnis enthält zudem wie im Vorjahr Reservebildungen. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde mit 50,0 Mio. Euro (Vorjahr: 46,0 Mio. Euro) dotiert. Damit ergab sich ein verteilungsfähiges Ergebnis der L-Bank von 243,2 Mio. Euro (Vorjahr: 302,9 Mio. Euro).

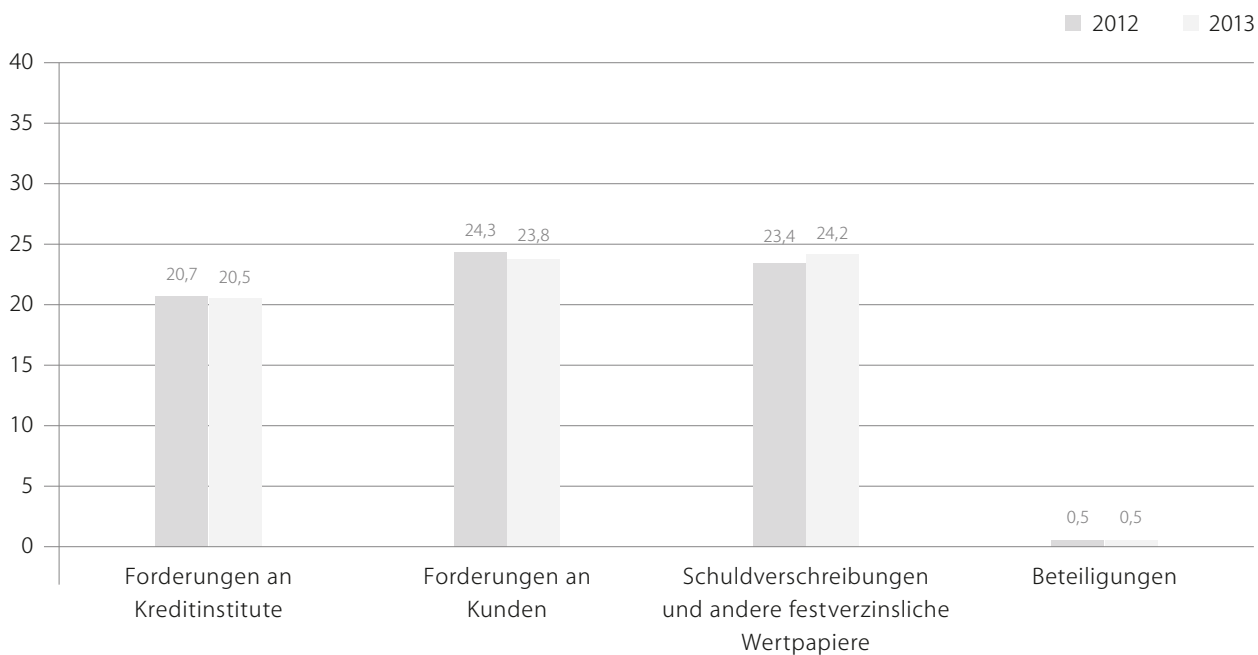
Das Land Baden-Württemberg erhielt aus dem Jahresergebnis 2013 einen Betrag in Höhe von 142,4 Mio. Euro (Vorjahr: 155,5 Mio. Euro). Davon wurden 127,1 Mio. Euro (Vorjahr: 140,2 Mio. Euro) für Zinssubventionen und Zuschüsse aufgewendet. Der Beitrag zur Unterstützung des Straßenbaus in Baden-Württemberg blieb mit 15,3 Mio. Euro konstant.

Der Jahresüberschuss belief sich auf insgesamt 100,8 Mio. Euro (Vorjahr: 147,4 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergab sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 101,1 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, hiervon 100,0 Mio. Euro zur Erhöhung der Kernkapitalquote in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 1,1 Mio. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

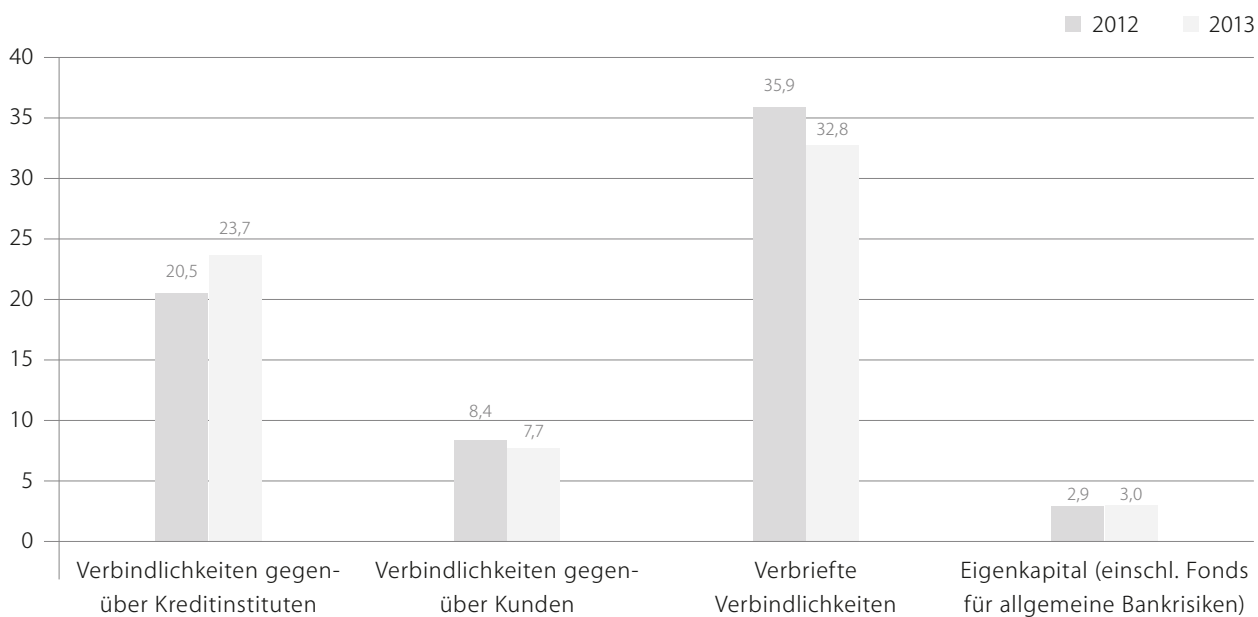
### Vermögenslage

Die Bilanzsumme der L-Bank blieb erwartungsgemäß nahezu konstant und betrug 70.682,1 Mio. Euro (Vorjahr: 70.629,8 Mio. Euro). Die Struktur der Aktivseite war unverändert. Auf der Passivseite kam es stichtagsbezogen zu einer Verschiebung der Refinanzierung von den verbrieften Verbindlichkeiten zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Während sich die Refinanzierungen bei Kreditinstituten um 3.194,1 Mio. Euro bzw. 15,6 % auf 23.708,0 Mio. Euro erhöhten, verminderten sich die verbrieften Verbindlichkeiten um 3.144,3 Mio. Euro bzw. 8,8 % auf 32.773,2 Mio. Euro.

### AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER AKTIVSEITE in Mrd. Euro



### AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER PASSIVSEITE in Mrd. Euro



Das Geschäftsvolumen, das auch Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen umfasst, ging aufgrund geringerer Bürgschaftsverpflichtungen zum Bilanzstichtag um 0,3 % auf 79.391,8 Mio. Euro leicht zurück (Vorjahr: 79.647,2 Mio. Euro).

### Finanzlage

Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Letztere führt faktisch zu einer bonitätsmäßigen Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's bewerten die L-Bank daher weiterhin mit ihrer besten Einstufung von Aaa bzw. AAA.

Die L-Bank konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch selektive Nutzung der angebotenen Refinanzierungsalternativen erreichen. Der strategische Schwerpunkt der Refinanzierung lag weiterhin im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Zentrales Instrument hierfür ist das „Debt Issuance Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 30.000,0 Mio. Euro, das per 31. Dezember 2013 mit 18.728,1 Mio. Euro (Vorjahr: 20.524,2 Mio. Euro) ausgelastet war. Im Berichtsjahr wurden eine fünfjährige Benchmark-Anleihe über 1.000,0 Mio. Euro sowie eine dreijährige Benchmark-Anleihe über 1.250,0 Mio. US-Dollar begeben. Daneben wurden weitere Privatplatzierungen in verschiedenen Währungen, vornehmlich in US-Dollar, britischen Pfund und japanischen Yen, emittiert. Zudem begab die L-Bank erstmals eine Anleihe in chinesischen Renminbi, die an den in Hongkong festgestellten HIBOR-Referenzsatz gekoppelt ist. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktfinaanzierungen im Jahr 2013 belief sich auf 7.475,5 Mio. Euro (Vorjahr: 9.405,3 Mio. Euro). Die Auslastung des „Commercial Paper Programme“,

das einen Rahmenumfang von 15.000,0 Mio. Euro aufweist und der kurzfristigen Refinanzierung dient, lag zum Jahresende bei 8.572,8 Mio. Euro (Vorjahr: 9.179,7 Mio. Euro).

Zusätzlich nutzte die L-Bank für verschiedene Förderprogramme die Refinanzierungsangebote anderer Förderinstitute, wie der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, soweit dies aufgrund der Programmkompatibilität der Institute möglich war.

Die Liquidität war im abgelaufenen Geschäftsjahr gesichert, sämtliche aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden jederzeit eingehalten.

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Eigenkapitals per 31. Dezember 2013 vor Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat der L-Bank.

EIGENMITTELINSTRUMENTE in Mio. Euro	
Hartes Kernkapital nach Abzugspositionen	2.804,9
Ergänzungskapital nach Abzugspositionen	823,1
Summe des modifizierten verfügbaren Eigenkapitals nach § 10 Abs. 1 d KWG und der anrechenbaren Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2 c KWG	3.628,0

### ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG VON GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE

Insgesamt war die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der L-Bank im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der Entwicklung des Neugeschäftsvolumens zufriedenstellend.

## PERSONAL

Zum Bilanzstichtag beschäftigte die L-Bank inklusive Aushilfen und Praktikanten 1.252 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.235). Zusätzliches Personal wurde vor allem in verschiedenen Fördergeschäftsbereichen eingestellt, um der gestiegenen Programmnachfrage gerecht zu werden bzw. um zusätzliche Dienstleistungen für das Land übernehmen zu können.

Die Fluktuationsquote in der L-Bank war mit 1,7 % deutlich niedriger als im Vorjahr (4,8 %). Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter blieb mit 45,8 Jahren (Vorjahr: 45,4) weitgehend unverändert. Mit 17,0 Jahren stieg die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit leicht gegenüber dem Vorjahreswert (16,7).

Bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten waren 58,3 % (Vorjahr: 57,0 %) weiblich, die Quote bewegte sich damit auf konstant hohem Niveau. Bei der Besetzung von Führungspositionen strebt die L-Bank bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung eine angemessene Geschlechterverteilung an, d. h. in der Regel eine Berücksichtigung von Frauen und Männern zu gleichen Teilen. Im Berichtsjahr beschäftigte die L-Bank 77 weibliche Führungskräfte, dies entsprach einem Anteil von 34,2 % (Vorjahr: 34,4 %). Bei den weiblichen Führungskräften der ersten Ebene unterhalb des Vorstands lag die Quote mit 33,3 % (Vorjahr: 34,8 %) fast ebenso hoch.

Per 31. Dezember 2013 befanden sich 38 Mitarbeiter (Vorjahr: 40) in einem Ausbildungsverhältnis. Der weit überwiegende Anteil davon absolvierte ein Studium an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Karlsruhe und Stuttgart. Die Studenten schließen in der Regel mit guten bis sehr guten Ergebnissen ab, und so konnten im Berichtsjahr alle Absolventen übernommen werden.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, bietet die L-Bank eine flexible Arbeitszeitordnung und berücksichtigt individu-

elle Arbeitszeitwünsche. So arbeiteten im Jahr 2013 25,3 % (Vorjahr: 25,8 %) der Mitarbeiter in Teilzeit. Daneben gibt es unterstützende Angebote wie Kinderbetreuungsplätze oder Beratungs- und Vermittlungsdienste für die Kinderbetreuung und die Pflege älterer Angehöriger.

Die Vergütungssysteme der L-Bank waren aufgrund ihrer Konzeption nicht geeignet, Anreize zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen im Sinne der Institutsvergütungsverordnung zu begründen. Die Bank kam ihren Berichtspflichten über die Offenlegung der Vergütung in Form eines detaillierten Vergütungsberichts nach, der im Rahmen des Offenlegungsberichts nach § 26 a KWG auf der Homepage der Bank veröffentlicht ist.

## NACHHALTIGKEITSBERICHT

Ein auf nachhaltige Entwicklung der L-Bank und des Landes Baden-Württemberg ausgerichtetes Handeln ergibt sich aus dem gesetzlichen Förderauftrag der Bank und stellt die Grundlage ihrer Geschäftstätigkeit dar. Die L-Bank trägt dazu mit passenden Förderangeboten bei. Daneben besitzt die L-Bank als Landesunternehmen eine besondere Verantwortung für Umweltschutz und vorbildliches unternehmerisches Handeln.

Auf Basis ihrer verschiedenen bisherigen Aktivitäten hat die L-Bank im Berichtsjahr ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem entwickelt, das nachhaltige Entwicklung in der L-Bank messbar und damit kontrollierbar macht. Zur Konkretisierung ihres Nachhaltigkeitsverständnisses hat der Vorstand der Bank gemeinsam mit dem Personalrat den Nachhaltigkeitskodex der L-Bank herausgegeben. Darüber hinaus hat der Vorstand Nachhaltigkeitsleitlinien beschlossen, um allen Nachhaltigkeitsaktivitäten einen ordnenden Rahmen zu geben und strategische Ziele zu setzen.

Die L-Bank hat sich auf das Ziel des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg verpflichtet,

ihren Geschäftsbetrieb bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu organisieren.

Eine zentrale Rolle spielt die neu aufgebaute Berichterstattung über die nichtfinanziellen Auswirkungen der L-Bank-Geschäftstätigkeit, deren grundlegende Inhalte die Bank bereits im abgelaufenen Berichtsjahr erarbeitet hat. Die erstmalige Veröffentlichung wird im Jahr 2014 erfolgen. Um der besonderen Bedeutung ökologischer Aspekte Rechnung zu tragen, wurde im Berichtsjahr zusätzlich damit begonnen, ein nach internationalen Standards zertifiziertes Umweltmanagement in der L-Bank einzuführen. Es beinhaltet die Verpflichtung, dass sämtliche Geschäftsprozesse regelmäßig und systematisch auf umweltbezogene Auswirkungen überprüft und aus erkannten Schwachstellen Maßnahmen für zukünftige Verbesserungen abgeleitet werden.

## NACHTRAGSBERICHT

Nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2013 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

## PROGNOSEBERICHT

Vor dem Hintergrund einer Verbesserung des Wirtschaftswachstums im Euro-Raum rechnet der Sachverständigenrat für das Jahr 2014 mit einer Wachstumsrate des BIP in Deutschland von 1,6 % (Stand: November 2013). Auch am Arbeitsmarkt wird mit einer weiterhin stabilen Lage gerechnet. Die L-Bank geht wie der Sachverständigenrat von einem leichten Anstieg der Beschäftigung aus.

Für Baden-Württemberg prognostiziert das Statistische Landesamt einen Anstieg des Wirtschaftswachstums von rund 1,75 % im Jahr 2014 (Stand: Dezember 2013). Begründet wird die Prognose mit dem günstigeren internationalen Umfeld und guten Rahmenbedingungen für die

Binnennachfrage. Darauf aufbauend erwartet die L-Bank einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau in Baden-Württemberg und einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl um circa 1,0 % im Land.

In dem sich stabilisierenden Umfeld in Deutschland und Europa prognostiziert die L-Bank für das Jahr 2014 ein leicht rückläufiges Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen. Dies liegt im Wesentlichen in der Annahme begründet, dass sich das Zinsniveau auch im Jahr 2014 nicht bedeutend verändern wird und der Zinsüberschuss deshalb in ähnlichem Umfang wie im Vorjahr zurückgeht. Das Nettoergebnis aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen wird sich deutlich negativ entwickeln, da insbesondere Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen zugunsten Dritter entfallen werden. Gleichzeitig rechnet die L-Bank mit signifikant erhöhten Sachaufwendungen. Diese resultieren zum einen aus der Umsetzung erforderlicher IT-Projekte unter anderem im Zusammenhang mit Migrationsprojekten, der internationalen Zahlungsverkehrsabwicklung SWIFT und den EU-Vorgaben zu E-Cohesion – dem elektronischen Datenaustausch mit Förderempfängern von Mitteln aus dem EU-Strukturfonds. Zum anderen sind sie auf Aufwendungen im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen an Bankgebäuden zurückzuführen. Die Bank geht außerdem – auch unter Berücksichtigung geplanter Reservebildungen – von einem deutlich steigenden Bewertungsergebnis aus.

Die Bilanzsumme wird im Jahr 2014 voraussichtlich ein ähnliches Volumen wie im Berichtsjahr erreichen.

Bezüglich der Refinanzierung erwartet die L-Bank aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie weiterhin ohne Probleme Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen kann. Die Bank ist am nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt gut und diversifiziert aufgestellt. Dementsprechend werden sich die Volumina in etwa auf dem Niveau des Jahres 2013 bewegen.

Ein wesentlicher Aspekt der Geschäftstätigkeit der L-Bank wird auch im Jahr 2014 die Wirtschaftsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg sein. Dabei ist eine Fortführung der Fördertätigkeit mit den bestehenden Programmen und dem Schwerpunkt der Energieeffizienzfinanzierung geplant. Dadurch trägt die L-Bank dazu bei, die Energiewende in Baden-Württemberg weiter umzusetzen. Aufgrund der sehr starken Entwicklung in den letzten Jahren rechnet die L-Bank im Vergleich zum Vorjahr mit einem leichten Rückgang des Neugeschäftsvolumens im kommenden Jahr.

In der Wohnraumförderung wird, ausgehend von der positiven Entwicklung 2013, vor allem im Landeswohnraumförderungsprogramm und in den Programmen zur Energieeffizienzfinanzierung für 2014 ein anhaltend hohes Neugeschäftsvolumen erwartet. Die im Berichtsjahr eingeführten Strukturen der Eigentumsförderung im Landeswohnraumförderungsprogramm haben sich bewährt und sollen daher beibehalten werden; Gleiches gilt für die Mietwohnraumförderung. Da ein Teil der Anträge aus dem Jahr 2013 wegen der beihilferechtlichen Fragestellungen erst 2014 bewilligt werden wird, wird das Zusagevolumen hier deutlich über dem des Berichtsjahres liegen. Im Rahmen der Finanzierung von Wohnungseigentümergeinschaften ist vorgesehen, künftig neben der zehnjährigen Variante auch längere Laufzeiten anzubieten, sodass mit Zusagevolumina mindestens auf dem Niveau des Jahres 2013 gerechnet wird.

Insgesamt prognostiziert die L-Bank für das Jahr 2014 ein gleichbleibend hohes Neugeschäftsvolumen. Bedeutende Beeinträchtigungen der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage werden im Vergleich zum Berichtsjahr nicht erwartet. Gemäß Anschreiben der EZB vom 23. Oktober 2013 wird die L-Bank ab dem kommenden Berichtsjahr aufgrund ihrer Bilanzsumme voraussichtlich der direkten Aufsicht der EZB unterliegen. In diesem Zusammenhang geht die L-Bank von umfangreichen Datenabfragen und Prüfungsmaßnahmen seitens der Aufsichtsbehörden aus.

## CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die Bank hat zur Steuerung der mit ihrem Geschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem mit den Zielen installiert,

- jederzeit die Gesamtrisikosituation des Instituts einschätzen zu können,
- die wesentlichen Einzelrisiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu kommunizieren und zu steuern sowie
- risikorelevante Entwicklungen verbunden mit Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Das Risikomanagement erfolgt unter der Maßgabe, den Fortbestand der Bank nachhaltig ohne Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, auch bei Eintritt unerwarteter Verluste, sicherzustellen (Going-Concern-Ansatz). Es stützt sich im Wesentlichen auf

- die Vorgabe einer Geschäftsstrategie und daraus abgeleiteter Risikostrategien,
- die laufende Überprüfung der Risikotragfähigkeit,
- die schriftlich fixierte Ordnung der Aufbauorganisation sowie sämtlicher risikorelevanter Geschäftsprozesse,
- die Einrichtung und laufende Fortschreibung von Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie
- die laufende prozessabhängige wie auch prozessunabhängige Überwachung der Prozesse.

Das Risikomanagement ist institutsspezifisch ausgerichtet und wird insofern in hohem Maße durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag bestimmt.

Das Land Baden-Württemberg definiert über die Ausgestaltung der Förderprogramme, die Festlegung der förderrelevanten Kundengruppen sowie die Bestimmung der regionalen Ausrichtung maßgeblich die Geschäftstätigkeit der Bank. Im Gegenzug hat das Land Baden-Württemberg die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast sowie eine explizite und unbedingte Garantie für die Verbindlichkeiten der Bank übernommen.

Auf Basis des öffentlichen Förderauftrags formuliert der Vorstand in der Geschäftsstrategie die maßgeblichen Grundlagen der Geschäftstätigkeit, die mit Blick auf die Risikotragfähigkeit in den Risikostrategien konkretisiert und in der Ablauforganisation operationalisiert wird.

## ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Der Vorstand legt ein Zinsänderungsrisiko- und Währungsprofil fest, für dessen Umsetzung der Bereich Treasury zuständig ist. Dieser Bereich ist auch für das Liquiditätsmanagement verantwortlich. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt im Rahmen eines Kompetenz- und Limitsystems durch die einzelnen Kreditbereiche der Bank. Operationelle Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese managen entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager). Während zentrale Risikomanager von der Geschäftsleitung bestellt werden, wird die Funktion des dezentralen Risikomanagers in der Regel von den Leitern der Fachbereiche wahrgenommen, die im Rahmen ihrer Organisationskompetenz Aufgaben auch an Mitarbeiter delegieren können.

Die quantitative und qualitative Bewertung sowie die Kommunikation der Risiken werden vom Bereich Controlling in Zusammenarbeit mit den Risikomanagern vorgenommen. Der Bereich Controlling ist auch für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Die Bank geht Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken in kontrolliertem Maß ein und steuert diese unter Beachtung aufsichtlicher und betriebswirtschaftlicher Vorgaben. Bezüglich des operationellen Risikos verfolgt die Bank die Strategie der Vermeidung, wobei sie hier nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip vorgeht.

Der Bereich Kreditanalyse beurteilt die Bonität der einzelnen Kreditnehmer sowie bestimmter Portfolios und schlägt dem Vorstand entsprechende Kreditnehmereinzellimite sowie Portfolio- und Länderlimite vor. Ferner fungiert der Bereich Kreditanalyse bei risikorelevantem Geschäft als Marktfolge und gibt ein Zweitvotum ab. Zur qualitativen Bewertung der Risiken führt das Stresskomitee regelmäßig Stressanalysen durch. Dabei werden insbesondere auch Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

Das Risikomanagement der L-Bank berücksichtigt Beteiligungen insoweit, als aus diesen bzw. durch diese Verluste entstehen können, die die L-Bank in ihrer Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage nachhaltig wesentlich negativ beeinflussen.

## GESCHÄFTS- UND RISIKOSTRATEGIEN

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand Zielgrößen hinsichtlich Kernkapitalquote und Cost-Income-Ratio fest und bestimmt die Produkte, mit denen der öffentliche Auftrag über programmgebundene und sonstige Fördergeschäfte erfüllt werden soll. In der Fördergeschäftsmatrix weist der Vorstand den einzelnen Geschäftsaktivitäten diese Produkte zu. Der gesetzliche Förderauftrag bewirkt eine Konzentration der Adressenausfallrisiken (Klumpenrisiken) auf bestimmte Branchen,

Sicherheiten und Regionen. Zur Erreichung eines ausgewogenen Gesamtrisikoprofils legt der Vorstand in der Geschäftsstrategie Qualitätsanforderungen an die gesamte Portfoliostruktur fest. Hierzu werden für das Neugeschäft Vorgaben hinsichtlich der Bonitätsvoraussetzungen (Risiko-klasse) definiert, die ein Kreditnehmer außerhalb des programmgebundenen Fördergeschäfts erfüllen muss.

Aus der Geschäftsstrategie leitet sich die Risikostrategie ab. In der Risikostrategie legt der Vorstand fest, mit welchen Verfahren die Risikotragfähigkeit zu prüfen ist, macht Vorgaben zu neuen Produkten und neuen Märkten und konkretisiert die Strategien für das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Im Rahmen einer quantitativen Beurteilung der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand in der Risikostrategie seine Risikoneigung fest, indem er bestimmt, in welchem Umfang Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung von Verlusten bereitgestellt wird. In diesem Zusammenhang wurden das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko sowie das Geschäftsrisiko als wesentliche Risikoarten identifiziert. Auf Basis einer aktuellen Risikoanalyse werden die Immobilienrisiken aus Beteiligungen ab 1. Januar 2014 nicht mehr als wesentliches Risiko eingeordnet. Die quantitative Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird mit Stressanalysen unter besonderer Berücksichtigung von Risikotoleranzen ergänzt.

Hinsichtlich des Kreditrisikomanagements konkretisiert die Risikostrategie die Vorgaben bezüglich der Mindestbonität der Kreditnehmer sowie der Kreditrisikomarge und verpflichtet die Geschäftsbereiche zur Hereinnahme bestimmter als werthaltig eingestufte Sicherheiten. Daneben werden die maximalen Kreditvolumina der einzelnen Geschäftsfelder für die nächsten drei Jahre geplant und gleichzeitig begrenzt. Im programmgebundenen Fördergeschäft liegt der Planung

die Höhe der jeweils bereitgestellten Subventionsmittel zugrunde. Im sonstigen Fördergeschäft wird im Wesentlichen auf die Entwicklung der Nachfrage der Hausbanken abgestellt. Das im Rahmen der Banksteuerung getätigte Kreditgeschäft wird maßgeblich von den Refinanzierungsmöglichkeiten bestimmt. An die Bonität der diesbezüglichen Anlagen werden in besonderem Maße hohe Anforderungen gestellt. Die mit der Risikotragfähigkeit in Einklang stehende Risikostrategie zeigt hiernach – auch unter Beachtung der bestehenden Risikokonzentrationen – den geplanten Umfang der zukünftigen Adressenausfallrisiken.

Bezüglich der Marktpreisrisiken verfolgt die Bank die Strategie, in bewusstem Umfang mit vertretbarem Risiko aus der Umsetzung ihrer Zinsmeinung Erträge zu erzielen. Die zugrunde liegende Zinsmeinung wird aus Kapitalmarktparametern abgeleitet. Aufgrund der gegebenen Volatilität erfolgen eine intensive tägliche Überwachung sowie eine laufende, mindestens wöchentliche Überprüfung durch die Geschäftsleitung.

Zur Sicherstellung einer struktur- und kostenoptimalen Refinanzierung bedient sich die Bank der nationalen und internationalen Kapitalmärkte. Aufgrund der gegebenen Garantien profitiert sie hierbei von dem guten Standing des Landes Baden-Württemberg an den Kapitalmärkten. Mögliche Liquiditätsrisiken, die allein auf eine wesentliche Bonitätsverschlechterung des Landes zurückzuführen wären, werden nachhaltig als gering eingestuft.

Die Bank steuert ihre operationellen Risiken nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Hiernach werden ungeachtet der bestehenden umfangreichen internen Kontrollverfahren sowie gesetzlicher bzw. aufsichtlicher Anforderungen nur dann besondere schadensvermeidende oder -verhindernde Maßnahmen ergriffen, wenn ein potenzieller Verlust die hierdurch entstehenden Kosten übertrifft.

## RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

### Überwachung des Risikodeckungspotenzials unter Fortführungs- und Liquidationsaspekten

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Steuerung der Risiken erfolgen mit der Zielsetzung, den Fortbestand des Kreditinstituts ohne Unterstützungsmaßnahmen des Gewährträgers nachhaltig zu sichern (Going-Concern-Ansatz). Daneben berechnet die Bank die Risikotragfähigkeit im Sinne des sogenannten Liquidationsansatzes.

#### Going-Concern-Ansatz

Die Ermittlung des relevanten ökonomischen Risikodeckungspotenzials erfolgt GuV-orientiert. Als Basis dient zunächst nur das nicht zur Erfüllung der Kapitalunterlegung nach den Anforderungen der SolvV benötigte Eigenkapital. Aus Vorsichtsgründen setzt die Bank zur Ermittlung des aufsichtsrechtlich notwendigen Kapitals eine erhöhte Gesamtkennziffer von 8,4 % an. In einem zweiten Schritt werden diese freien Kapitalbestandteile um eventuell bestehende Reserven ergänzt, die hinsichtlich ihrer Verlustausgleichs-

funktion eine mit dem Eigenkapital vergleichbare Qualität haben und bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionen nicht positionsmindernd berücksichtigt wurden. Ferner werden „Zuschreibungsreserven“ berücksichtigt, die aus der Wertminderung im Zins verbilligter Darlehen herrühren und die vor Inkrafttreten des BilMoG gebildet wurden. Während durch die Berücksichtigung der aufsichtlichen Kapitalunterlegung bereits die erwarteten Verluste abgedeckt werden, dient das darüber hinausgehende ökonomische Risikodeckungspotenzial dem Ausgleich unerwarteter Verluste.

Für alle wesentlichen Risikoarten werden auf Basis eines Konfidenzniveaus von einheitlich 99,0 % Value-at-Risk-Limite festgelegt, die dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt werden. Die Summe dieser Value-at-Risk-Limite bildet die seitens der Bank definierte Gesamtverlustobergrenze, die mit Blick auf die nachhaltige Sicherung des Fortbestandes maximal 80,0 % des Risikodeckungspotenzials ausschöpft. Durch die laufende Überwachung der Limite erfolgt zugleich die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das jeweilige Risikodeckungspotenzial sowie die hiermit abzudeckenden Risiken entwickelt haben. Unter

AUF SICHTLICHE KAPITALUNTERLEGUNG				
Aufsichtsrechtliche Kennzahlen	31.03.2013	30.06.2013	30.09.2013	31.12.2013
Risikoposition in Mio. Euro	18.052,5	18.160,0	17.778,8	17.892,5
Kernkapital in Mio. Euro	2.607,6	2.809,4	2.808,0	2.804,9
Kernkapitalbedarf in Mio. Euro	775,6	814,4	792,0	754,0
Freies Kernkapital in Mio. Euro	1.832,0	1.995,0	2.016,0	2.050,9
Eigenmittel in Mio. Euro	3.347,9	3.574,5	3.563,6	3.628,0
Kernkapitalquote in %	14,4	15,5	15,8	15,7
Gesamtkennziffer in %	18,5	19,7	20,0	20,3

„Risikoposition“ werden die Anrechnungsbeträge für Adressenausfallrisiken und die mit dem Faktor 12,5 multiplizierte Summe der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisiken und operationelle Risiken ausgewiesen. Die Bank wendet zur Ermittlung der Kreditrisiken den Kreditrisikostandardansatz, bei den Marktpreisrisiken das Standardverfahren und bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

Zum Bilanzstichtag ergab sich bei einem freien Kernkapital von 2.050,9 Mio. Euro, einem Gewinn des abgelaufenen Jahres von 151,1 Mio. Euro (vor Zuführung zu Reserven nach § 340 g HGB) sowie anrechnungsfähigen Reserven in Höhe von rund 109,9 Mio. Euro ein GuV-orientiertes Risikodeckungspotenzial von 2.311,9 Mio. Euro. Dem Risikodeckungspotenzial stand die vom Vorstand in Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie beschlossene Gesamtverlustobergrenze von 1.000,0 Mio. Euro gegenüber. Diese verteilte sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

GESAMTVERLUSTOBERGRENZE UND TEILVERLUSTOBERGRENZEN PER 31.12.2013 in Mio. Euro	
	Limit
Gesamtverlustobergrenze	1.000,0
Adressenausfallrisiken	600,0
Marktpreisrisiken	235,0
Liquiditätsrisiken	65,0
Operationelle Risiken	7,0
Immobilienrisiken	20,0
Modellrisiken	60,0
Unwesentliche Geschäftsvorfälle	7,0
Puffer	6,0
Anteil der Gesamtverlustobergrenze am Risikodeckungspotenzial in %	43,3

Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze am ökonomischen Risikodeckungspotenzial betrug hiernach zum Bilanzstichtag 43,3 %. Im Laufe des Berichtsjahrs lag er zwischen 42,4 % und 45,4 %.

#### Liquidationsansatz

In einer weiteren Berechnung wird der Wert der Bank als ökonomisches Risikodeckungspotenzial dargestellt, wobei auch die stillen Lasten des Anlagevermögens aus vermiedenen Niederstwertabschreibungen sowie die negativen Marktwerte von Credit Default Swaps (CDS) berücksichtigt werden. Diesem werden neben den Adressenausfallrisiken (inklusive Modellrisiken), den Marktpreisrisiken, den Liquiditätsrisiken und den operationellen Risiken auch die Spread- und Migrationsrisiken gegenübergestellt. Als Migrationsrisiko wird das Risiko eines Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund von Bonitätsverschlechterungen der Emittenten mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation beurteilt. Als marktweites Spreadrisiko wird das Risiko eines ratingunabhängigen Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund marktweiter Spreadschwankungen durch historische Simulation bewertet. Zur Abschätzung der Entwicklung der Niederstwertabschreibungen und der negativen Marktwerte unterzieht die Bank diese laufend diversen Stresstests.

Zum Bilanzstichtag errechnete sich unter Berücksichtigung stiller Lasten ein Barwert aus dem Geschäftsbestand von 4.872,0 Mio. Euro. Diesem standen kalkulatorische Personal- und Sachaufwendungen von 241,6 Mio. Euro, kalkulatorische Risikokosten von 312,1 Mio. Euro sowie negative Marktwerte von 10,5 Mio. Euro gegenüber, sodass sich ein wertorientiertes Risikodeckungspotenzial von 4.307,7 Mio. Euro ergab. Dieses war zum Bilanzstichtag durch Value-at-Risk-Werte in Höhe von insgesamt 4.007,6 Mio. Euro sowie Liquidationskosten in Höhe von 200,0 Mio. Euro zu insgesamt 97,7 % belegt. Die Belegung der wertorientierten Gesamtverlustobergrenze lag im ersten Halbjahr des abgelaufenen Geschäftsjahrs zwischen 46,2 %

und 51,3 %, im zweiten Halbjahr zwischen 90,0 % und 97,7 %. Ursächlich für diesen Anstieg war die Modellanpassung zum 30. Juni 2013, bei der unter anderem das Konfidenzniveau zur Ermittlung der Risiken von 99 % auf 99,98 % erhöht wurde.

### Kapitalplanung

Die Bank hat wie in den Vorjahren mittelfristige Simulationsrechnungen erstellt, die auf der aktuellen bzw. erwarteten Risikolage aufsetzen und die neuen aufsichtlichen Regelungen berücksichtigen. Dabei geht die Bank davon aus, dass das vorgerechnete Risikodeckungskapital nicht in vollem Umfang zur Abdeckung von Risiken bereitgestellt wird, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass – ungeachtet der neuen aufsichtlichen Regelungen – weitere Erhöhungen des Eigenkapitalbedarfs auf die Banken zukommen. Auf Basis dieser Vorrechnungen war die Risikotragfähigkeit sowohl nach dem Fortführungs- als auch nach dem Liquidationsansatz gegeben.

### Durchführung von Stressanalysen

Die quantitative Risikomessung erfolgt über Value-at-Risk-Modelle. Die zur Risikomessung verwendeten finanzmathematischen Modelle setzen naturgemäß bezüglich diverser Einflussparameter eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte voraus. Die Finanzmarktkrise offenbarte jedoch an verschiedenen Stellen offenkundige Grenzen der Aussagekraft quantitativer Risikomodelle. Zur Begrenzung des Risikos von modellbedingten Fehleinschätzungen der Risikolage erfolgt eine laufende Arrondierung der quantitativen Risikobewertung durch umfangreiche Analysen in Form von Stressszenarien. Mit der Durchführung dieser Stressszenarioanalysen identifiziert die Bank Konstellationen von Risikofaktoren, die besonders große Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und/oder Ertragslage der Bank haben können.

In diesen Analysen werden zunächst Szenarien erarbeitet und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert, die jeweils in einer einzelnen Risikoart (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko) isoliert wirken. In einem zweiten Schritt werden die für die einzelne Risikoart bestimmenden Risikofaktoren als tatsächliche Träger des Risikos (z. B. Arbeitslosigkeit als Faktor des Adressenausfallrisikos) bestimmt, und ihre Interaktion mit Risikofaktoren der übrigen Risikoarten wird ermittelt. Hierbei wird unter anderem auch das in der Bank vorhandene Expertenwissen mit Hilfe eines Scoringverfahrens für die Analyse nutzbar gemacht. Aus der festgestellten Interaktion der Risikofaktoren ergeben sich Hinweise auf Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch risikoartenübergreifend. Dies ermöglicht die Formulierung von auf die Interaktion der Risikofaktoren abgestimmten Stressszenarien.

Da sich auch durch das dargestellte Analyzesystem nicht vollständig ausschließen lässt, dass bestandsgefährdende Szenarien letztendlich unerkannt bleiben, werden zur Verdeutlichung der Grenzen der Risikotragfähigkeit entsprechende Verlustbelastungen unterstellt, und es wird retrograd errechnet, unter welchen Bedingungen es zu derartigen Verlusten kommen kann (inverse Stresstests).

Derzeit beruht die Ermittlung der quantitativen Auswirkungen der formulierten Szenarien auf Expertenschätzungen, aus denen quantitative Angaben abgeleitet werden. Diese Schätzungen, und damit folglich auch die quantitativen Auswirkungen, sind naturgemäß mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Daher entwickelt die Bank zurzeit ein mehrdimensionales Scoringssystem, mit dem die quantitative eindimensionale Expertenschätzung zu einer qualitativen mehrdimensionalen Analyse ausgebaut wird. Diese wird in einem weiteren Schritt mit Zeitreihenanalysen beobachtbarer Risikofaktoren kombiniert. Die Bank geht davon aus, dass das Expertenwissen gegenüber den derzeit verwendeten Verfahren hierdurch umfassender für die quantitative Analyse genutzt werden kann.

Bei den Adressenausfallrisiken werden Szenarien angesetzt, die zu steigenden Kreditrisiken und damit zu einem höheren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Kapital führen. Dabei wird – abgestimmt auf die baden-württembergische Wirtschaftsstruktur – in einem Szenario von einem schweren konjunkturellen Abschwung in der Automobilindustrie ausgegangen. Bezüglich des Marktpreisrisikos werden verschiedene außergewöhnliche Veränderungen der Zinskurven modelliert, wie sie in den letzten 20 Jahren aufgetreten sind. Diese umfassen sowohl Zinsanstiege als auch Zinsrückgänge in außergewöhnlichem Umfang sowie die Veränderung der Form der Zinskurve. Bei den Stressanalysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos werden als marktweite Effekte eine Änderung der Refinanzierungspolitik der Zentralbank und kapitalmarktbedingte Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen unterstellt. Bankindividuell werden die Auswirkungen einer Verschlechterung der Eigenbonität und Änderungen des Kunden- und Investorenverhaltens untersucht. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch Szenarioanalysen. Im Rahmen der Stressszenarien wird unterstellt, dass sich sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch die quantitativen Auswirkungen dieser Schadensszenarien erhöhen.

#### RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung,

Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken. Als wesentliche Risikoarten wurden das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko sowie das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko identifiziert.

#### ADRESSENAUSFALLRISIKO

Das Adressenausfallrisiko besteht in einem möglichen Verlust aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG, wenn der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Nichterfüllung eines Vertrages kann individuelle, in der Bonität oder dem Umfeld des Kreditnehmers liegende, oder politische Ursachen haben.

Die aktive Steuerung des Adressenausfallrisikos beginnt im Rahmen der Votierung mit der

- Bonitätseinstufung des Kreditnehmers (inklusive Überprüfung der Kapaldienstfähigkeit),
- eventuellen Hereinnahme von Sicherheiten,
- Ermittlung einer ausfallwahrscheinlichkeitsbasierten Risikomarge sowie
- Überprüfung der Notwendigkeit der Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“.

Im Rahmen der Steuerung des Adressenausfallrisikos gibt die Bank für die einzelnen Geschäftssegmente eine Mindestrisikoklasse im Rahmen eines 14-stufigen Systems vor. Über Ausnahmen von nebenstehender Tabelle entscheidet der Vorstand.

BONITÄTSVORGABEN	
Geschäftssegmente	Risikoklassen
Kredite im Programmgeschäft	Bonitätsmäßige Voraussetzungen für das Programmgeschäft sind in den zwischen dem Land Baden-Württemberg und der L-Bank abgestimmten Förderprogrammen und bankinternen Arbeitsanweisungen festgelegt
Sonstige Kredite (inklusive Wertpapieren und Geldanlage)	1 bis 5
Strukturierte Produkte (Asset Backed Securities)	1 und 2
Zinsderivate ohne Besicherung	1 bis 3
Zinsderivate mit Besicherung	1 bis 5
Kreditderivate	1 bis 5
Länder (Währungsrisiko)	1 bis 12 Banksteuerung: schwerpunktmäßig Risikoklasse 1 und 2

Die Kreditvergabe an Kreditnehmer mit einer Risikoklasse schlechter als 5 ist außerhalb des Programmgeschäfts – ggf. nach Berücksichtigung weiterer Sicherheiten – möglich.

Zur Begrenzung von Verlusten wird bei allen Kreditentscheidungen, bei denen für die Bank ein Adressenausfallrisiko begründet bzw. ein bestehendes erhöht wird, auf eine angemessene Besicherung geachtet, soweit dies aufgrund der Rechtsform oder Bonität der Adresse banküblich ist. Um das Kreditrisiko durch die Hereinnahme von Sicherheiten zu begrenzen, darf dabei der Wert der gestellten Sicherheit nicht von der Bonität des Kreditnehmers abhängen.

Durch den Ausfall von Krediten entstehen der Bank Verluste. Zum Ausgleich dieser Verluste wären risikoorientierte Margen zu erheben. Aufgrund des Geschäftsmodells der L-Bank ist es jedoch nicht möglich, für die programmgebundenen Förderkredite risikoorientierte, individuell zu bestimmende Margen festzulegen. Im Bereich der Banksteuerung

werden vornehmlich Geschäfte mit Kapitalmarktteilnehmern abgeschlossen. Für diese Kreditnehmer werden auf dem Kapitalmarkt überwiegend Credit Spreads gehandelt, sodass die L-Bank die Marge nur bedingt beeinflussen kann. Bei allen Krediten, bei denen die Marge nicht von Dritten festgelegt ist (Programmdarlehen) und bei denen die Kondition nicht auf dem Kapitalmarkt festgelegt wird, wird eine auf Ausfallwahrscheinlichkeiten basierende Risikomarge ermittelt und in die Kreditentscheidungsfindung einbezogen.

Um sicherzustellen, dass nur solche Kredite gewährt werden, die die Bank risikoadäquat bearbeiten und steuern kann, wird bei neuartigen Krediten vor erstmaliger Kreditgewährung anhand von Testfällen überprüft, inwieweit der Kredit mit den bestehenden Prozessen und Verfahren abgebildet werden kann. Ergebnis dieses Testdurchlaufs ist jeweils ein Konzept, in dem alle mit dem neuen Geschäft verbundenen personellen, organisatorischen, DV-technischen, bilanz- und steuerrechtlichen Konsequenzen dargestellt werden.

Für das Kreditgeschäft besteht in der L-Bank bis einschließlich der Ebene des Vorstandes eine Trennung in die Bereiche Markt und Marktfolge. Die Unternehmensbereiche I und II sind Marktbereiche und die Unternehmensbereiche III und IV Marktfolgebereiche. Diese aufbauorganisatorische Trennung ist auch für den Vertretungsfall durchgängig gewährleistet. Da risikorelevante Kreditentscheidungen der Zustimmung der Markt-

folge (Zweitvotierung) bedürfen und die Marktfolge insbesondere für das Kreditrisikocontrolling zuständig ist, werden durch die aufbauorganisatorische Trennung des Kreditgeschäftes in die Bereiche Markt und Marktfolge unausgewogene Kreditentscheidungen verhindert.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditportfolios nach Produktarten:

KREDITPORTFOLIO ZUM 31.12.2013 in Mio. Euro						
	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Darlehen	6.373,7	9.259,9	14.109,8	1.264,4	31.007,8	42,8
Schuldscheindarlehen	0,0	155,0	4.204,5	6.240,5	10.600,0	14,6
Wertpapiere (Inhaberschuld- verschreibungen)	0,0	742,7	9.581,1	12.187,1	22.510,8	31,1
Wertpapiere (Asset Backed Securities)	0,0	0,0	186,1	0,0	186,1	0,3
Wertpapiere (Credit Linked Notes)	0,0	0,0	602,2	0,0	602,2	0,8
Wertpapiere gesamt	0,0	742,7	10.369,4	12.187,1	23.299,2	32,2
CDS	0,0	10,0	160,0	3.922,1	4.092,1	5,7
Bürgschaften	0,0	523,8	873,6	18,3	1.415,8	2,0
Finanzderivate	0,0	11,6	727,0	0,4	739,0	1,0
Termingelder	0,0	0,0	24,5	0,0	24,5	0,0
Beteiligungen	0,0	180,8	302,0	30,1	512,8	0,7
Kontokorrentkonten, Bargeld	0,0	2,4	529,8	183,3	715,6	1,0
Gesamt	6.373,7	10.886,2	31.300,6	23.846,3	72.406,8	100,0

### Quantitative Bewertung der Berechnung des Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden über die in das Risikotragfähigkeitskonzept eingebetteten Value-at-Risk-Limite begrenzt.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung der unerwarteten Verluste mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Zuordnung der Ausfallwahrscheinlichkeit ergibt sich aus der externen bzw. internen Ratingklasse, der der Kunde nach Analysen der Bank zugeordnet ist. Dabei werden neben dem Rating des Kunden auch die jeweilige Branchenzugehörigkeit sowie sonstige risikorelevante Portfoliomerkmale berücksichtigt. Die Berechnung basiert auf einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 % bzw. 99,98 %. Dabei werden auch Korrelationen, die sich aus den unterschiedlichen Sitzländern der Kreditnehmer ergeben, berücksich-

tigt. Seit 30. Juni 2013 werden bei der Bewertung des Risikos gestellte Barsicherheiten, Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien sowie im Rahmen des Hausbankenverfahrens an Endkreditnehmer vergebene Kredite als Sicherheiten berücksichtigt. In den Geschäftsfeldern „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ und „Öffentliche Hand“ wird eine Recovery-Rate von 55 % und für das Geschäftsfeld „Unternehmen und Selbstständige“ eine Recovery-Rate von 30 % angesetzt. Aufgrund der Portfoliostruktur kommt den Währungstransferrisiken insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Das Risiko, dass die Bank aus der Beschränkung des Zahlungsverkehrs aufgrund gesetzlicher Einschränkungen der betreffenden Länder Verluste erleidet, wird daher als sehr gering erachtet.

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf 2013:

VALUE-AT-RISK FÜR ADRESSENAUSFALLRISIKEN 2013 in Mio. Euro										
	01.01.2013		31.03.2013		30.06.2013		30.09.2013		31.12.2013	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	645,6	940,0	593,8	940,0	427,3	1.000,0	327,0	1.000,0	334,9
Anteil Adressenausfallrisiken in %	63,8	63,8	63,8	65,7	63,8	61,9	60,0	78,5	60,0	74,4
Adressenausfallrisiken	600,0	411,7	600,0	390,2	600,0	264,7	600,0	256,6	600,0	249,0
Privatkunden	10,0	5,4	10,0	4,9	50,0	31,2	50,0	29,3	50,0	45,0
Unternehmen aus dem Finanzsektor	225,0	183,5	225,0	160,4	185,0	56,3	185,0	51,0	185,0	52,1
Sonstige Unternehmen	275,0	178,2	275,0	182,4	275,0	157,4	275,0	157,1	275,0	133,0
Öffentliche Hand	90,0	44,6	90,0	42,4	90,0	19,7	90,0	19,2	90,0	18,8

### Rechtzeitige und ausreichende Risikovorsorge

Mit der Bildung von Wertberichtigungen trägt die Bank akut gewordenen Risiken umfassend Rechnung. Sie hat hierzu auf Basis ihres Instrumentariums zur Risikofrüherkennung dezidierte Prozesse eingerichtet und entsprechende Richtlinien erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen nach Geschäftsfeldern und die korrespondierenden Risikobestände. Enthalten sind die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach SolvV notwendigen Kapitals zur Ermittlung der Nettopositionen von den Buch-

werten abgezogen werden. Eventuell bestehende Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach SolvV notwendigen Kapitals nicht von den Buchwerten abgezogen werden, stehen der Bank im Going-Concern-Ansatz als Risikodeckungskapital zur Verfügung (z. B. Reserven nach § 340 f HGB). Die korrespondierenden Risikobestände setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten von Wertpapieren und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß SolvV ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

#### WERTBERICHTIGUNGSQUOTE ZUM 31.12.2013 in Mio. Euro

	Privatkunden		Unternehmenskunden		Unternehmen aus dem Finanzsektor		Öffentliche Hand		Gesamt		Quote in %
	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	
31.12.2009	91,4	8.195,8	788,0	14.408,5	31,6	35.584,0	0,0	8.907,2	910,9	67.095,6	1,4
31.12.2010	87,9	7.749,9	674,2	11.887,1	31,6	34.156,0	0,0	14.273,0	793,7	68.066,0	1,2
31.12.2011	100,4	7.251,9	567,1	11.659,9	31,6	33.710,5	0,0	20.177,2	699,1	72.799,5	1,0
31.12.2012	88,6	6.771,8	505,8	10.959,8	31,6	31.236,1	0,0	23.941,6	626,0	72.909,2	0,9
31.03.2013	92,1	6.649,9	490,5	10.849,4	31,6	31.424,9	0,0	23.504,5	614,2	72.428,7	0,8
30.06.2013	90,9	6.649,9	450,0	10.849,4	31,6	31.425,2	0,0	23.504,5	572,5	72.429,0	0,8
30.09.2013	84,7	6.463,6	456,2	10.748,8	31,6	31.203,3	0,0	23.424,7	572,5	71.840,4	0,8
31.12.2013	82,2	6.373,7	442,8	10.886,2	31,6	31.300,6	0,0	23.846,3	556,6	72.406,8	0,8

**Qualitative Bewertung mit Hilfe von Bonitäts- und Sicherheitenklassifizierungen**

Zur qualitativen Bewertung der Adressenausfallrisiken wird jeder Kreditnehmer einer Bonitätsstufe – ausgedrückt als Risikoklasse – zugeordnet. Dabei berücksichtigt die Bank bei Individualratings die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur. Bei Kreditnehmern im Rahmen der Förderung eigengenutzten Wohnraums wird aufgrund der Homogenität der Kundengruppe ein an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit orientiertes Pauschalrating vergeben. Untenstehende Tabelle zeigt die Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoklassen und stellt den internen Risikoklassen die korrespondierenden externen Risikoklassen gegenüber.

Die kreditvergebenden Organisationseinheiten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, bei allen Kreditentscheidungen auf eine ausreichende Besicherung zu achten, um dadurch den Blankoanteil und das Verlustrisiko zu reduzieren. Die Bank hat festgelegt, welche Sicherheiten akzeptiert werden und welcher Sicherungswert diesen maximal bei der

Bestimmung des Blankoanteils beigemessen werden darf. Sicherheiten, denen aus materiellen oder formellen Gründen kein expliziter Sicherheitenwert beizumessen ist, müssen gleichwohl der Kreditgewährung zugrunde gelegt werden, wenn die Hereinnahme derartiger Sicherheiten branchenüblich ist und im Verwertungsfall die Erzielung eines Verwertungserlöses erwartet werden kann.

Zur Darstellung des Verlustrisikos werden bestimmte Sicherheiten risikomindernd berücksichtigt. Dabei werden Verbindlichkeiten von Landesbanken, die über den Bestandsschutz („Grandfathering“) durch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung garantiert sind, der Risikoklasse 1 zugewiesen. Ebenso sind Kredite, die kommunal verbürgt sind, und Realkredite auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg der Risikoklasse 1 zugeordnet. Eine dingliche Besicherung durch eine Wohnimmobilie in Baden-Württemberg außerhalb des Realkredits, aber innerhalb des Beleihungswertes, bewirkt eine Zuordnung zu Risikoklasse 4. Bei Pfandbriefen und pfandbriefähnlichen Emissionen (z. B. Covered Bonds) wird auf das externe Emissionsrating abgestellt.

RISIKOKLASSEN UND KORRESPONDIERENDE AUSFALLWAHRSCHEINLICHKEITEN														
Risikoklasse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,03	0,06	0,13	0,27	0,56	1,15	2,35	4,75	9,37	17,63	30,72	100	100
Bandbreite Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55		
		0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55	100	100
Extern		AA+		A		BBB			BB-	B	CCC+	CC	Default	Default
	AAA	AA	A+	A-	BBB+	BBB-	BB+	BB	B+	B-	CCC	C		
		AA-									CCC-			
	Investment Grade						Non-Investment Grade							

Nachfolgende Tabelle zeigt die Risikobestände der einzelnen Geschäftsfelder:

RISIKOSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2013 in Mio. Euro						
	Privatkunden	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Sonstige Unter- nehmen und Selbstständige	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Risikoklasse 1	2.404,8	10.153,2	4.548,3	19.306,5	36.412,9	50,3
Risikoklasse 2	13,5	3.703,6	472,2	3.883,8	8.073,2	11,1
Risikoklasse 3	0,0	4.980,9	792,4	31,7	5.805,0	8,0
Risikoklasse 4	3.337,0	10.660,3	1.896,3	0,0	15.893,6	22,0
Risikoklasse 5	100,5	850,8	936,2	451,6	2.339,2	3,2
Risikoklasse 6	436,8	418,6	590,1	86,3	1.531,7	2,1
Risikoklasse 7	0,1	172,7	519,1	86,4	778,3	1,1
Risikoklasse 8	0,2	294,0	236,0	0,0	530,2	0,7
Risikoklasse 9	0,0	64,6	306,3	0,0	370,9	0,5
Risikoklasse 10	0,0	0,0	189,0	0,0	189,0	0,3
Risikoklasse 11	24,0	0,0	26,8	0,0	50,8	0,1
Risikoklasse 12	27,5	0,0	145,1	0,0	172,6	0,2
Risikoklasse 13	0,0	0,0	123,0	0,0	123,0	0,2
Risikoklasse 14	29,2	1,9	105,3	0,0	136,4	0,2
Gesamt	6.373,7	31.300,6	10.886,2	23.846,3	72.406,8	100,0

In obigem Bestand in Höhe von 72.406,8 Mio. Euro sind Wertpapiere und CDS in Höhe von 27.391,3 Mio. Euro enthalten. Die Bank verfolgt das Ziel, Wertpapiere und CDS bis zur Endfälligkeit zu halten. Mit Ausnahme der Rückkäufe eigener Emissionen sind alle Wertpapiere dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bank behandelt deshalb die Wertpapiere wie Kredite und wendet dementsprechend das gemilderte Niederwertprinzip an. Im Wertpapierbestand der Bank besteht aufgrund dauerhafter Wertminderung eine Teilwertberichtigung in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Die

pauschalierte Wertberichtigung in Höhe von 30,0 Mio. Euro auf das unbesicherte Wertpapierportfolio der PIIGS-Staaten wurde beibehalten. Die Wertpapiere und CDS weisen nachfolgend aufgeführte Bonitätsstruktur auf. Ersparte Niederwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte bei den CDS werden als stille Lasten ausgewiesen.

RISIKOSTRUKTUR WERTPAPIERBESTAND/ CDS PER 31.12.2013 in Mio. Euro			
Risiko- klasse	Bestand	Stille Lasten	Spread- risiken
1	19.306,0	123,1	1.005,1
2	3.376,2	15,7	69,2
3	479,0	0,5	8,8
4	1.809,7	5,3	35,5
5	1.412,1	6,2	38,4
6	504,0	1,0	3,8
7	355,3	2,6	4,2
8	99,3	2,3	1,5
9	49,6	12,1	7,4
10 bis 14	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>27.391,3</b>	<b>168,8</b>	<b>1.173,9</b>

### Überwachung von Problemkrediten

Unter Problemkrediten versteht die L-Bank Kredite, bei denen es starke Hinweise darauf gibt, dass zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erforderlich werden, die über die Normalverwaltung und die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbearbeitung hinausgehen. Hinweise sind neben Zahlungsstörungen insbesondere auch schlechte Bonitäten (Risiko-klasse 9 und darunter). Die Bank unterscheidet bei Problemkrediten zwischen Krediten an Unternehmen in Sanierung (Risikoklassen 9 bis 13) und solchen an Unternehmen in Abwicklung (Risiko-klasse 14).

Zum 31. Dezember 2013 betrug der Bestand an Problemkrediten 1.123,4 Mio. Euro. Dieser verteilte sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank:

PROBLEMKREDITBESTAND ZUM 31.12.2013 in Mio. Euro							
	Risiko- bestand gesamt	Problemkreditbestand		Sanie- rung	Abwick- lung	Abwick- lungsquote in %	Wert- berichti- gungen
		Gesamt	In %				
Privatkunden	6.373,7	246,8	3,9	190,7	56,1	0,9	82,2
Unternehmen aus dem Finanzsektor	31.300,6	66,5	0,2	64,6	1,9	0,0	31,6
Sonstige Unternehmen und Selbstständige	10.886,1	810,1	7,4	706,9	103,2	0,9	442,8
Öffentliche Hand	23.846,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>72.406,8</b>	<b>1.123,4</b>	<b>1,6</b>	<b>962,2</b>	<b>161,2</b>	<b>0,2</b>	<b>556,6</b>

### Bewertung von Risikokonzentrationen

Die Bank ist aufgrund ihres öffentlichen Auftrags bestimmten Risikokonzentrationen ausgesetzt.

Aus der Wohnraumförderung entsteht ein Konzentrationsrisiko bei den gestellten Sicherheiten. Der Wert der Wohnimmobilien wird nach den Vorgaben der Beleihungswertverordnung ermittelt,

wobei die Bank die Privilegierungen für Kleindarlehen in Anspruch nimmt und bei solchen Objekten generell auf Besichtigungen verzichtet. Aufgrund der Rahmenbedingungen in der Wohnraumförderung befindet sich ein Anteil von rund 43,3 % außerhalb des Realkredits. Die Sicherheiten werden in Form von Grundschulden bestellt.

Da sich die Förderung auf das Hoheitsgebiet des Gewährträgers beschränkt, besteht in der Wohnraumförderung ein Konzentrationsrisiko bezüglich Wohnimmobilien in Baden-Württemberg. Im Falle eines schweren konjunkturellen Abschwungs wird zum einen die Ausfallquote steigen, und zum anderen wird der Erlös aus der Verwertung der gestellten Sicherheit sinken. Zur Abschätzung dieses Risikos hat die Bank die Konjunkturreagibilität der einzelnen Regionen Baden-Württembergs analysiert. Die Bank hat außerdem die regionale Gefährdung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer in den einzelnen Regionen bei einem schweren konjunkturellen Abschwung untersucht. Die Gefahr, dass ein Kreditnehmer einer Region zahlungsunfähig wird, steigt mit der Exportabhängigkeit der Wirtschaft in dieser Region und mit der herrschenden Arbeitslosigkeit in dieser Region. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit nimmt ab, wenn das Preisniveau für Wohnimmobilien niedrig und die Qualität der Infrastrukturanbindung in dieser Region gut ist. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wird ausgedrückt als Abweichung der Gefahr der Kreditnehmer einer Region von der Gefahr eines durchschnittlichen Kreditnehmers in Baden-Württemberg. Zur Feststellung der relativen Gefährdung wurde ein Scoringssystem verwendet. Nebenstehende Tabelle zeigt den hiernach gegliederten Bestand an Wohnraumfinanzierungen der L-Bank. Der oberste Rang verweist auf die relativ höchste Gefährdung. 58,6 % der Finanzierungen in der Wohnraumförderung befinden sich in Regionen mit überdurchschnittlicher Konjunkturrempfindlichkeit (Rang 1 bis einschließlich Rang 4). Der Kreditbestand weist daher, gemessen an der Konjunkturrempfindlichkeit des Landes, eine leicht überdurchschnittliche Konjunkturrempfindlichkeit auf.

#### FINANZIERUNG VON WOHNIMMOBILIEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG PER 31.12.2013

Rang	Bestand in Mio. Euro	Anteil am Gesamt- bestand in %
1	499,1	4,9
2	2.806,2	27,4
3	1.112,0	10,9
4	1.576,2	15,4
5	1.391,8	13,6
6	932,2	9,1
7	763,0	7,5
8	1.150,2	11,2
Gesamt	10.230,7	100,0

Ein weiteres Sicherheitenkonzentrationsrisiko besteht bei den Gewährleistungen. Von den erhaltenen Gewährleistungen in Höhe von rund 9.144,1 Mio. Euro (ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung) entfallen rund 7.627,3 Mio. Euro auf das Land Baden-Württemberg. Aufgrund der Bonität des Landes Baden-Württemberg sieht die Bank hier ein vernachlässigbares Risiko. Weitere 947,3 Mio. Euro gehen auf Bürgschaften/Garantien sonstiger inländischer Gebietskörperschaften zurück. 569,5 Mio. Euro basieren auf Bürgschaften/Garantien von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Gebietskörperschaften sind, sowie ausländischen Zentral- und Regionalregierungen.

Aus dem Geschäftsmodell der Bank folgt ferner ein Konzentrationsrisiko bei Forderungen gegenüber Banken (29.844,4 Mio. Euro). Aufgrund der Verpflichtung, Kredite zur Förderung der Wirtschaft über Hausbanken auszureichen, entfällt per 31. Dezember 2013 ein Volumen in Höhe von 13.094,2 Mio. Euro auf diese Hausbankendarlehen. Diese Bankenforderungen sind über die Forderung an den Endkunden abgesichert. Ein Volumen von

1.484,3 Mio. Euro geht darauf zurück, dass die Bank die Hausbanken in deren Endkundenrisiko entlastet hat. Somit betreffen rund 48,9 % des gesamten Bankenengagements die Wirtschaftsförderung. 15.265,9 Mio. Euro des Bankenengagements basieren auf Geschäften, die die Bank ergänzend zum Fördergeschäft tätigt. Hier legt die Bank günstige Refinanzierungsmittel bei risikolosen bzw. risikoarmen Adressen an. Von den genannten 15.265,9 Mio. Euro sind 10.943,1 Mio. Euro über Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und 1.130,4 Mio. Euro über Pfandbriefe abgesichert. Die verbleiben-

den 3.192,4 Mio. Euro entfallen zu rund 91,0 % auf die Risikoklassen 1 bis 4. Rund 8,5 % befinden sich in den Risikoklassen 5 bis 8. Lediglich 0,5 % sind den Risikoklassen 9 und 10 zugeordnet.

In regionaler Hinsicht besteht aufgrund des öffentlichen Auftrags ein Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Region „Deutschland“. 87,6 % des risikorelevanten Bestandes befinden sich in Deutschland. Hiervon wiederum sind 63,0 % im Bundesland Baden-Württemberg und im Freistaat Sachsen angesiedelt.

#### REGIONALSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2013 in Mio. Euro

	Privat- kunden	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Sonstige Unter- nehmen und Selbstständige	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland gesamt	6.373,2	26.223,4	10.591,1	20.241,2	63.428,9	87,6
Belgien	0,0	10,0	0,3	202,6	212,8	0,3
Finnland	0,0	0,0	0,0	301,4	301,4	0,4
Frankreich	0,3	572,8	27,5	422,4	1.023,0	1,4
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	542,0	0,0	0,0	542,0	0,7
Italien	0,0	174,6	0,0	451,6	626,2	0,9
Luxemburg	0,0	67,5	10,0	0,0	77,5	0,1
Niederlande	0,0	707,9	48,9	463,9	1.220,7	1,7
Österreich	0,0	578,2	65,2	744,4	1.387,8	1,9
Portugal	0,0	0,0	19,7	86,4	106,1	0,1
Spanien	0,0	519,1	0,0	86,3	605,4	0,8
Dänemark	0,0	131,4	0,0	251,4	382,8	0,5
Großbritannien*	0,0	611,8	6,6	172,6	790,9	1,1
Schweiz	0,2	208,2	60,7	40,8	309,8	0,4
Restl. Europa	0,0	28,3	0,0	381,4	409,6	0,6
Europa gesamt	0,5	4.151,6	238,8	3.605,1	7.995,9	11,0
USA	0,0	259,4	54,8	0,0	314,2	0,4
Restl. Ausland	0,0	666,3	1,5	0,0	667,8	0,9
Ausland gesamt	0,5	5.077,2	295,1	3.605,1	8.977,9	12,4
Gesamt	6.373,7	31.300,6	10.886,2	23.846,3	72.406,8	100,0

\* Inklusive Guernsey, Jersey, Isle of Man und Cayman Islands.

In der Tabelle sind auch die Verbriefungen enthalten. Bei diesen erfolgte die Zuordnung zu einem Land anhand des Sitzlandes der emittierenden Zweckgesellschaft.

In den krisengefährdeten PIIGS-Staaten bestand per 31. Dezember 2013 ein Risikobestand in Höhe von rund 1.879,6 Mio. Euro. Davon sind rund 488,4 Mio. Euro (26,0 %) über Gemeinschaftspfandbriefe, Pfandbriefe oder Covered Bonds besichert. Rund 624,3 Mio. Euro (33,2 %) werden von Staaten geschuldet. Weitere rund 29,9 % bzw. 561,2 Mio. Euro entfallen auf ungarantierte Verbriefungen. Gegenüber Banken bestehen unbesicherte Forderungen in Höhe von rund 125,0 Mio. Euro (6,6 %).

#### Steuerung und Überwachung des Adressenausfallrisikos

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt durch die Festlegung von individuellen Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerlimiten. Durch die Festlegung von Portfoliolimiten für Risikoklassen, Branchen und Regionen werden Klumpenrisiken begrenzt. Hier sind der Bank aufgrund des öffentlichen Auftrags enge Grenzen gesetzt. Die Darstellung der Klumpenrisiken dient deshalb vor allem der Bewusstmachung der Konzentrationsrisiken, die mit dem öffentlichen Auftrag verbunden sind. Das maximale Kreditvolumen, das die Bank gegenüber einem Kreditnehmer hat, dessen wirtschaftliches Risiko außerhalb der Bundesrepublik

Deutschland liegt, wird durch entsprechende Limite auf Länderebene begrenzt (Länderlimite).

Die Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer- und Länderlimite werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für Branchen und Regionen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Basis der operativen Steuerung des Adressenausfallrisikos bilden die erstmaligen, laufenden und anlassbezogenen Bonitäts- und Sicherheitsbewertungen. Sie dienen der Portfoliosteuerung bei der Kreditgewährung wie auch der möglichst frühzeitigen Einleitung von Gegenmaßnahmen, um Verluste aus dem Kreditgeschäft zu minimieren. Im Rahmen dieses Risikofrüherkennungssystems erfolgen Analysen hinsichtlich Bonitätsverschlechterungen auf Kundenebene, der Kredite in der Intensiv- und Problemkreditbearbeitung, des Erfüllungsgrades des § 18 KWG sowie hinsichtlich der Veränderung der Erlösquoten bei ausgefallenen Krediten in der Wohnraumförderung.

Die festgelegten Prozesse für Problemkredite und notleidende Engagements umfassen ein geregeltes Mahnverfahren, das eine Wahrung der Ansprüche sowie einen möglichst frühzeitigen Forderungsausgleich sicherstellt.

Das Adressenausfallrisiko wird stark von der konjunkturellen Situation bestimmt. Insoweit kann sich eine konjunkturelle Verbesserung positiv auf die Risikostruktur des Portfolios auswirken und Auflösungen von Wertberichtigungen zur Folge haben.

#### MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Preisen auf den Geld- und Kapitalmärkten. Die Bank führt kein Handelsbuch. Marktpreisrisiken entstehen dementsprechend nur im Bankbuch. Marktpreisrisiken existieren in der Bank hauptsächlich in Form von Zinsänderungsrisiken und – in vernachlässigbarem Maß – Währungsrisiken.

Marktpreisrisiken aus strukturierten Geschäften und aus Fremdwährungsgeschäften werden durch entsprechende Microhedges ausgeschlossen. Das Marktpreisrisiko geht im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurück und wird hauptsächlich mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps gesteuert. Der Bestand an Zinsswaps (inklusive Swaptions) betrug zum 31. Dezember 2013 nominal 79.982,1 Mio. Euro. Zinswährungsswaps bestanden

mit einem Nominalvolumen von 13.512,1 Mio. Euro. Die ökonomischen Sicherungsbeziehungen werden über Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB sowie im Rahmen der Währungsumrechnung nach § 256 a i. V. m. § 340 h HGB und der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs im Sinne von BFA 3 bilanziell abgebildet.

#### Quantitative Bewertung durch Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden mittels eines Value-at-Risk-Modells berechnet. Hierzu wendet die Bank die Methode der historischen Simulation an. Um unterschiedlichen Marktkonstellationen umfassend Rechnung zu tragen, werden für die tägliche Überwachung der Steuerungslimite insgesamt zehn Modelle berechnet, wobei letztendlich jeweils der höchste Risikowert in die tägliche Auslastungsrechnung Eingang findet. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit werden darüber hinaus seit 30. Juni 2013 aus Fortführungs- und Liquidationsperspektive je vier Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99 % bzw. 99,98 % und einer Haltedauer von 250 Tagen berechnet, wovon ebenfalls jeweils der höchste Risikowert in der monatlichen Überwachung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt wird. Dabei werden die Risiken im Fortführungsansatz seit 30. Juni 2013 aus periodischer Sicht dargestellt. Die Übersicht gibt einen Überblick über die Parametrisierung der aktuell durchgeführten Berechnungen:

## PARAMETRISIERUNG DER HISTORISCHEN SIMULATION

	Haltedauer (Handelstage)	Historischer Betrachtungs- zeitraum (Handelstage)	Konfidenz- niveau	Anwendung
Absolute Zinsänderungen	10 und 25	250	99,00 %	Tgl. Limitüberwachung
Relative Zinsänderungen	10 und 25	250	99,00 %	Tgl. Limitüberwachung
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	10 und 25	250	99,00 %	Tgl. Limitüberwachung
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	10 und 25	250	99,00 %	Tgl. Limitüberwachung
Gewichtete Zinsänderungen	10 und 25	250	99,00 %	Tgl. Limitüberwachung
Absolute Zinsänderungen	250	2.500	99,00 %	RTF, going-concern, periodisiert
Relative Zinsänderungen	250	2.500	99,00 %	RTF, going-concern, periodisiert
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	250	2.500	99,00 %	RTF, going-concern, periodisiert
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	250	2.500	99,00 %	RTF, going-concern, periodisiert
Absolute Zinsänderungen	250	5.000	99,98 %	RTF, gone-concern
Relative Zinsänderungen	250	5.000	99,98 %	RTF, gone-concern
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	250	5.000	99,98 %	RTF, gone-concern
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	250	5.000	99,98 %	RTF, gone-concern

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Marktpreisrisiken im Jahresverlauf 2013:

VALUE-AT-RISK FÜR DAS MARKTPREISRISIKO 2013 in Mio. Euro										
	01.01.2013		31.03.2013		30.06.2013		30.09.2013		31.12.2013	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	645,6	940,0	593,8	940,0	427,3	1.000,0	327,0	1.000,0	334,9
Anteil Marktpreisrisiken in %	18,6	20,4	18,6	20,6	18,6	21,4	23,5	3,6	23,5	8,0
Marktpreisrisiken	175,0	131,6	175,0	122,1	175,0	91,6	235,0	11,7	235,0	26,8

#### Qualitative Bewertung durch Stressszenarien

Value-at-Risk-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter der Prämisse bestimmter Marktcontinuitäten. Da solche steten und linearen Marktbewegungen gerade aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht durchgängig unterstellt werden können, werden systematisch ergänzend Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Im Rahmen der Stresstests werden mögliche Verluste durch verschieden ausgeprägte extreme Marktbewegungen untersucht. Unter anderem werden auch die Auswirkungen einer aufsichtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. nach unten mit der Auswirkung des hierdurch entstehenden Verlustes auf das haftende Eigenkapital überprüft. Die folgende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer entsprechenden Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve:

NEGATIVE BARWERTÄNDERUNG AUFGRUND EINES 200-BASISPUNKTE-SHIFTS DER ZINSKURVE				
	Jahresende 31.12.2013	Maximum 16.01./ 31.01.2013	Minimum 02.05.2013	Durchschnitt 2013
Barwertverlust in Mio. Euro	424,4	558,0	380,8	446,7
Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG in %	11,7	16,4	10,6	12,7

### Steuerung der Marktpreisrisiken

Basis der Steuerung der Marktpreisrisiken bilden die vom Vorstand vorgegebenen Value-at-Risk-Limite. Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling, der die täglich ermittelten Value-at-Risk-Werte den vorgegebenen Limiten gegenüberstellt. Ein täglicher Risikobericht informiert jeweils die für das Risikocontrolling und den Handelsbereich zuständigen Vorstandsmitglieder. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus monatlich in einem Gesamtbericht über die Marktpreisrisiken informiert.

Die Bank erzielt ihre Erträge weitgehend aus der Anlage des Eigenkapitals sowie aus dem margengesteuerten Kreditgeschäft. Zinsänderungsrisiken gehen hauptsächlich auf die längerfristige Anlage des Eigenkapitals zurück. Ein Anstieg der Kapitalmarktzingen würde sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken.

### LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst in der L-Bank zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Refinanzierungsrisiko).

Die ausgezeichnete Kapitalmarktposition der L-Bank auf Basis der Garantie des Landes Baden-Württemberg ermöglichte im Berichtsjahr eine sowohl an den Bank- als auch an den Investoreninteressen ausgerichtete Refinanzierung. Insgesamt konnte somit eine kosten- und strukturoptimale Refinanzierung entsprechend der Planung erreicht werden. Liquiditätsreserven mussten zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden.

### Quantitative Bewertung mittels Value-at-Risk

Das Refinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Die Ermittlung des Value-at-Risk für dieses Risiko erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den Value-at-Risk.

#### VALUE-AT-RISK FÜR DAS REFINANZIERUNGSRISIKO 2013 in Mio. Euro

	01.01.2013		31.03.2013		30.06.2013		30.09.2013		31.12.2013	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	645,6	940,0	593,8	940,0	427,3	1.000,0	327,0	1.000,0	334,9
Anteil Liquiditätsrisiken in %	6,9	5,2	6,9	3,1	6,9	5,2	6,5	3,0	6,5	3,0
Liquiditätsrisiken	65,0	33,3	65,0	18,4	65,0	22,2	65,0	9,9	65,0	10,0

### Quantitative Bewertung mittels regulatorischer Kennziffer

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung vom Bereich Controlling überwacht. Die Liquiditätskennzahl wird monatlich im Rahmen der Meldung gemäß der Liquiditätsverordnung ermittelt. Hierbei werden die in den folgenden 30 Tagen erwarteten Einzahlungen den im gleichen Zeitraum erwarteten Auszahlungen gegenübergestellt. Die Einzahlungen müssen im Betrachtungszeitraum größer als die Auszahlungen sein. Zum Jahresende belief sich die Liquiditätskennzahl auf 2,5, im Jahresdurchschnitt betrug sie 3,0.

LIQUIDITÄTSKENNZAHLE 2013 NACH LIQUIDITÄTSVERORDNUNG	
Monat	Liquiditätskennzahl
Januar	3,8
Februar	3,3
März	2,4
April	4,3
Mai	3,1
Juni	3,4
Juli	2,7
August	3,3
September	2,7
Oktober	2,7
November	2,3
Dezember	2,5
Durchschnittliche Kennzahl	3,0

### Quantitative Bewertung auf Basis von Stressszenarien

Die Bank hält Liquiditätsreserven zur Deckung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs vor. Zur Ermittlung dieser Liquiditätsreserven wird der Wertpapierbestand nach hochliquiden (7-Tage-Liquiditätspuffer), liquiden (30-Tage-Liquiditätspuffer) und sonstigen Wertpapieren kategorisiert. Für die Zeithorizonte von einer Woche bzw. einem Monat ist sicherzustellen, dass der Liquiditätsbedarf durch entsprechende Liquiditätspuffer gedeckt werden kann.

Die Bank stellt sicher, dass sie in der Lage ist, auch den zusätzlichen Refinanzierungsbedarf, der sich aus Stressszenarien über einen Zeithorizont von mindestens einem Monat ergibt, mit Liquiditätsreserven zu überbrücken. Dazu werden Stressszenarien untersucht, die auf institutseigenen, marktweiten bzw. kombinierten Ursachen beruhen. Die Überprüfung der Liquiditätspuffer wird monatlich durchgeführt. Durch die Limitierung und tägliche Überwachung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird sichergestellt, dass der Liquiditätspuffer nicht nur am Betrachtungstichtag, sondern im gesamten folgenden Monat ausreicht, um den Bedarf an Refinanzierungsmitteln zu decken.

Bei der Liquiditätsvorausschau wird aus Vorsichtsgründen bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 der maximal erlaubte monatliche Liquiditätsbedarf von 10.500,0 Mio. Euro (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) angesetzt, auch wenn die Liquiditätsvorausschau einen geringeren Liquiditätsbedarf anzeigt. Im Rahmen der Liquiditätssteuerung werden auch Stressszenarien durchgeführt. In einem institutsspezifischen Stressszenario werden die vorzeitigen Liquiditätsabflüsse durch die Ausübung aller Kündigungsrechte aus Passivgeschäften innerhalb eines Monats unterstellt. In einem marktweiten Stressszenario wird die sofortige Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen in allen Laufzeiten um 100 Basispunkte bei gleichzeitigem Kursrückgang aller

Wertpapiere in Höhe des Haircuts simuliert. Außerdem werden beide Szenarien ohne Berücksichtigung risikomindernder Korrelationseffekte kombiniert betrachtet.

Bei den Stressszenarien wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 das Maximum aus dem maximal erlaubten monatlichen Liquiditätsbedarf (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) und dem auf Basis des Stressszenarios errechneten Liquiditätsbedarf angesetzt.

Die geringen Abweichungen der Liquiditätsvorausschau von den Stressszenarien gehen zum einen darauf zurück, dass die Liquiditätsvorausschau dem Vorsichtsprinzip folgend erstellt und z. B. keine Verlängerung von fälligen Termingeldern unterstellt wird. Weiter hat die Bank aufgrund ihres Geschäftsmodells bei den Refinanzierungen in nur sehr vernachlässigbarem Maße unbestimmte Zahlungsströme, die in Stresssituationen zu unerwartetem Liquiditätsbedarf führen könnten.

### Steuerungsvorgaben

Die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorausschau, in der sämtliche erwarteten Zahlungsströme der nächsten zehn Jahre dargestellt werden. Dabei erfolgt für den laufenden Monat sowie für die folgenden beiden Monate eine Tagesbetrachtung. Die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres sowie das folgende Geschäftsjahr werden monatsweise betrachtet. Für die Jahre 3 bis 10 erfolgt eine Jahresbetrachtung. Bei der Erstellung dieser Liquiditätsvorausschau unterstellt die Bank die vertraglich festgelegten Laufzeiten. Bei zukünftigen Zinsanpassungen in der Wohnraumförderung wird der aktuelle Nominalzins fortgeschrieben. Für Termingelder gehen keine Prolongationsannahmen ein. Diese werden tagesaktuell im Rahmen der Liquiditätssteuerung berücksichtigt. Planzahlen für zu erwartende Auszahlungen werden monatlich auf Basis der Neugeschäftsplanungen aktualisiert.

#### LIQUIDITÄTSPUFFER UNTER STRESSSZENARIEN PER 31.12.2013 in Mio. Euro

	Liquiditätsvorausschau	Stressszenario		
		Institutseigene Ursachen	Marktweite Ursachen	Institutseigene und marktweite Ursachen kombiniert
Tag 1 bis Tag 7				
Liquiditätspuffer	11.372,2	11.372,2	10.924,3	10.924,3
Liquiditätsbedarf	984,7	1.131,9	999,2	1.146,5
Freier Liquiditätspuffer	10.387,5	10.240,3	9.925,1	9.777,9
Tag 8 bis Tag 30				
Liquiditätspuffer	14.770,6	14.623,3	14.008,1	13.860,9
Liquiditätsbedarf	9.515,3	9.515,3	9.515,3	9.515,3
Freier Liquiditätspuffer	5.255,3	5.108,0	4.492,8	4.345,5

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Bank verschiedene Vorgaben festgelegt: Der Anteil an einer Wertpapieremission sowie der Liquiditätsbedarf eines Monats wurden limitiert. Die Bestände an EZB-fähigen sowie an täglich liquidierbaren Wertpapieren dürfen einen Mindestbetrag nicht unterschreiten.

Das Liquiditätsrisiko wird täglich bewertet und zusammen mit den Marktpreisrisiken den zuständigen Vorstandsmitgliedern berichtet.

Aufgrund der expliziten Garantie des Landes Baden-Württemberg für die Refinanzierungen der Bank kann sich die L-Bank sehr günstig refinanzieren. In Zeiten angespannter Finanzmärkte verbesserten sich die eigenen Refinanzierungsspreads deutlich. Chancen ergeben sich für die Bank, sofern die Anleger ihr Geld verstärkt in sichere Adressen anlegen.

## OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

## Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der Value-at-Risk mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadensereignissen verwendet wird. Grundlage hierfür sind historische Beobachtungen und Expertenschätzungen hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes von Störungen jedes risikobehafteten Prozesses der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem Value-at-Risk der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur wenige Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und diese nur eine geringe Schadensfolge zeigten. Eine fundierte Berechnung des Value-at-Risk auf Basis historischer Datenreihen ist daher nicht möglich.

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

### VALUE-AT-RISK FÜR DAS OPERATIONELLE RISIKO 2013 in Mio. Euro

	01.01.2013		31.03.2013		30.06.2013		30.09.2013		31.12.2013	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	645,6	940,0	593,8	940,0	427,3	1.000,0	327,0	1.000,0	334,9
Anteil operationelle Risiken in %	0,7	1,0	0,7	0,7	0,7	0,9	0,7	1,2	0,7	1,2
Operationelles Risiko	7,0	6,5	7,0	4,4	7,0	3,8	7,0	3,8	7,0	3,9

Neben in üblichem Umfang abgeschlossenen Versicherungen zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen bildet das eingerichtete interne Kontrollsystem die Grundlage der Vermeidung operationeller Risiken. Es umfasst umfangreiche im- und explizite Verfahrensschritte zur Sicherstellung der Prozessabläufe (z. B. Vier-Augen-Prinzip, zufallsgesteuerte Stichprobenkontrollen, Neue-Produkte-Prozess bei neuartigen Geschäften oder Prozessen, explizite Freigabe von Auszahlungen über 1,0 Mio. Euro, IT-Berechtigungsmanagement zum Ausschluss von nicht miteinander zu vereinbarenden Tätigkeiten, strenge Auswahlkriterien bei Neueinstellungen). Basis bildet die schriftlich fixierte Ordnung der Bank, deren Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation modular erstellt sind.

Weiter wird durch die laufende Überprüfung der Einhaltung entsprechender gesetzlicher Rechtsvorschriften (z. B. Wertpapiercompliance, Geldwäsche- und Betrugsprävention, Datenschutz) das operationelle Risiko verringert. Aufgrund der Neuregelung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und im Einklang mit dem Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg wurde im Berichtsjahr eine Compliance-Funktion eingerichtet und ein Compliance-Beauftragter bestellt. Die Compliance-Funktion soll Risiken ausschließen, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen ergeben können. Hierzu hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die L-Bank wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hinzuwirken. Zu den Aufgaben des Compliance-Beauftragten gehört auch die Überwachung der bestehenden gesetzlichen Rechtsvorschriften zur Geldwäsche- und Betrugsprävention sowie zum Datenschutz. Deren Einhaltung wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet. Im Berichtsjahr wurden die Verfah-

rensabläufe zur Umsetzung der geldwäscherechtlichen Sorgfaltspflichten optimiert. Neben weiteren Maßnahmen wurde insbesondere die Identifizierung der Kunden in der Wohnraumeigentumsförderung vollständig auf das Postident-Verfahren umgestellt. Bei den datenschutzrechtlichen Aktivitäten standen die Prüfung von Anfragen der Fachbereiche hinsichtlich des Kundendatenschutzes, der Belange des Mitarbeiterdatenschutzes sowie die Überarbeitung der Datenschutzerklärung im Internetauftritt der Bank im Vordergrund. Außergewöhnliche Vorkommnisse waren im Berichtsjahr in keinem der genannten Aufgabenfelder zu verzeichnen.

Bezüglich der Ablauforganisation unterscheidet die Bank zwischen Arbeitsanordnungen, die Handlungsvorschriften mit bindendem Charakter darstellen, und Handbüchern. Arbeitsanordnungen gelten unabhängig von der eingesetzten IT und den zugrunde liegenden Workflows. Arbeitshandbücher beinhalten dagegen konkrete Ablaufbeschreibungen bzw. IT-Benutzerhandbücher. Die Bank hat den gesamten Kreditbearbeitungsprozess in die Bearbeitungsschritte Kreditgewährung, Kreditweiterbearbeitung, Problemkreditbearbeitung, Sanierung und Abwicklung gegliedert. Für jeden Bearbeitungsschritt wurden Kriterien festgelegt, die bei der Bearbeitung der Kredite zu beachten sind. Diese Bearbeitungskriterien stellen den Kreditmasterprozess dar. Auch für die Handelsgeschäfte wurde ein Masterprozess festgelegt. In diesem wurden die Bearbeitungskriterien für die Überprüfung der Abschlussmöglichkeit, für die Vereinbarung, Erfassung, Weiterleitung und Änderung der Abschlussdaten, für die Fortschreibung des Handelsbestandes, für die rechtliche Ausgestaltung der Verträge, für den Abschluss außerhalb der Bankgeschäftsräume und außerhalb der üblichen Arbeitszeit (Spätgeschäfte), für das Aufzeichnen und Abhören von Telefongesprächen sowie für die laufenden Kontrolltätigkeiten im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle festgelegt.

In Regelungen zur Aufbauorganisation wird beschrieben, wo welche Geschäftsaktivitäten ausgeübt werden (Organisationsplan und Geschäftsverteilungsplan). In Regelungen zur Geschäftsführung und Vertretung ist geregelt, wer welche Geschäftsaktivitäten ausüben darf. In Dienstvereinbarungen und Vorgaben für das Personal sind arbeits- und dienstrechtliche Vorgaben geregelt.

## WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die L-Bank hat bezüglich ihrer Prozesse in der Rechnungslegung ein durchgängiges internes Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, das laufend überprüft und fortentwickelt wird. Es umfasst sowohl aufbau- wie auch ablauforganisatorische Regelungen. Die Regelungen gewährleisten die Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung. Der hierdurch erfasste Rechnungslegungsprozess reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht. Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Für die Umsetzung ist der Bereich Rechnungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr zuständig. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird ferner durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Diese Regelungen werden in internen Handbüchern und Arbeitsanweisungen für die Arbeitsabläufe in der L-Bank konkretisiert. Die regelmäßige Überwachung der internen Dokumente und deren Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen nimmt der Bereich Rechnungswesen vor. Durch das umfassende interne Berichtswesen sowie die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardisierten Prozess wird auch die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist nachvollziehbar gegliedert. Die entsprechenden Unterlagen werden unter Beachtung der gesetzlichen Fristen aufbewahrt.

Die im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche haben klar getrennte Funktionen: Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung erfolgt in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr. Die Daten werden jeweils über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung der Kontierungsregeln, der Buchungssystematik und der Buchungsprogrammsteuerung sowie für die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.

Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

- den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,
- die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie
- die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz und Ausweis sowie einer plausiblen Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Jahresabschluss und Lagebericht werden aus der Finanzbuchhaltung abgeleitet. Insbesondere für den Lagebericht werden ergänzend Finanz- und Risikocontrollingdaten aus dem internen Managementinformationssystem herangezogen, die einem vergleichbaren internen Kontrollsystem unterliegen. Jahresabschluss und Lagebericht werden zudem in ihrer Gesamtheit weiteren manuellen Kontrollen im Vier-Augen-Prinzip unterzogen.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse werden regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäftsentwicklung unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

# BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Berichtsjahr laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste insbesondere den Bericht über die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, die Geschäftsentwicklung, die vierteljährlichen Berichte zur Risikosituation der Bank, den Bericht über die wesentlichen Prüfungsergebnisse der Internen Revision, den Compliance-Jahresbericht sowie den Bericht über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der L-Bank.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2013 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats, des Prüfungsausschusses sowie des Risikoausschusses über den Jahresabschluss 2013 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers und erhob nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

In seiner Sitzung am 9. April 2014 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2013 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2013 von 101.062.363,55 EUR den anderen Gewinnrücklagen 100.000.000,00 EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 1.062.363,55 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, 9. April 2014

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats  
 Dr. Nils Schmid MdL  
 Finanz- und Wirtschaftsminister  
 des Landes Baden-Württemberg



Jahresbilanz der L-Bank	84
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	88
Kapitalflussrechnung der L-Bank	90
Eigenkapitalpiegel der L-Bank	91
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	92
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	112
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	112
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	113

## JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2013

AKTIVSEITE	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
<b>1. BARRESERVE</b>				
a) Kassenbestand		40.120,74		32.473,64
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 419.883.165,22 (EUR 557.329.510,73)		419.883.165,22		557.329.510,73
			<b>419.923.285,96</b>	<b>557.361.984,37</b>
<b>2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE</b>				
a) täglich fällig		13.066.818,98		11.243.703,88
b) andere Forderungen		20.470.942.680,36		20.683.113.709,96
			<b>20.484.009.499,34</b>	<b>20.694.357.413,84</b>
<b>3. FORDERUNGEN AN KUNDEN</b>			<b>23.773.515.357,49</b>	<b>24.288.356.256,53</b>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert EUR 6.560.782.947,36 (EUR 7.051.035.020,94) Kommunalkredite EUR 8.901.133.978,56 (EUR 9.341.857.878,07)				
<b>4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE</b>				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 5.159.524.868,02 (EUR 4.721.842.330,74)	5.338.258.284,24			4.975.945.874,31
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 15.890.505.688,54 (EUR 15.213.763.625,08)	18.374.475.407,31			17.967.424.061,93
		23.712.733.691,55		22.943.369.936,24
b) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag EUR 466.129.000,00 (EUR 447.755.000,00)		468.299.364,55		449.705.827,94
			<b>24.181.033.056,10</b>	<b>23.393.075.764,18</b>
<b>5. BETEILIGUNGEN</b>			<b>488.766.696,51</b>	<b>501.386.150,89</b>
darunter: an Kreditinstituten EUR 301.986.360,47 (EUR 301.986.360,47)				
Übertrag			<b>69.347.247.895,40</b>	<b>69.434.537.569,81</b>

<b>AKTIVSEITE</b>	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Übertrag	69.347.247.895,40	69.434.537.569,81
6. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	23.990.154,28	23.309.201,51
7. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 72.767.215,66 (EUR 83.058.729,42)	72.839.569,44	83.845.914,32
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.232.811,93	8.176.235,31
9. SACHANLAGEN	117.511.985,45	122.019.002,32
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	355.858.932,24	358.051.014,08
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	755.417.825,94	599.869.479,61
<b>SUMME DER AKTIVA</b>	<b>70.682.099.174,68</b>	<b>70.629.808.416,96</b>

## JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2013

<b>PASSIVSEITE</b>	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
<b>1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN</b>				
a) täglich fällig		4.977.902,69		90.887.916,84
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		23.703.011.843,89		20.423.049.080,39
			<b>23.707.989.746,58</b>	<b>20.513.936.997,23</b>
<b>2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN</b>				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	118.518.484,22			109.233.579,68
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.589.479.460,40			8.259.081.566,82
		7.707.997.944,62	<b>7.707.997.944,62</b>	<b>8.368.315.146,50</b>
<b>3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen			<b>32.773.245.874,41</b>	<b>35.917.564.141,53</b>
<b>4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN</b> darunter: Treuhandkredite EUR 72.767.215,66 (EUR 83.058.729,42)			<b>72.839.569,44</b>	<b>83.845.914,32</b>
<b>5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>			<b>769.640.312,74</b>	<b>225.073.483,20</b>
<b>6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>			<b>1.032.473.668,50</b>	<b>1.011.265.194,94</b>
<b>7. RÜCKSTELLUNGEN</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		180.428.130,00		168.306.797,00
b) Steuerrückstellungen		0,00		180.000,00
c) andere Rückstellungen		170.964.844,57		184.862.954,62
			<b>351.392.974,57</b>	<b>353.349.751,62</b>
<b>8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN</b>			<b>709.680.130,58</b>	<b>750.386.958,11</b>
Übertrag			<b>67.125.260.221,44</b>	<b>67.223.737.587,45</b>

<b>PASSIVSEITE</b>	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Übertrag		67.125.260.221,44	67.223.737.587,45
<b>9. GENUSSRECHTSKAPITAL</b>		539.925.800,00	539.925.800,00
<b>10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN</b>		400.000.000,00	350.000.000,00
<b>11. EIGENKAPITAL</b>			
a) gezeichnetes Kapital	250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage	950.850.789,69		950.850.789,69
c) Gewinnrücklagen			
ca) andere Gewinnrücklagen	1.315.000.000,00		1.167.000.000,00
d) Bilanzgewinn	101.062.363,55		148.294.239,82
		2.616.913.153,24	2.516.145.029,51
<b>SUMME DER PASSIVA</b>		70.682.099.174,68	70.629.808.416,96
<b>1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN</b>			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		6.068.612.914,98	6.671.334.850,98
<b>2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN</b>			
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.641.108.486,04	2.346.015.605,75

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2013 BIS 31.12.2013

	2013 EUR	2013 EUR	2013 EUR	2012 EUR
<b>1. ZINSERTRÄGE AUS</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.380.641.049,80			1.575.316.821,51
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	626.383.379,47			637.102.068,50
		2.007.024.429,27		2.212.418.890,01
<b>2. ZINSAUFWENDUNGEN</b>		1.716.814.537,83		1.916.986.833,68
darunter: aus Zinssubventionen für Darlehen EUR 119.410.478,29 (EUR 136.352.729,95)				
			290.209.891,44	295.432.056,33
<b>3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS</b>				
a) Beteiligungen			4.408.408,39	6.031.035,64
<b>4. PROVISIONSERTRÄGE</b>			45.656.024,62	45.243.425,81
<b>5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN</b>			4.442.170,53	6.180.046,18
<b>6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE</b>			15.923.752,83	17.317.768,20
<b>7. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	72.279.422,65			69.014.609,31
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 5.680.699,78 (EUR 6.183.388,81)	17.042.401,26			16.901.478,45
		89.321.823,91		85.916.087,76
b) andere Verwaltungsaufwendungen		49.616.782,53		45.378.262,66
			138.938.606,44	131.294.350,42
<b>8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN</b>			9.827.796,53	12.161.188,56
<b>9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>			26.012.749,94	28.507.122,36
Übertrag			176.976.753,84	185.881.578,46

	2013 EUR	2012 EUR
Übertrag	176.976.753,84	185.881.578,46
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT Zuführung zum „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ EUR 50.000.000,00 (EUR 46.000.000,00)	81.003.841,06	52.774.710,25
11. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN	5.620.884,08	15.267.116,35
12. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	101.593.796,86	148.373.984,56
13. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	641.055,99	836.629,43
14. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	184.617,14	183.844,26
15. JAHRESÜBERSCHUSS	100.768.123,73	147.353.510,87
16. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	294.239,82	940.728,95
	101.062.363,55	148.294.239,82
17. BILANZGEWINN	101.062.363,55	148.294.239,82

## KAPITALFLUSSRECHNUNG DER L-BANK ZUM 31.12.2013

	01.01.–31.12.2013 TEUR	01.01.–31.12.2012 TEUR
<b>Periodenergebnis</b>	<b>100.768</b>	<b>147.354</b>
<b>IM PERIODENERGEBNIS ENTHALTENE ZAHLUNGSUNWIRKSAME POSTEN UND ÜBERLEITUNG AUF DEN CASHFLOW AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>		
1. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen inkl. Eventualverbindlichkeiten und Wertpapiere	85.161	73.418
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen	9.828	12.161
3. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Finanzanlagen (ohne Wertpapiere)	704	-4.471
4. Veränderung der Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	37.335	36.019
5. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0
6. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen	-7	-29
7. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-3.111	-17.867
8. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-113.767	-539.725
<b>Zwischensumme</b>	<b>116.911</b>	<b>-293.140</b>
<b>VERÄNDERUNG DES VERMÖGENS UND DER VERBINDLICHKEITEN AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>		
9. Forderungen an Kreditinstitute	211.794	414.622
10. Forderungen an Kunden	422.912	-1.583.274
11. Wertpapiere	-789.234	-2.053.558
12. Andere Aktiva	-142.350	531.161
13. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.194.053	2.716.029
14. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-660.317	4.905
15. Verbriefte Verbindlichkeiten	-3.144.318	-837.630
16. Andere Passiva	531.369	591.635
17. Erhaltene Zinsen und Dividenden	1.935.789	2.435.833
18. Gezahlte Zinsen	-1.821.382	-1.895.270
19. Außerordentliche Ein-/Auszahlungen	0	0
20. Ertragsteuerzahlungen	-641	-837
<b>Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>-145.414</b>	<b>30.476</b>
21. Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	42.258	36.101
22. Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	9	117
23. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-27.912	-31.878
24. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.380	-5.678
25. Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
<b>Cash Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>7.975</b>	<b>-1.338</b>
26. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
27. Auszahlungen an Unternehmenseigner	0	0
28. Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	0
<b>Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>-137.439</b>	<b>29.138</b>
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	557.362	528.224
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>419.923</b>	<b>557.362</b>

## EIGENKAPITALSPIEGEL DER L-BANK ZUM 31.12.2013

	Gezeichnetes Kapital TEUR	Kapitalrücklage TEUR	Erwirtschaftetes Eigenkapital		Eigenkapital TEUR
			Gewinnrücklagen TEUR	Bilanzgewinn TEUR	
<b>Stand zum 31.12.2011</b>	250.000	950.851	526.000	641.941	2.368.792
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			641.000	-641.000	0
Jahresüberschuss 2012				147.354	147.354
<b>Stand zum 31.12.2012</b>	250.000	950.851	1.167.000	148.295	2.516.146
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			148.000	-148.000	0
Jahresüberschuss 2013				100.768	100.768
<b>Stand zum 31.12.2013</b>	250.000	950.851	1.315.000	101.063	2.616.914

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

### ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 01.12.1998 errichtet. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Die Bilanz für die L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Der Posten Zinsaufwendungen wurde um einen Davon-Vermerk ergänzt (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde daher entsprechend § 290 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

### GRUNDSÄTZE DER WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 256 a i. V. m. 340 h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 30.12.2013 umgerechnet. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil gespalten.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte werden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340 h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

### BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 a ff. HGB).

### FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Die Bank behandelt Kredite, die sie im Rahmen von Förderprogrammen im Zins selbst verbilligt, als unterverzinsliche Kreditgeschäfte. Diese Programmkredite werden mit ihrem Barwert angesetzt. Für Zinssubventionen auf unwiderrufliche Kreditzusagen im Fördergeschäft werden Rückstellungen gebildet. Die Ergebnisse aus den von der Bank getragenen Zinssubventionen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessen Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind aktivisch abgesetzt bzw. werden in den Rückstellungen abgebildet.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Bilanzstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden soweit möglich Börsenkurse zum Ansatz gebracht. Sofern kein aktiver Markt vorhanden ist, werden Modellwerte verwendet, die wiederum auf Marktdaten (Zinskurven, Spreadkurven) und auf sonstigen verfügbaren Informationen (z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten) basieren.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag laufzeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt werden. Abschreibungen bei Wertpapieren des Finanzanlage-

bestandes erfolgen bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung. Für latente Risiken wurde eine pauschalisiert ermittelte Vorsorge angesetzt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bilanziert. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung.

#### SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig, werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre abgeschrieben.

#### RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als Bewertungsmethode wird generell die projizierte Einmalbeitragsmethode (PUC) angewendet. Der verwendete Rechnungszinsfuß beträgt derzeit

4,90 % (Vorjahr: 5,06 %). Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit durchschnittlich 2 % p. a. in die Berechnung einbezogen.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erforderlichen Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Aufwandsrückstellungen i. S. d. § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a. F. werden so lange fortgeführt, bis sie bei Eintritt des Ereignisses, für das sie gebildet wurden, zweckentsprechend verbraucht werden bzw. wegen Wegfall des Rückstellungsgrundes aufzulösen sind.

Die Aufzinsung der Rückstellungen (inklusive Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen) in Höhe von 12,8 Mio. EUR (Vorjahr: 9,9 Mio. EUR) wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

## VERLUSTFREIE BEWERTUNG DES BANKBUCHS

Die Überprüfung des Bankbuchs im Sinne von IDW RS BFA 3 zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung erfolgt nach einem barwertorientierten Ansatz. Basis der Berechnung bilden die Buchwerte (Ansatz in der Bilanz), diskontierte Cashflows sowie die Risikokosten und die zukünftigen Verwaltungsaufwendungen für die Abwicklung der Positionen.

Aus der Bewertung der Geschäfte ergab sich unverändert kein Rückstellungsbedarf.

## BILANZIERUNG VON SICHERUNGSZUSAMMENHÄNGEN

Zur Absicherung bilanzieller Risiken werden derivative Sicherungsgeschäfte und Garantien hereingenommen. Derivative Geschäfte schließt die Bank zur Absicherung der Gesamtzinsrisikoposition oder einzelgeschäftsbezogen ab. Der Ergebnisbeitrag der Derivate wird grundsätzlich im Zinsergebnis gezeigt.

Soweit notwendig werden Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft als Bewertungseinheit i.S.d. § 254 HGB zusammengefasst. Bei diesen Bewertungseinheiten stimmen die bewertungsrelevanten Parameter vollständig überein (Perfect Hedges). Die bilanzielle Abbildung erfolgt in diesem Fall nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“, bei der

die sich ausgleichenden gegenläufigen Wertänderungen (Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufgrund des abgesicherten Risikos) in Bilanz und GuV unberücksichtigt bleiben.

In der unten stehenden Tabelle sind die Grundgeschäfte der Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB dargestellt. Die angegebenen Buchwerte wurden gegebenenfalls mit dem Kassamittelkurs vom 30.12.2013 in EUR umgerechnet.

GRUNDGESCHÄFT DER BEWERTUNGSEINHEIT				
	Buchwert in TEUR	davon Zinsrisiko	davon Währungsrisiko	davon Preisänderungs- risiko
Vermögensgegenstände	623.745	150.690	–	473.055
Schulden	738.268	581.048	157.220	–
gesamt	1.362.013	731.738	157.220	473.055

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
<b>FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE</b>		
täglich fällig	13.067	11.244
bis drei Monate	1.438.336	2.559.132
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.747.685	3.045.246
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.088.028	8.789.148
mehr als fünf Jahre	7.196.893	6.289.587
<b>FORDERUNGEN AN KUNDEN</b>		
bis drei Monate	810.608	995.145
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.368.957	1.371.565
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.143.739	4.878.200
mehr als fünf Jahre	15.450.211	17.043.446
<b>SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE im Folgejahr fällig</b>		
	4.248.624	1.755.510
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN</b>		
täglich fällig	4.978	90.888
bis drei Monate	5.534.604	1.702.087
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.929.110	1.188.181
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.710.349	8.371.822
mehr als fünf Jahre	10.528.949	9.160.959
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN</b>		
täglich fällig	118.519	109.234
bis drei Monate	1.302.177	1.679.350
mehr als drei Monate bis ein Jahr	302.518	296.390
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	393.570	613.609
mehr als fünf Jahre	5.591.214	5.669.732
<b>VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN im Folgejahr fällig</b>		
	16.530.537	16.915.948

## ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
<b>FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.402.580	5.859.215
<b>FORDERUNGEN AN KUNDEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	65.095	52.948
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	109.295	150.035
– nachrangige Forderungen	46.080	53.983
<b>SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.078.184	2.078.184
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	23.502.161	22.510.929
– nicht börsennotiert	678.872	882.147
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteilige Zinsen) von 23.247.810 TEUR. Davon haben Wertpapiere mit einem Buchwert von 5.668.508 TEUR einen Marktwert von 5.510.281 TEUR. Auf eine Abschreibung wurde verzichtet, da aufgrund der dauerhaften Halteabsicht kurzfristige Marktschwankungen nicht berücksichtigt werden. Die übrigen Wertpapiere des Anlagevermögens weisen eine Kurswertreserve von 961.096 TEUR auf.		

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

### ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
<b>BETEILIGUNGEN</b>		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	68.920	68.895
<b>TREUHANDVERMÖGEN</b>		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
– Forderungen an Kreditinstitute	60.983	67.902
– Forderungen an Kunden	11.784	15.157
– sonstige Vermögensgegenstände	72	787
<b>SACHANLAGEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	101.498	106.412
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.222	7.138
<b>SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>		
davon nachrangig	7.524	7.524
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE</b>		
– Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	525.718	497.539
– Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	62.227	72.117
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	443.362	327.923
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	40
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	441.100	427.857

**ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN**

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
<b>TREUHANDVERBINDLICHKEITEN</b>		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.384	7.927
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	67.455	75.919
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE</b>		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	8.858	13.463
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	2.855	5.117
<b>NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN UND GENUSSRECHTE</b>		
- Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten	24.767	28.333
- Zinsaufwendungen für Genussrechte	26.003	26.004

Eine nachrangige Verbindlichkeit in EUR in Höhe von 71,5 Mio. EUR übersteigt 10 % des Gesamtbetrags aller nachrangigen Verbindlichkeiten. Die Verzinsung beträgt 0 % bei einer Laufzeit bis 2036.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

### EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
<b>SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>		
- Forderungen aus Swaps	322.179	213.009
- Kunstgegenstände	14.631	14.468
- Partizipationsscheine	7.524	7.524
- Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	-	104.304
<b>AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		
- vorab geleistete Einmalzahlungen aus Swaps	159.520	22.388
<b>SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>		
- Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	493.723	-
- endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	265.904	173.754
- vorab erhaltene Kaufpreiszahlungen	-	41.560
<b>PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		
- vorab empfangene Einmalzahlungen aus Swaps	1.020.702	992.622
<b>RÜCKSTELLUNGEN</b>		
unter den anderen Rückstellungen:		
- Rückstellungen für zinsverbilligte Darlehen	76.118	74.941
<b>EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN</b>		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:		
- Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	873.635	1.093.843
- Credit Default Swaps	4.092.148	4.474.674
Der überwiegende Teil der Eventualverbindlichkeiten beinhaltet Kreditrisiken von Kreditnehmern erstklassiger Bonität. 96,3 % des Gesamtbestandes an Eventualverbindlichkeiten besitzen ein Investment-Grade-Rating.		
<b>PROVISIONSERTRÄGE</b>		
- Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	35.387	32.634
- erhaltene Bürgschaftsgebühren	10.269	12.609
<b>PROVISIONSAUFWENDUNGEN</b>		
- gezahlte Beratungsgebühren	3.058	3.849
- gezahlte Bürgschaftsgebühren	1.080	2.026
<b>SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE</b>		
- Erträge aus Dienstleistungen für Dritte	5.873	5.079
- Erträge aus Vermietung	4.863	5.082
- Auflösung von Rückstellungen	2.540	3.922

### EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
<b>ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN</b>		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare (exkl. USt.) an den Abschlussprüfer erfasst:		
– für die Abschlussprüfungsleistungen	365	365
– für andere Bestätigungsleistungen	12	23
– für Steuerberatungsleistungen	1	11
<b>ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN</b>		
– darin enthaltene außerplanmäßige Abschreibungen	–	2.633
<b>SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>		
– Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	19.157	19.157
<b>ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE</b>		
– außerplanmäßige Abschreibungen	707	10.511
– Kursverluste	–	4.454
<b>GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN</b>		
– Vermögensgegenstände	3.606.447	2.201.591
– Schulden	18.052.777	19.188.191
Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt. Die Währungsumrechnung ergab einen sonstigen betrieblichen Aufwand in Höhe von	332	45

### SICHERHEITSLAISTUNGEN

Für Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank sind Wertpapiere in Höhe von insgesamt 12.758 Mio. EUR (Vorjahr: 12.355 Mio. EUR) hinterlegt. Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren per 31.12.2013 Wertpapiere in Höhe von 3.800 Mio. EUR kreditiert (Vorjahr: 2.000 Mio. EUR). Für die Teilnahme an der EUREX (elektronische Terminbörse) wurden Wertpapiere in Höhe von 6.732 TEUR mit einem Nominalwert in Höhe von 5 Mio. EUR (Vorjahr: –,– EUR) hinterlegt. Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 2.884 Mio. EUR (Vorjahr: 3.084 Mio. EUR) geleistet, die als Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen werden, und liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 3 Mio. EUR (Vorjahr: 75 Mio. EUR) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen sind.

### GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden, haben per 31.12.2013 einen Bilanzwert in Höhe von 18 Mio. EUR (Vorjahr: 17 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen.

### SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 01.01.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Damit haftet die L-Bank als Gewährträger für alle bis 18.07.2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch entsprechend ihren Kapitalanteilen. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank für vor dem 01.01.2005 eingegangene Verbindlichkeiten kann sie die bisherigen Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Geschäfte i.S.d. § 285 Nr. 3 und 3a HGB, die für die Beurteilung der Finanzlage der Bank von Bedeutung sind.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

### DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte i.S.d. § 36 Rech-KredV), die mit Ausnahme der Kreditderivate der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven gegen negative Marktwerte (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen konkursfeste Nettingvereinbarungen vor. Weiterhin hat die L-Bank mit ihren wesentlichen Geschäftspartnern Collateral-Vereinbarungen geschlossen, mit dem Ziel, das gegenseitige existierende Ausfallrisiko durch die Leistung von Barsicherheiten zu reduzieren.

In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen. Die derivativen Geschäfte gliedern sich wie folgt:

<b>DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA</b>	Nominal- werte 31.12.2013	Nominal- werte 31.12.2012	Marktwerte positiv 31.12.2013	Marktwerte negativ 31.12.2013	Marktwerte positiv 31.12.2012	Marktwerte negativ 31.12.2012
in Mio. EUR						
<b>ZINSRISIKEN</b>						
Zinsswaps	79.982	78.620	2.200	-4.051	3.156	-6.217
Zinsrisiken – gesamt	<b>79.982</b>	<b>78.620</b>	<b>2.200</b>	<b>-4.051</b>	<b>3.156</b>	<b>-6.217</b>
<b>WÄHRUNGSRISIKEN</b>						
– Devisentermingeschäfte, -swaps	6.547	8.280	3	-172	1	-189
– Währungs-, Zinswährungsswaps	13.512	12.220	240	-1.250	665	-615
Währungsrisiken – gesamt	<b>20.059</b>	<b>20.500</b>	<b>243</b>	<b>-1.422</b>	<b>666</b>	<b>-804</b>
<b>KREDITDERIVATE (CDS)</b>						
Sicherungsgeber	4.092	4.475	–	-10	1	-37
Kreditderivate – gesamt	<b>4.092</b>	<b>4.475</b>	<b>–</b>	<b>-10</b>	<b>1</b>	<b>-37</b>

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergeben sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von -494 Mio. EUR sind die negativen Marktwerte der Zins-/Währungsswaps und Devisenswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein passivischer Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2013 saldiert einen negativen Marktwert in Höhe von 1.852 Mio. EUR auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet, da in den aktiven und passiven Bilanzposten zinsinduzierte stille Reserven enthalten sind, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.

Die Credit Default Swaps (CDS), bei denen die L-Bank Sicherungsgeber ist, sind mit dem Nominalvolumen in Höhe von 4.092 Mio. EUR in den Eventualverbindlichkeiten enthalten.

<b>DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG</b>	Nominalwerte	Nominalwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2012
– Banken in der OECD	89.834	90.513	2.198	–4.476	3.423	–6.124
– Öffentliche Stellen in der OECD	114	115	2	–8	5	–9
– Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	14.185	12.967	243	–999	395	–925
<b>Gesamt</b>	<b>104.133</b>	<b>103.595</b>	<b>2.443</b>	<b>–5.483</b>	<b>3.823</b>	<b>–7.058</b>

<b>DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG</b>	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Kreditderivate
Nominalwerte in Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Restlaufzeiten						
– bis 3 Monate	5.472	3.068	4.302	7.909	–	70
– bis 1 Jahr	9.566	6.359	5.327	3.074	311	205
– bis 5 Jahre	34.103	39.703	6.242	6.801	3.781	3.216
– über 5 Jahre	30.841	29.490	4.188	2.716	–	984
<b>Gesamt</b>	<b>79.982</b>	<b>78.620</b>	<b>20.059</b>	<b>20.500</b>	<b>4.092</b>	<b>4.475</b>

Es bestehen keine Handelsgeschäfte.

#### BEWERTUNG DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten zum 31.12.2013. Es werden Zinskurven, Wechselkurse, CDS-Spreadkurven, CFC-, Swaption- und FX-Volatilitäten einbezogen, die die Bank von externen Anbietern erhält. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z. T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

Produktgruppe	Wesentliches Bewertungsmodell
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Caps/Floors, Swaptions	Black 76
Komplexe Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)
Kreditderivate	Intensitätsmodell

#### ANGABEN ZUR STEUERPFLICHT

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

### ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340 A ABS. 4 NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
1. Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.459	108
2. Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.404	-3.898
3. BEONTRA AG, Karlsruhe	31,50	286	-71
4. CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	44,75	8.496	2.891
5. DBAG Expansion Capital Fund GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main	22,68	1.879	-240
6. Digital Commerce Network GmbH, Karlsruhe	42,33	-345	-465
7. Dorner GmbH, Gaildorf	40,00	***	***
8. EB Automotive Group GmbH, Wallerstein	30,97	***	***
9. GUTEX GmbH & Co. KG, Waldshut-Tiengen	36,50	24.966	6.561
10. H. Henselmann Verwaltungs GmbH, Waldshut-Tiengen	36,57	408	10
11. iQuest Holding GmbH, Frankfurt/Main	27,83	**	**
12. KOKI Technik Holding GmbH, Konstanz	36,55	6.966	-2.893
13. MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	46.769	4.173
14. Mellifera Dritte Beteiligungsgesellschaft mbH, Weinheim	26,00	20.922	11.501
15. Micropelt GmbH, Freiburg	20,10	-3.635	-3.903
16. PT German Centre Indonesia II, Tangerang, Indonesien	98,42	**	**
17. Rhitex-Bauplatten GmbH, Waldshut-Tiengen	36,55	91	4
18. SeeTec AG, Philippsburg	49,44	-301	-941
19. StEP Stuttgarter Engineering Park GmbH, Stuttgart	100,00	6.861	-376

**ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340 A ABS. 4 NR. 2 HGB**

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
20. Strohheker Holding GmbH, Pforzheim	49,50	1.636	-364
21. SYMPORE GmbH, Tübingen	34,98	***	***
22. Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	9.355	1.014
23. Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	8.623	158
24. ulrich GmbH & Co. KG, Ulm	21,29	7.910	4.021
25. ulrich Verwaltungs GmbH, Ulm	21,32	64	5
26. Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	***	***

\* Jeweils des letzten Geschäftsjahres, für das ein Jahresabschluss vorliegt.

\*\* Wegen Neugründung liegt kein Jahresabschluss vor.

\*\*\* Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

ANLAGEN-SPIEGEL								
Anlagevermögen Bilanzposten	Anschaffungs- kosten 01.01.2013 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Zuschreibungen kumuliert TEUR	Abschreibungen kumuliert TEUR	Buchwert 31.12.2013 TEUR	Jahres- Abschreibungen 2013 TEUR
Schuldverschr. und andere festverz. Wertpapiere	22.951.848						23.247.810	–
Beteiligungen	764.044						488.767	–707
Anteile an verbun- denen Unternehmen	33.293						23.990	–
Immaterielle Vermögenswerte	26.091	2.404	–	–	–	–19.262	9.233	–1.348
Sachanlagen	217.318	3.975	–2.003	–	–	–101.778	117.512	–8.480
Sonstige Ver- mögensgegen- stände	14.490	168	–5	–	–	–22	14.631	–

Nettoveränderung  
nach § 34 Abs. 3 S. 2  
RechKredV:  
11.382

### VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Vorstands in TEUR	Grund- vergütung	Erfolgs- abhängige Vergütung	sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Christian Brand Vorsitzender	469	237	21	86	813
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Stv. Vorsitzender	346	181	24	2	553
Dr. Karl Epple	291	104	16	10	421
Dr. Ulrich Theileis	46	0	3	0	49
Gesamt	1.152	522	64	98	1.836

Für variable Bezüge, die im Jahr 2014 ausbezahlt werden, wurden Rückstellungen in Höhe von 699 TEUR gebildet. Im Jahr 2013 erhielten die Mitglieder des Vorstands Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 15 TEUR. Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine Versorgungszusage nach Beendigung der Vorstandstätigkeit.

## VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Verwaltungsrats in TEUR	Zeitraum Mitglied- schaft	Mitglied- schaft Ver- waltungsrat*	Mitglied- schaft Ausschüsse*	Sitzungsgeld	Gesamt
Dr. Nils Schmid** – Vorsitzender –	01.01.–31.12.	9,0	3,9	0,6	13,5
Alexander Bonde** – Stv. Vorsitzender –	01.01.–31.12.	7,5	3,9	0,2	11,6
Reinhold Gall** – Stv. Vorsitzender –	01.01.–31.12.	7,5	3,9	0,6	12,0
Katrin Altpeter**	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Franz Untersteller**	01.01.–31.12.	6,0	3,8	0,5	10,2
Klaus-Peter Murawski**	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Claus Schmiedel	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,5	6,5
Edith Sitzmann	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Martin Lamm	01.01.–30.11.	5,5	0,0	0,6	6,1
Joachim Wohlfeil	01.12.–31.12.	0,5	0,0	0,0	0,5
Bernd Bechtold	01.01.–30.11.	5,5	3,6	0,8	9,8
Dr. Peter Kulitz	01.12.–31.12.	0,5	0,0	0,0	0,5
Roger Kehle	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,5	6,5
Leni Breymaier	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,2	6,2
Dr. Dieter Salomon	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,0	6,0
Gerhard Burkhardt	01.01.–30.11.	5,5	0,0	0,3	5,8
Gabriele Kellermann	01.12.–31.12.	0,5	0,2	0,0	0,7
Dr. Maximilian Dietzsch-Doerten- bach	01.01.–31.12.	6,0	3,9	0,9	10,8
Clemens Meister	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,5	6,5
Tatjana Aster	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,6	6,6
Thomas Dörflinger	01.01.–31.12.	6,0	0,0	0,3	6,3
Gesamt		114,0	23,2	7,2	144,4

\* Die anteiligen Vergütungen für Dezember 2013 waren zum Stichtag 31. Dezember 2013 teilweise noch nicht ausbezahlt.

\*\* Es besteht eine Ablieferungspflicht an das Land Baden-Württemberg.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
- Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. von deren Hinterbliebenen	1.211	1.049
- Bezüge Beirat (inkl. Reisekosten)	149	132
- für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehende Pensionsrückstellungen	12.707	13.760

KREDITE AN VERWALTUNGSORGANE (EINSCHL. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE)	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
- Vorstand	800	287
- Verwaltungsrat	-	36

Alle Kredite sind marktgerecht verzinst.

### ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2013 BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER

	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter*	478	668	1.146
davon: Vollzeitbeschäftigte	452	395	847
Teilzeitbeschäftigte	26	273	299

\* Ohne Auszubildende, Praktikanten.

## MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEM. § 340A ABS. 4 NR. 1 HGB

### CHRISTIAN BRAND, VORSITZENDER DES VORSTANDS

BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	Mitglied des Verwaltungsrats
Schwäbische Hüttenwerke Automotive GmbH, Wasseralfingen	Mitglied des Aufsichtsrats
SHW AG, Aalen	Mitglied des Aufsichtsrats
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot Holding AG, Ludwigsburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

### PROF. DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

BioPro Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

### DR. KARL EPPLE, MITGLIED DES VORSTANDS

Baden-Württembergische Spielbanken Managementgesellschaft mbH, Baden-Baden	Mitglied des Aufsichtsrats
Bau- und Wohnungsverein Stuttgart, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats
Business-Park Göppingen GmbH, Göppingen	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	stv. Mitglied des Verwaltungsrats

## ORGANE DER L-BANK

VORSTAND	VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER 2013			
<b>Christian Brand</b> – Vorsitzender –	<b>Ordentliche Mitglieder</b>		<b>Beratende Mitglieder</b>	
<b>Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser</b> – Stv. Vorsitzender –	Vertreter der Landesregierung		Weitere Mitglieder	
<b>Dr. Karl Epple</b>	<b>Dr. Nils Schmid MdL</b> Finanz- und Wirtschaftsminister – Vorsitzender –	<b>Franz Untersteller MdL</b> Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	<b>Joachim Wohlfeil</b> Präsident der Handwerks- kammer Karlsruhe seit 01.12.2013	<b>Clemens Meister</b> Vorsitzender des Gesamt- personalrats der L-Bank, Karlsruhe
<b>Dr. Ulrich Theileis</b> seit 08.11.2013	<b>Alexander Bonde</b> Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Stv. Vorsitzender –	<b>Klaus-Peter Murawski</b> Staatssekretär im Staatsministerium	<b>Martin Lamm</b> Geschäftsführer Martin Lamm Bauunterneh- mung GmbH bis 30.11.2013	<b>Tatjana Aster</b> Vorsitzende des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe
	<b>Reinhold Gall MdL</b> Innenminister – Stv. Vorsitzender –	<b>Claus Schmiedel MdL</b> Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion	<b>Dr. Peter Kulitz</b> Präsident der Industrie- und Handelskammer Ulm Geschäftsführender Gesellschafter ESTA Apparatebau GmbH & Co. KG seit 01.12.2013	<b>Thomas Dörflinger</b> Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart
	<b>Katrin Altpeter MdL</b> Ministerin für Arbeit und Sozial- ordnung, Familie, Frauen und Senioren	<b>Edith Sitzmann MdL</b> Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<b>Wirtsch.-Ing. Bernd Bechtold</b> Geschäftsführer der b.i.g. Bechtold Ingenieurgesellschaft mbH bis 30.11.2013	
			<b>Roger Kehle</b> Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg e. V.	
			<b>Leni Breymaier</b> Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg	
			<b>Dr. Dieter Salomon</b> Vizepräsident des Städtetages Baden-Württemberg e. V.	
			<b>Gabriele Kellermann</b> Mitglied des Vorstands der BBBank eG seit 01.12.2013	
			<b>Gerhard Burkhardt</b> Vorsitzender des Vorstands des Verbandes baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e. V. bis 30.11.2013	
			<b>Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach</b> Geschäftsführer der Doertenbach & Co. GmbH	

Stellvertretende Mitglieder

Stellvertreter der Landesregierung

<b>Ingo Rust MdL</b> Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
<b>Wolfgang Reimer</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
<b>Dr. Herbert O. Zinell</b> Ministerialdirektor im Innenministerium
<b>Jürgen Lämmle</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren
<b>Helmfried Meinel</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

<b>Dr. Florian Stegmann</b> Ministerialrat Leiter der Abt. I im Staatsministerium seit 01.04.2013
<b>Michael Kleiner</b> Ministerialdirigent Leiter der Abt. I im Staatsministerium bis 31.03.2013
<b>Peter Hofelich MdL</b>
<b>Andrea Lindlohr MdL</b> Stv. Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stellvertreter

<b>Rainer Reichhold</b> Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart seit 01.12.2013
<b>Joachim Wohlfeil</b> Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe bis 30.11.2013
<b>Helmut Althammer</b> Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg seit 01.12.2013
<b>Dr.-Ing. Hansjörg Rieger</b> Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH & Co. KG bis 30.11.2013
<b>Dr. Roman Glaser</b> Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V. seit 01.12.2013
<b>Gerhard Roßwog</b> Präsident a.D. des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V. bis 30.11.2013
<b>Catharina Clay</b> Landesbezirksleiterin IG BCE Baden-Württemberg seit 01.12.2013
<b>Joachim Walter</b> Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg seit 01.12.2013
<b>Helmut M. Jahn</b> Präsident a.D. des Landkreistages Baden-Württemberg bis 30.11.2013
<b>Andreas Schmitz</b> Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG bis 30.11.2013
<b>Wilhelm Freiherr von Haller</b> Co-Leiter Privat- und Firmenkunden Deutsche Bank AG

Weitere Stellvertreter der Landesregierung

<b>Walter Leibold</b> Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Beteiligungen im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
<b>Joachim Hauck</b> Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
<b>Volker Jochimsen</b> Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verfassung, Kommunal- und Sparkassenwesen, Recht im Innenministerium
<b>Johann-Christoph Kleinschmidt</b> Ministerialrat Leiter der Zentralstelle im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren
<b>Jutta Lück</b> Ministerialdirigentin Leiterin der Abteilung Verwaltung im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
<b>Matthias Broß</b> Regierungsrat Referent im Referat Haushalts- und Steuerpolitik, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium seit 01.12.2013
<b>Dr. Georg Walch</b> Ministerialrat Leiter des Referats Haushalts- und Steuerpolitik, Steuerschätzung, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium bis 30.11.2013

## VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2013 in Höhe von 101.062.363,55 EUR den anderen Gewinnrücklagen 100.000.000,00 EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 1.062.363,55 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 25. Februar 2014

L-Bank

Christian Brand

Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser

Dr. Karl Epple

Dr. Ulrich Theileis

## ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2013

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 25. Februar 2014

Christian Brand

Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser

Dr. Karl Epple

Dr. Ulrich Theileis

## BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresab-

schluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Stuttgart, 25. Februar 2014

Ernst & Young GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Müller-Tronnier  
Wirtschaftsprüfer

Frey  
Wirtschaftsprüfer





Druck: Eberl Print GmbH

Herausgeber:  
L-Bank

Schlossplatz  
76113 Karlsruhe

Tel. 0721 150-0  
Fax 0721 150-1001

Börsenplatz 1  
70174 Stuttgart

Tel. 0711 122-0  
Fax 0711 122-2112

[www.l-bank.de](http://www.l-bank.de)